



»Neustadt –
das ist der radikale Teil«
Rosa Luxemburg in Dresden

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
2018

»Neustadt – das ist der radikale Teil«
Rosa Luxemburg in Dresden

Zweite, korrigierte und erweiterte Auflage

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 2019

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE HEFT 16

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und
Manfred Neuhaus in Verbindung mit Sven Brajer und Wilfried Trompelt

SACHSEN



Diese Publikation wird mitfinanziert durch Steuermittel auf Grundlage des
von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

ISBN 978-3-947176-11-3

Zweite, korrigierte und erweiterte Auflage

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2019

Demmeringstraße 32, D-04177 Leipzig

www.sachsen.rosalux.de

info@rosalux-sachsen.de

Redaktion: Manfred Neuhaus / Wilfried Trompelt

Umschlag: Susann Scholz-Karas unter Verwendung einer Vorlage von Jutta Damm-Fiedler

Fotos: Martin Hilbig / Wilfried Trompelt / Georg Wehse

Satz: Daniel Neuhaus

Herstellung: Online-Druckerei »Wir machen Druck« GmbH

Zitat im Titel: Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 12. Dezember 1911.

In: Gesammelte Briefe. Bd. 4. Berlin 1983. S. 141.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
<i>Rolf Ziegenbein</i>	
Rosa Luxemburg – Chefredakteurin in Dresden	11
<i>Eckhard Müller</i>	
»Wer den Frieden will, sendet keine Kriegsschiffe in ein anderes Land« – Rosa Luxemburg als sozialdemokratische Wahlkämpferin in den Reichstagswahlen 1898–1912	37
<i>Sven Brajer</i>	
Rosa Luxemburg und die Dresdner Antisemiten um 1900	65
<i>Sonja Koch</i>	
Marie Stritt und Rosa Luxemburg – zwei Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht in Sachsen	83
<i>Wilfried Trompelt</i>	
Ein »herrliches Städtchen«? Orte der Erinnerung an Rosa Luxemburg in Dresden	93
<i>Kristin Dänhardt</i> »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden«. Gedanken über die Aktualität Rosa Luxemburgs	109
Rosa Luxemburg in Dresden und im Visier der sächsischen Polizei und Justiz (Zeittafel) (<i>Eckhard Müller / Wilfried Trompelt</i>)	117
Rosa Luxemburgs bezeugte Aufenthalte in Dresden	117
Rosa Luxemburg im Visier der sächsischen Polizei und Justiz ..	118
<i>Rosa Luxemburg</i> Die politische Lage und die Sozialdemokratie. Wahlkampfrede am 11. Dezember 1911 in Dresden. (Bericht der »Dresdner Volkszeitung« vom 12. Dezember 1911)	121
<i>Rosa Luxemburg</i> Über die Reichstagswahlen 1912 (Bericht der »Dresdner Neuesten Nachrichten« vom 13. Dezember 1911)	125
<i>Max Zimmering</i> An Rosa Luxemburg	127
Personenverzeichnis	129
Zu den Autoren	133
Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte ...	135

Vorwort der Herausgeber

Der 100. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs war uns Anlass, den Forschungen über unsere Namensgeberin einen Beitrag hinzuzufügen. Das Heft 16 der von uns seit 2004 herausgegebenen Forschungsberichte bietet dafür den angemessenen Rahmen. Es schließt an das vor kurzem erschienene Heft von Annelies Laschitzka über Karl Liebknecht an.

Die sechs hier abgedruckten Aufsätze schließen eine Lücke in den regionalgeschichtlichen Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie werden ergänzt durch zwei bisher unbeachtete zeitgenössische Berichte über Reden von Rosa Luxemburg und ein lange vergessenes Gedicht von Max Zimmering und mit aussagekräftigen Abbildungen, darunter ein bisher kaum bekanntes Foto unserer Protagonistin, illustriert. Das Heft 4 »Rosa Luxemburg und Leipzig«, von Erhard Hexelschneider 2007 in unserer Reihe veröffentlicht, verwies den Kenner bereits indirekt auf eine Fehlstelle der Luxemburg-Forschung bezüglich der Landeshauptstadt. Denn eine zusammengefasste Sammlung alter und neuer Kenntnisse zu Rosa Luxemburgs Wirken in Dresden lag nicht vor. Abgesehen von den Biographen und einigen Spezialisten hatte kaum jemand eine Übersicht über die Aufenthalte von Rosa Luxemburg in Dresden. Es ist umso erfreulicher, dass sich nun fünf Dresdner Historikerinnen und Historiker bzw. politisch Interessierte der Sache annahmen. Gemeinsam mit dem in Luxemburg-Editionen langjährig erfahrenen Eckhard Müller (Berlin), der ihnen als Autor und dankenswerterweise auch als Ratgeber zur Seite stand, leisteten sie binnen weniger Monate ein beachtliches Stück Forschungsarbeit. Vier historisch angelegte Darstellungen, zusammengeführt in einer Zeittafel, werden durch einen Beitrag zur Erinnerungspolitik und einen zur Aktualität Rosa Luxemburgs ergänzt.

Bei der Konzipierung der Beiträge für das Heft konnte auf Resultate der Luxemburg-Forschung zurückgegriffen werden. Die Sammlung spezieller Literatur in der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Dresden war für das Projekt förderlich. Auch der mittlerweile mögliche Zugriff auf die schon vielfach digitalisierten historischen Quellen erleichterte die Arbeit.

Die Leserschaft wird – abgesehen von unserem Stammpublikum – sicherlich zum größeren Teil aus Dresden und Umgebung kommen. Darauf deuten jedenfalls die vorab eingegangenen Bestellungen des Heftes hin. Das

bezeugt, wie geboten die vorliegende Arbeit ist. Die Erinnerung an die politischen und sozialen Kämpfe über eine lange historische Perspektive wachzuhalten, ist heute unter Linken leider keine Selbstverständlichkeit. Feier- und Kampftagsreden allein vermögen nicht, die nachwachsenden Generationen mit Kenntnissen über die Traditionen ihrer sozialen Bewegung auszustatten. Die Herausgeber und Autoren wünschen sich viele interessierte jüngere Leserinnen und Leser. Vielleicht sind unter ihnen neue Mitstreiter für künftige Projekte.



Denkmal am Rosa-Luxemburg-Platz in Dresden. Gestaltet von Prof. Helmut Heinze. Teilansicht (Foto: Wilfried Trompelt)

ROLF ZIEGENBEIN

Rosa Luxemburg – Chefredakteurin in Dresden

Wenn hier über eine Episode im Leben Rosa Luxemburgs, die sie nach Dresden führte, Näheres erkundet und berichtet werden soll, dann sei einleitend gesagt, dass sich der Autor bei allen übergreifenden Lebenslinien dieser außergewöhnlichen Frau auf die umfassenden Biografien von Annelies Laschitza und Peter Nettle stützt.¹ Annelies Laschitza hat die Luxemburg-Rezeption in den Ländern des Staatssozialismus nicht nur selbst erlebt, sondern maßgeblich mitgestaltet und steht bei der Erforschung von Leben und Werk dieser bedeutenden Persönlichkeit der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung nach wie vor allen voran.² Gerade in den letzten Jahren ist editorisch Erstaunliches geleistet worden: 2014 erschien mit Band 6 der Gesammelten Werke jener Band, in dem ihre vor Ort verfasste Beitragsserie für die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« erstmals vollständig abgedruckt ist.³ Bislang war sie nur fragmentarisch zugänglich. Somit bestehen jetzt bessere Möglichkeiten, den Inhalt ihrer journalistischen Tätigkeit in Dresden zu untersuchen. Unterstützt wird das dadurch, dass die Ausgaben der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« inzwischen digitalisiert vorliegen und für die Forschung ebenso wie für jeden Bürger leichter zugänglich sind.

Selbstverständlich wird Rosa Luxemburgs Tätigkeit als Chefredakteurin der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« in ihren Biografien als Dresdner Episode erwähnt.⁴ Es werden auch Gründe dafür genannt, warum sie die Redaktion so kurzfristig übernahm und auch wieder übergab; die Angaben sind allerdings in einigen Aspekten unvollständig. Deshalb lohnt es sich, die Zusammenhänge erneut zu beleuchten. Leider ist die Geschichte der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« im Unterschied etwa zur »Leipziger Volkszeitung«

- 1 Siehe Peter Nettle: Rosa Luxemburg. Köln, Berlin 1965 (im Folgenden Nettle: Rosa Luxemburg), und Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. Berlin 1996 (im Folgenden Laschitza: Im Lebensrausch).
- 2 Siehe Annelies Laschitza: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren. Zweite, korrig. und erw. Aufl. Leipzig 2018 (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 14).
- 3 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (im Folgenden GW). Bd.6. Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza. Berlin 2014. S. 177, 183ff.
- 4 Siehe Nettle: Rosa Luxemburg. S. 159ff.; Laschitza: Im Lebensrausch. S. 97ff.

nur in Ansätzen erforscht.⁵ Obwohl im vorliegenden Beitrag keine eingehende Untersuchung nachgeholt werden kann, soll zumindest ein anschauliches Bild dieses Blattes für das Jahr 1898 vermittelt werden. Auf diese Weise soll veranschaulicht werden, was für eine Zeitung Rosa Luxemburg längerfristig leiten wollte und sollte. Es wird gezeigt, von wem und in welchem Zustand sie die Redaktion übernahm und darauf verwiesen, wer ihr als Chefredakteur folgte. Diese Angaben beleuchten auch Aspekte der Lokalgeschichte.

Rosa Luxemburg war im Jahre 1898 als 27-jährige Frau 39 Tage als Chefredakteurin der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« in Dresden tätig. Das ist für eine berufliche Tätigkeit natürlich eine sehr geringe Zeit, und so bedurfte es schon außergewöhnlicher Umstände für Aufnahme und Abbruch der Tätigkeit. Dennoch waren die wenigen Tage in diesem Amt für Rosa Luxemburg selbst von außergewöhnlicher Bedeutung, denn sie fielen in die Anfangszeit ihres Wirkens in der deutschen Arbeiterbewegung. Rosa Luxemburg war erst vier Monate zuvor aus der Schweiz nach Deutschland eingereist und seither als freiberufliche Journalistin und im Wahlkampf der Sozialdemokratie tätig.⁶ Die Arbeit in Dresden, hätte sie länger gedauert, wäre ihre erste feste Anstellung in Deutschland, ja überhaupt in ihrem Leben gewesen. Bedeutsam waren diese wenigen Tage aber auch für die »Sächsische Arbeiter-Zeitung«, weil die Beitragsserie, die Rosa Luxemburg in ihr veröffentlichte, den Rang dieser Zeitung in der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung erhöhte. Beide Aspekte, die Umstände ihrer kurzen Tätigkeit und die Rolle der Zeitung, sind einer näheren Betrachtung wert.

Nachdem Rosa Luxemburg im Mai 1898 in Berlin sesshaft geworden war und sich bereits in erstaunlich kurzer Zeit als linke Journalistin einen Namen erarbeitet hatte, wurde sie bald von zwei Chefredakteuren parteieigener Zeitungen nicht nur als Autorin, sondern auch als künftige Redakteurin umworben. Zum einen war das der Chefredakteur der »Leipziger Volkszeitung«, Bruno Schoenlank⁷, und zum anderen dessen Redakteurskollege bei

5 Siehe Mike Schmeitzner, Swen Steinberg: Links der Mitte. Politische Presse im Dresden der Weimarer Republik. In: Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte. Jg.35. 2017. Heft 130. S. 36ff.

6 Siehe Laschitza: Im Lebensrausch. S. 77ff.

7 Bruno Schoenlank (1859–1901) war von 1894 bis zu seinem Tod Chefredakteur der »Leipziger Volkszeitung«. Er galt als Autorität in der sozialdemokratischen Presse. (Siehe »Natürlich – die Tauchaer Straße!« Beiträge zur Geschichte der »Leipziger Volkszeitung«. Hrsg. von Jürgen Schlimper. Leipzig 1997.)

der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung«, Parvus. Dessen Name war ein Pseudonym für Ismail Lasarewitsch Helphand. Der russische Revolutionär hatte in der Schweiz studiert, promoviert und im Alter von 29 Jahren 1896 die Leitung der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« in Dresden übernommen. Am 24. Juni 1898 schrieb Rosa Luxemburg an ihren Lebensgefährten Leo Jogiches⁸, der in der Schweiz geblieben war: »Parvus verlangt mich eiligst nach Dresden (er macht schon wieder Revolution in der Zeitung!). Ich habe ihm zurückgeschrieben, daß ich jetzt nicht kann, daß er hierherkommen soll (er wird mir hier mehr zustatten kommen [...]).«⁹ Sie publizierte zwar in beiden Zeitungen intensiv, zögerte aber zunächst, Redakteurin zu werden. Das hing offensichtlich auch damit zusammen, dass sie der Zustand der deutschen Parteipresse nicht befriedigte. So beklagte sie gegenüber ihrem Vertrauten in Zürich: »Ich bin unzufrieden mit der Art und Weise, wie man in der Partei meistens die Artikel schreibt. Es ist ja alles so konventionell, so hölzern, so schablonenhaft.«¹⁰ Wenig später kam es jedoch zu einer nicht vorhergesehenen Wendung.

Am 24. September 1898 erhielt Rosa Luxemburg vom Chefredakteur der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« ein Telegramm mit der Bitte, sofort nach Dresden zu kommen. Sie fuhr nach Dresden und wurde am Bahnhof von Julian Marchlewski, einem Redakteur der Zeitung abgeholt. Rosa Luxemburg kannte ihn aus ihrer Studienzeit in Zürich und der polnischen Arbeiterbewegung sehr gut. Von ihm erfuhr sie, dass Parvus und er selbst am kommenden Tag Dresden aufgrund einer Order der Polizei zu verlassen hätten. Beide hatte das Emigrantenschicksal getroffen: Sie wurden mit sofortiger Wirkung als unerwünschte Personen aus Sachsen ausgewiesen. Damit war die Zeitung führungslos. Rosa Luxemburg zögerte mit der Entscheidung und telegrafierte Leo Jogiches. Der riet ihr zur Ablehnung. Andererseits erhielt sie auch sofort Zuspruch, beispielsweise von Bruno Schoenlank, dem als Chefredakteur der »Leipziger Volkszeitung« das Prekäre der Situation völlig verständlich war. Er versprach sich von Rosa Luxemburgs

8 Leo Jogiches (1867–1919) stammte aus Litauen, war früh mit der Arbeiterbewegung im zaristischen Russland in Berührung gekommen und 1890 in die Schweiz emigriert. Er studierte wie Rosa Luxemburg in Zürich, wo sie sich im Alter von 19 Jahren in ihn verliebte. Sie waren enge Verbündete in der legalen und illegalen politischen Arbeit.

9 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe (im Folgenden GB). Bd. 1. Berlin 1982. S. 161.

10 Dies. an Robert Seidel, 23. Juni 1898. Ebenda. S. 153. Siehe auch Nettl: Rosa Luxemburg. S. 151.

Amtsübernahme mehr Aufmerksamkeit, wenn nicht Aufsehen für ihre Person und ihre revolutionären Ansichten.

Rosa Luxemburg nahm an und wurde von der zuständigen Pressekommission der SPD als Chefredakteurin berufen. Ihrem Lebenspartner bekannte sie: »Und überhaupt – *›heute wagen wir, morgen schlagen wir‹*, wie Donna Clara sagt. Mich unter das Bett zu verstecken, *dazu bin ich nicht da!* [...] Und wenigstens vorübergehend der Redakteur eines täglichen *Parteiblattes* zu sein, das stellt den Menschen schon ganz anders hin.«¹¹ Und ein guter Bekannter aus Zürich schrieb mit etwas spöttischem Unterton: »Da sehen Sie, was die große Bühne ausmacht! Sie gehen nach Berlin und werden in kurzer Zeit eine europäische Berühmtheit. Noch mehr! Sie, eine junge Frau, Fräulein sogar, werden Chefredakteurin eines großen angesehenen Tageblattes, alles wie im Traum. Man muß sich ja ganz vor Ihnen fürchten. Hoffentlich verbietet Ihnen nun Ihre hohe Würde, Ihren Freunden die Zunge herauszustecken.«¹²

Aus ihren eigenen Zeilen sprechen Selbstbewusstsein, Mut und Willensstärke und aus den Zeilen eines Freundes Anerkennung und vielleicht auch ein wenig Skepsis. In der Literatur ist nirgends die Frage aufgeworfen worden, ob Rosa Luxemburg damals überhaupt über die Voraussetzungen verfügte, eine solche verantwortungsvolle Tätigkeit übernehmen zu können. Das wird sozusagen stillschweigend als selbstverständlich erachtet, aber so selbstverständlich war das nicht. Natürlich war sie wissenschaftlich gebildet und hatte promoviert, beherrschte mehrere Sprachen, darunter ausgezeichnet die deutsche, und gebot bereits über erstaunliche Erfahrungen als Journalistin. In der polnischen, deutschen und europäischen Sozialdemokratie hatte sie bereits festen Fuß gefasst, und auch auf internationalem Parkett war sie schon bekannt geworden – alles in allem eine beinahe bravouröse Eignung für die Aufgabe, vor der sie stand. Dennoch: Sie hatte zwar zu unglaublich vielen Menschen bereits Kontakt geknüpft und mit ihnen zusammen gearbeitet, aber noch nie zuvor in ihrem Leben eine feste Gruppe von Unterstellten geleitet. Sie war noch nie im Arbeitsprozess für andere, deren Tun und Arbeitsergebnisse unmittelbar verantwortlich gewesen. Diesbezüglich besaß sie so gut wie keinerlei Erfahrung und befand sich in einer völlig neuen Situation: Sie war nun Frau in leitender Stellung, während zu ihren

11 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 24. September 1898. In: GB. Bd. 1. S. 207.

12 Robert Seidel an Rosa Luxemburg, 16. Oktober 1898. Zit. in Laschitzka: Im Lebensrausch. S. 98f.

Unterstellten ausnahmslos Männer zählten. Eine promovierte Frau als Chefin, das war eine Seltenheit und bedeutete für Männer, nicht nur in jener Zeit, eine enorme Herausforderung. Es musste sich erst zeigen, ob und inwieweit ihr Rosa Luxemburg gewachsen war. Jedenfalls war es ein mutiger Sprung in tiefes, kaltes Wasser.

Noch am Tage ihrer Ankunft in Dresden schrieb sie ihrem Lebensgefährten, Dresden sei ein »herrliches Städtchen«. Es würde bestimmt besser als in Berlin sein.¹³ Die Redaktionsarbeit sage ihr zu. Kurze Zeit später scheint Jogiches sie in Dresden besucht zu haben. Biograf Peter Nettel vermerkt dazu: »Er machte sich in aller Stille aus Zürich davon und tauchte im Augenblick ihres Triumphes bei ihr in Dresden auf – wo er sich, wie stets, im Hintergrunde hielt.«¹⁴ Er schlussfolgerte das aus Andeutungen in Briefen Rosa Luxemburgs.

Die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« trug den Untertitel »Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse« und gehörte neben dem in Berlin erscheinenden »Vorwärts« und der »Leipziger Volkszeitung« zu den am weitesten verbreiteten Tageszeitungen der SPD. Sie erschien im achten Jahrgang. Ihre Redaktion befand sich im Stadtzentrum in der Zwingerstraße 22, die ostwärts des Kronentors in die Ostraallee mündete, unmittelbar neben dem Postplatz in südlicher Richtung verlief und etwa auf Höhe der heutigen Schweriner Straße endete. Sie war also eine Parallelstraße zum heutigen Malergässchen. Die Hausnummer 22 könnte auf Höhe der heutigen Theaterstraße gelegen haben. Rosa Luxemburg hatte ihre Wohnung in Berlin auch aus finanziellen Gründen sofort aufgegeben. Da in einem Briefkopf als Anschrift Zwingerstraße 22, parterre, angegeben ist, kann vermutet werden, dass sie in Dresden in einem Zimmer im Hause der Redaktion wohnte. Das ist auch aufgrund des überstürzten Ortswechsels anzunehmen. Sie lebte und arbeitete demnach direkt im Stadtzentrum. Nebenbei: Die Redaktion muss kurz vorher umgezogen sein, denn noch im Frühjahr des gleichen Jahres wird die Ammonstraße 61 als Redaktionssitz angegeben. Fast auf den Tag genau als Rosa Luxemburg die Redaktion übernahm, war die Buchdruckerei Schoenfeld (Dresden), die die Zeitung druckte, mit einer neuen 16-Seiten-Offsetdruckmaschine ausgerüstet worden. Die Zeitung erschien außer montags täglich mit acht Seiten, teils mit Beilagen. Als Verlag firmiert auf der Titelseite August Kaden in Gohlis-Dresden.

13 Siehe Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 24. September 1898. In: GB. Bd. 1. S. 206.

14 Nettel: Rosa Luxemburg. S. 147.



»Sächsische Arbeiterzeitung«. Dresden. Jg. 14. Nr. 211, 12. September 1903. Titelseite

Um den hauptsächlichen Inhalt der redaktionellen Arbeit Rosa Luxemburgs zu verstehen, muss man sich ein wenig in die politische Situation der damaligen Zeit hineinversetzen. Das deutsche Kaiserreich erlebte im Zuge der industriellen Revolution einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Mit der Zahl der Unternehmen nahm auch die Zahl der Arbeiter fast sprunghaft zu. Man sprach von der Gründerzeit. Wachsende wirtschaftliche Stärke ging außenpolitisch mit dem Streben nach Kolonien einher. In diesem Zusammenhang wuchs die Rüstung, insbesondere die Flottenrüstung enorm. Man sprach nicht nur von Militarismus, sondern auch von Marinismus. In Dresden wurden innerhalb weniger Jahre ganze Stadtviertel wie beispielsweise die Äußere Neustadt, Pieschen, Friedrichstadt und Cotta mit sogenannten Mietskasernen förmlich aus dem Boden gestampft. Um die Jahrhundertwende zählte die sächsische Landeshauptstadt bereits etwa 300 000 Einwohner. In Dresden entstand mit der Albertstadt – heute das Areal nördlich der Stauffenbergallee – das damals größte zusammenhängende Kasernenviertel Europas. Der Hauptbahnhof war nach mehrjähriger Bauzeit am 16. April 1898 eröffnet worden. Er ersetzte den Böhmisches Bahnhof. Mit dem Bau des Neustädter Bahnhofs, der den Leipziger und den Schlesischen Bahnhof ablösen sollte, wurde im gleichen Jahr begonnen. Das brachte erhebliche Veränderungen im Stadtbild und in der Infrastruktur mit sich, zumal auch intensiv am Straßenbahnnetz gebaut wurde. Es ist keineswegs übertrieben, Dresden 1898 als Stadt im Umbruch zu charakterisieren.

Mit der Zahl der Arbeiter wuchs auch die Arbeiterbewegung sprunghaft. Zwar war das Sozialistengesetz¹⁵ gefallen, dennoch gab es noch immer Einschränkungen des Versammlungs- und Streikrechts, damals Koalitionsrecht genannt, die sogar erneut verschärft werden sollten. Das ging aus Gesetzesvorlagen hervor und wurde auch durch geheime Schreiben, die in die Hände der Sozialdemokratie gerieten, publik. Kaiser Wilhelm II. hatte am 6. September 1898 in einer Rede neue Ausnahmegesetze angekündigt. Danach sollte die Organisation und Durchführung von Streiks mit Zuchthaus bestraft werden. Gegen diese als »Zuchthausvorlage« bezeichnete Gesetzesinitiative wurde Sturm gelaufen. Es kam zu Massenprotesten seitens

15 Das »Gesetz über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, genannt Sozialistengesetz, war am 22. Oktober 1878 in Kraft getreten. Es verbot Versammlungen und Druckschriften der Sozialdemokratie und ihr nahestehender Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften. Es kam in der Wirkung einem Parteiverbot gleich. 1890 wurde seine Gültigkeit nicht mehr verlängert. Damit trat es außer Kraft.

der Gewerkschaften. Die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« veröffentlichte beispielsweise am 11. Oktober 1898 eine Erklärung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, in der es heißt: »Die Gefahr, daß die Anreizung zum Streik mit Strafe belegt, oder sogar, wie in Aussicht gestellt ist, mit Zuchthaus bestraft werden soll, trifft in erster Linie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter [...] So steht doch fest, daß die Gegner der Arbeiterbewegung eine Unterdrückung der Gewerkschaft wünschen. Sie halten die gewerkschaftliche Organisation für die Ursache des Streiks, während diese in der schlechten Löhnung, der nicht geregelten Arbeitszeit und der leider nur zu oft rücksichtslosen Behandlung der Arbeiter seitens der Unternehmer liegt.«¹⁶

An einem Beispiel soll verdeutlicht werden, wie die Meinungen über die Sozialdemokratie damals aufeinanderprallten. Im Evangelischen Hospiz hatte am 2. Februar 1898 ein Parteitag der Deutschkonservativen Partei stattgefunden, über den die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« am 4. Februar 1898 berichtete. Neben der Zentrumspartei galt diese Partei, die 1876 gegründet worden war und vorwiegend den Landadel repräsentierte, als staatstragende Partei. Das Parteitagsreferat hielt Otto Freiherr von Manteuffel (1844–1913), Parteivorsitzender und Rittergutsbesitzer. Er führte aus: »Die Sozialdemokratie ist der Feind der ganzen Gesellschaftsordnung, sie geht gegen alle Parteien, am meisten aber gegen uns, denn in uns sieht sie das Bollwerk gegen ihr Vordringen. Die Sozialdemokratie hat mit uns gar nichts gemein. Sie ist in allen Fragen gegen uns. Das Christentum wird von ihr beschimpft, das monarchistische Prinzip bekämpft. Und wir sind die Stützen von Thron und Altar (Beifall). Ich bestreite den Sozialdemokraten die Berechtigung an der Gesetzgebung teilzunehmen; eine Partei, die die Gesellschaft vernichten will, darf nicht teilnehmen an Arbeiten, die zum Schutz dieser Gesellschaft bestimmt sind. Wir sind in Sachsen und ich kann nicht unterlassen, der sächsischen Regierung unsere Anerkennung auszusprechen für die Art und Weise, wie sie der Sozialdemokratie zuleibe gegangen ist. Dies zielbewußte Vorgehen ist nicht hoch genug anzuerkennen.«¹⁷ Diese und weitere längere Passagen der Rede wurden in der Zeitung kommentarlos wiedergegeben.

In der deutschen Sozialdemokratie hatte 1896 eine prinzipielle Auseinandersetzung über den Weg zu einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus

16 »Sächsische Arbeiter-Zeitung«. Dresden (im Folgenden SAZ). 11. Oktober 1898. S. 1.

17 SAZ. 4. Februar 1898. S. 2.

begonnen. Eduard Bernstein, der im englischen Exil Marx und Engels kennengelernt hatte und mit Engels in ständigem Briefwechsel stand, hatte sich in mehreren Beiträgen in der »Neuen Zeit«, der theoretischen Zeitschrift der SPD, mit der Theorie seiner einstigen Lehrmeister und dem sozialistischen Ziel auseinandergesetzt und beides als »revolutionäre Phraseologie« bezeichnet. Der Kapitalismus, so argumentierte er, sei wandlungs- und anpassungsfähig, weshalb er »für das, was man gemeinhin unter ›Endziel des Sozialismus‹ versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse (habe). Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts.«¹⁸ Es sei doch lächerlich, so zitiert ihn Nettl, »nach fünfzig Jahren noch mit Sätzen des ›Kommunistischen Manifests‹ zu argumentieren, die ganz anderen politischen und sozialen Zuständen entsprechen wie die, mit denen wir heute zu tun haben.«¹⁹

Genau betrachtet, ist die Auseinandersetzung über diese Probleme in der Linken bis in unsere Tage aktuell. Sie hatte bereits Anfang 1898 in der in Dresden erscheinenden Zeitung damit begonnen, dass ihr Chefredakteur Parvus mehrere Beiträge zur Kritik an Bernsteins Ansichten veröffentlichte. Seine Polemik ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig, schoss aber wohl mit ihren persönlichen Angriffen über das Ziel hinaus. Dazu bemerkt Nettl: »Sein Entschluß, eine lärmende Kanonade gegen Bernstein zu eröffnen, entsprang nicht nur seinen literarischen Neigungen, sondern war auch Redaktionspolitik. Dadurch, daß er Bernstein angriff, wollte er seiner Zeitung einen Platz auf der politischen Landkarte verschaffen. Der Erfolg übertraf seine kühnsten Erwartungen.«²⁰ Mit Blick auf den bevorstehenden Parteitag der Sozialdemokratie flammte die Debatte dann im Herbst wieder auf.

Bereits vier Tage nach Übernahme der Chefredaktion in Dresden, am 30. September, ergriff Rosa Luxemburg in der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« das Wort zu dieser doch prinzipiellen Auseinandersetzung. Anlass dazu bot ihr eine Broschüre des Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine,

18 Eduard Bernstein: Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft. In: Die Neue Zeit. Stuttgart. Jg. 16. 1897/1898. Bd. 1. S. 556.

19 Nettl: Rosa Luxemburg. S. 152. – Es handelt sich um ein Zitat aus Bernsteins Aufsatz »Kritisches Zwischenspiel« (Die Neue Zeit. Jg. 16. 1897/1898. Bd. 1. S. 750).

20 Nettl: Rosa Luxemburg. S. 151.

in der im Bernsteinschen Sinne der Beschränkung auf das Mögliche in der Politik das Wort geredet wird. Dagegen polemisierte Rosa Luxemburg im Leitartikel der Zeitung: »Ja, ich frage alle vernünftigen Menschen, soll denn die Politik das unter den gegebenen Verhältnissen Unmögliche anstreben?« Und sie antwortete: »Fangen wir aber an, im Sinne des Opportunismus ›dem Möglichen‹ unbekümmert um die Prinzipien und auf dem Wege staatsmännischer Tauschgeschäfte nachzujagen, so gelangen wir bald in die Lage des Jägers, der das Wild nicht erlegt und zugleich die Flinte verloren hat.« Und an anderer Stelle des gleichen Beitrages heißt es: »Gewiß, unsere Politik soll und kann nur das unter den gegebenen Verhältnissen Mögliche anstreben. Aber damit ist noch durchaus nicht gesagt, *wie*, in welcher Weise wir das Mögliche anstreben sollen, indes liegt hier der Schwerpunkt.«²¹

Rosa Luxemburg hatte auch der »Leipziger Volkszeitung« Beiträge zu dieser Thematik zukommen lassen, die deren Chefredakteur und auch Clara Zetkin begeisterten. Ganz im Gegensatz dazu schrieb der damalige theoretische Kopf der Partei Karl Kautsky etwas später an Bernstein: »Der Luxemburg, dem widerlichen Ding, paßt der Waffenstillstand bis zum Erscheinen Deiner Broschüre nicht, sie bringt jeden Tag einen Nadelstich ›zur Taktik‹. Erhältst Du die sächs. Arbeiterztg.? Für morgen kündigt sie einen offenen Brief Plechanows an mich an. Bin neugierig, was drin stehn wird?.«²² Die Genossinnen und Genossen fochten schon mit scharfer Klinge. Man muss sich dabei immer bewusst sein, dass Arbeiter in der Gründerzeit brutal ausgebeutet wurden und ihre Organisationen unter enormem Druck standen. Wie die »Arbeiter-Zeitung« berichtete, wurde in Sachsen bereits verhaftet, wenn nur der Verdacht bestand, ein Arbeiter habe einen anderen zur Arbeitsniederlegung aufgefordert. Die Verhängung von Zuchthausstrafen für linke politische Tätigkeit sollte ja gerade wieder erleichtert werden. Es gehörte schon Mut dazu, sich gegen diesen Druck zu wehren und andere zur Gegenwehr aufzufordern. Das traf auch auf den flammenden Beitrag zu, den Rosa Luxemburg in Vorbereitung auf den bevorstehenden Parteitag in Stuttgart publizierte. Mit Datierung »Dresden, 1. Oktober [1898]« heißt es da eingangs: »Unter hageldicht von allen Seiten niedersausenden Schlägen der Reaktion, inmitten des heißesten Gefechts mit den

21 SAZ. 30. September 1898, S. 1. (GW. Bd. 1/1. 8., überarb. Aufl. Berlin 2007. S. 228, 230 und 229.)

22 Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 29. Oktober 1898. Zit. in Laschitzka: Im Lebensrausch. S. 106.

Feinden der Arbeiterklasse um ihre fundamentalsten Rechte tritt diesmal der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Es ist keine friedliche Konferenz bei schönem Wetter, der behaglichen Ruhe, es ist ein unter rasch aufgespanntem Zelt, inmitten des Kriegsschauplatzes, unter feindlichem Feuer, in heißen Pulsschlägen und doch mit eiserner Ruhe in Kaltblütigkeit beratender Kriegsrat.«²³

Der Stuttgarter Parteitag der SPD tagte vom 2. bis 8. Oktober. Zu den 215 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands gehörte auch erstmals Rosa Luxemburg. Obwohl sie erst vier Monate in Deutschland war, reiste sie bereits als ordentliche Delegierte und zugleich als Chefredakteurin einer angesehenen Zeitung sowie indirekt auch als Vertreterin der polnischen Sozialdemokratie zum Parteitag. Sie besaß zu allen Punkten der Tagesordnung Rederecht. Als junge promovierte Frau war sie auch auf dem Parteitagspodium eine Ausnahmerecheinung, und dies umso mehr, wenn man bedenkt, dass Frauen damals noch kein Wahlrecht zum Deutschen Reichstag besaßen. Als eine Stütze für sie erwies sich, dass sie auf dem Parteitag Clara Zetkin traf, die in der deutschen und europäischen Sozialdemokratie bereits Autorität genoss und ähnliche Auffassungen wie sie vertrat. Auch ihr Vorgänger Parvus war anwesend, hatte aber nur zum Tagesordnungspunkt Presse Rederecht.

Die Leser der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« wurden über Verlauf und Ergebnisse des Parteitages ausführlich informiert. Die Berichte sind zwar namentlich nicht gezeichnet, werden aber in der Quellenforschung der Feder der Chefredakteurin zugeordnet.²⁴ Rosa Luxemburg erwartete eine Debatte über die Grundprinzipien der Taktik der Partei. Sie hatte im Vorfeld geschrieben, dass die Partei zu den fundamentalen Fragen des Parteilebens Stellung nehmen und »der richtigen Auffassung ihre *Sanktion*« verleihen müsse, ohne »ein Konzil der Kirchenväter« zu werden.²⁵ Der Antrag auf eine Grundsatzdebatte wurde bei der Beratung der Tagesordnung allerdings abgelehnt. August Bebel, der um Ausgleich bemühte Vorsitzende der Partei sprach dagegen. Dessen ungeachtet konnten verschiedene Punkte der Tagesordnung schlechterdings nicht erörtert werden, ohne grundsätzliche Fragen zu berühren. Dies zeichnete sich bereits am ersten Beratungstag ab, als die Frage auftauchte, ob man ein »Endziel« brauche oder nicht. Der

23 SAZ. 2. Oktober 1898. S. 1. (GW. Bd. 1/1. S. 231.)

24 Siehe GW. Bd. 6. S. 177f.

25 SAZ. 2. Oktober 1898. S. 1. (GW. Bd. 1/1. S. 234.)

Reichstagsabgeordnete Peus aus dem Osthavelland machte keinen Hehl daraus, dass ihm der ganze Begriff des Endziels zuwider sei, weil es keine Endziele gebe.²⁶ Nun könnte man die Debatte um ein »Endziel« tatsächlich für akademisch, oder, wie auf dem Parteitag formuliert, für eine »Doktorfrage« halten, würde sich nicht dahinter die Frage verbergen, ob die Sozialdemokratie eine sozialistische Gesellschaft anstreben sollte oder nicht. Das gab Rosa Luxemburg den Anlass, erstmalig das Wort zu ergreifen und das Problem aus ihrer Sicht auf den Punkt zu bringen: »Für uns darf nie ein Zweifel sein, daß wir nach der Eroberung der politischen Macht streben müssen. Eine sozialistische Partei muß sich immer der Lage gewachsen zeigen, sie darf nie vor ihren eigenen Aufgaben zurückschrecken. Dann müssen Ansichten über das, was unser Endziel ist, vollständig geklärt sein, wir werden es verwirklichen, trotz Sturm und Wind und Wetter.«²⁷ Ebenso konsequent wandte sie sich auf dem Parteitag gegen jegliche Beschneidung von Arbeiterrechten: »Wir werden demnächst auf die Zuchthausvorlage des Kaisers zu sprechen kommen; ich denke, die einzige Antwort der Arbeiter auf diesen Faustschlag ins Gesicht der Arbeiterschaft kann nur lauten: *Ceterum censeo Carthaginem esse delendam* – dieser Staat muß zerstört werden, und er kann nur zerstört werden durch die Eroberung der politischen Macht.«²⁸

Es ist vielleicht aus heutiger Sicht sinnvoll, der Forderung den Staat zu zerstören, die Worte Rosa Luxemburgs hinzuzufügen, die in der gleichen Ausgabe der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« abgedruckt wurden: »Genosse Vollmar hat mir die Unterschiebung gemacht, daß ich für Gewaltmittel, für die Anwendung von Bomben, für den Terrorismus schwärmen soll. Ich habe weder durch meine Äußerungen noch durch meine Artikel Anlaß zu einer solchen Unterstellung gegeben, sondern ich habe stets auf dem Standpunkt gestanden, daß das einzige Mittel für den Sieg die sozialistische Aufklärung der Arbeiter ist.«

Eine Beobachterin des Parteitages namens Marie Geck²⁹ erinnerte sich später: »An einer Seitensäule lehnt ein junges Weib, eine gebrechliche, klei-

26 SAZ. 6. Oktober 1898. S. 5. (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898. Berlin 1898. S. 89.)

27 SAZ. 6. Oktober 1898. S. 5. (GW. Bd. 1/1. S. 238.)

28 SAZ. 7. Oktober 1898. S. 5. (GW. Bd. 1/1. S. 241. Hier wird die sich im Wortbestand unterscheidende Version des Parteitagsprotokolls (S. 118) wiedergegeben.)

29 Ihr Ehemann Adolf Geck war Mitglied der Kontrollkommission der SPD.

ne Gestalt. Das kurzgeschorene schwarze Haar ist glatt zurückgestrichen. Unscheinbar mußte das Weiblein nach seinem Äußeren wirken, sprächen aus dem durchgeistigten Gesichte nicht ein paar wundervolle Augen, die einen gefangen nehmen. [...] Immer blitzender werden die Augen, manchmal fährt der Stift über das Papier in der Hand, immer mehr beugt sich das kleine Persönchen vor, fast meint man, es wüchse während Heines Rede. Meine Umgebung vermag mir keinen Aufschluß zu geben, wer das Mädchen aus der Fremde sei [...] Endlich, die Lichter leuchten schon an der Decke: »Das Wort hat die Genossin *Rosa Luxemburg*«. Ach, das ist die Miltstreiterin von Parvus, mit der verflucht spitzen, aber auch so unerbittlich konsequenten Feder. Da steht meine Unbekannte auch schon oben am Rednerpult. Mitleid überkommt mich; wie will das hilflose Menschenkind da oben durchdringen!?! – Und es dringt durch! In etwas süffisanten Ton, man hört einen Unterton des Bewußtseins der geistigen Überlegenheit über die Mehrzahl der Massen zu ihren Füßen heraus; fast etwas Widerspruch herausforderndes hatte dieser Ton. Aber wie fesselte sie den Parteitag und wie zwang ihre Logik.«³⁰

Der Widerspruch kam natürlich tatsächlich, und er machte sich auch an ihrer Person fest. Der Delegierte Vollmar aus München machte den Zwischenruf: »Du Gelbschnabel, ich könnte ja Dein Großvater sein«, und der Delegierte Frohme aus Hamburg wies Parvus und sie mit den Worten zu recht: »Mögen die Beiden hinter den grünen Tischen bleiben und wissenschaftliche Prinzipien erörtern und klären. Uns aber, die wir den Kampf zu führen haben und die Verantwortung zu tragen haben, vor Mit- und Nachwelt, uns überlassen Sie die Feststellung der Taktik.«³¹ Das waren Angriffe auf ihre Jugend und wissenschaftliche Reputation, aber es war natürlich keine Auseinandersetzung in der Sache. Da war es für sie sicher schwer, sachlich zu bleiben, aber sie bemühte sich darum, wenn sie ausführte: »Vollmar hat es mir zum bitteren Vorwurf gemacht, daß ich als junger Rekrut die alten Veteranen belehren will. Das ist nicht der Fall. Es wäre überflüssig, weil ich der festen Überzeugung bin, daß die Veteranen auf demselben Boden stehen wie ich. Es kommt hier überhaupt nicht darauf an, irgend jemand zu belehren, sondern eine bestimmte Taktik zum klaren und unzweideutigen Ausdruck zu bringen. Daß ich mir meine Epauletten in der deutschen Bewegung erst holen muß, weiß ich; ich will es aber auf dem linken

30 Zit. in Laschitzka: Im Lebensrausch. S. 102f.

31 Ebenda. S. 103.

Flügel tun, wo man mit dem Feinde kämpfen, und nicht auf dem rechten, wo man mit dem Feinde kompromisseln will. Wenn aber Vollmar gegen meine sachlichen Ausführungen das Argument ins Feld führt: Du Gelbschnabel, ich könnte ja dein Großvater sein, so ist das für mich ein Beweis, daß er mit seinen logischen Gründen auf dem letzten Loche pfeift.«³²

Die Debatten auf dem sechstägigen Parteitag in Stuttgart waren natürlich vielschichtiger als hier angedeutet werden konnte. Zwei Probleme seien noch erwähnt: Es kam darüber zu einer Auseinandersetzung, ob bei der Diskussion und Abstimmung über den Rüstungsetat im Reichstag sozialdemokratischerseits Zugeständnisse opportun seien, wenn dafür im Gegenzug mehr Rechte für Arbeiter herauskämen. Die Debatte lief unter dem Schlagwort »Kompensationspolitik«. Rosa Luxemburg erklärte dazu: »Worin kann die Kompensationspolitik bestehen? Wir verlangen Stärkung der Volksrechte, demokratische Freiheiten, der kapitalistische Staat verlangt Stärkung seiner Machtmittel und Kanonen. Gesetzt den günstigsten Fall, daß das Tauschgeschäft von beiden Seiten ehrlich geschlossen und gehalten wird, so steht das, was wir erhalten nur auf dem Papier. [...] Was aber der kapitalistische Staat von uns eintauschen würde, das hat eine feste brutale Existenz. Die Kanonen, die Soldaten, die wir bewilligen, verschieben die objektiven materiellen Machtverhältnisse zu unseren Ungunsten.«³³ Hier begründete Rosa Luxemburg bereits ihre antimilitaristische Position, die sie zeit lebenslang beibehielt und die ihr noch vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges Gefängnishaft eintragen sollte.³⁴

Auf dem Parteitag wurde auch die Haltung zur Zollpolitik, die in den Reichstagsdebatten eine wichtige Rolle spielte, eingehend diskutiert. Dank ihrer gründlichen ökonomischen Studien konnte sich Rosa Luxemburg auch dazu qualifiziert äußern. Sie veröffentlichte darüber auch einen Beitrag in der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung«.³⁵

Für Rosa Luxemburg als Chefredakteurin war wichtig, wie sich August Bebel als Parteivorsitzender und Karl Kautsky als Chefredakteur des theoretischen Organs »Neue Zeit«, das er damals noch im Privatverlag heraus-

32 SAZ. 7. Oktober 1898. S.5. (GW. Bd. 1/1. S.238.)

33 SAZ. 7. Oktober 1898. S.5. (GW. Bd. 1/1. S.239.)

34 Sie wurde am 20. Februar 1914 von der 2. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Main zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe musste sie im Februar 1915 während des Ersten Weltkrieges antreten. (Siehe Laschitz: Im Lebensrausch. S.439ff.; GW. Bd.3. S.395ff.)

35 Siehe SAZ. 13. Oktober 1898. S.1. (GW. Bd. 1/1. S.246–250.)

gab, positionieren würden. Beide vermieden eine eindeutige Stellungnahme auf dem Parteitag. Eduard Bernstein, der noch in London weilte, wurde aufgefordert, seine Ansichten nochmals in einer Broschüre zusammenzufassen. Dennoch überwogen auf dem Parteitag die eher revolutionären Positionen, und sowohl Rosa Luxemburg als auch Clara Zetkin waren mit dem Ergebnis zufrieden. Noch auf dem Parteitag erklärte Clara Zetkin unter starkem Beifall: »Wir sind nicht hierher gekommen, um alte Veteranen zu kritisieren, sondern um der Katze die Schelle umzuhängen und das ist uns gelungen.«³⁶

In der von ihr herausgegebenen »Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen« – »Die Gleichheit« – machte sie jedoch ein Zugeständnis an den Parteivorstand, wenn sie schrieb: »Betreffs unserer Taktik gehen die Ansichten von Peus, Heine, Vollmar, Auer u. a. einerseits und denen von Bebel, Liebknecht, Singer, Kautsky, Schönlank, Stadthagen, Parvus, den Genossinnen Luxemburg und Zetkin andererseits beträchtlich auseinander.«³⁷ Interessant ist, dass sie hier, wie an anderer Stelle auch, die Anrede Genosse bzw. Genossin sicher eher unbewusst nur für Frauen verwendet – laut ihren Angaben handelte es sich dabei um sechs Delegierte weiblichen Geschlechts von insgesamt 215 Delegierten mit Mandat.³⁸

Wieder zurück in Dresden, zog Rosa Luxemburg in einer als Leitartikel veröffentlichten Nachbetrachtung folgendes Parteitagsresümee in der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung«: »Die Stimmung des Parteitages war nach der Debatte so erdrückend für die wenigen Vertreter des Opportunismus, daß sie, die am Anfang eine ›gute Stimmung‹ konstatieren zu können glaubten – siehe die Rede Vollmars – zum Schlusse es aufgeben mußten, ihren Standpunkt in der allgemeinen Debatte überhaupt noch zu verteidigen. Insofern haben wir allen Grund mit dem Ergebnis der Diskussion zufrieden zu sein.«³⁹

Kritik übte sie an der zögerlichen Haltung der Parteiführung. Allerdings korrigierte sich Karl Kautsky im darauf folgenden Jahr, in einem Brief an Eduard Bernstein, indem er schrieb: »Mein Fehler war, daß ich damals nicht so weit sah wie Parvus und Luxemburg, die damals schon den Gedanken-gang Deiner Broschüre witterten, während dem ich immer noch Deinen

36 SAZ. 7. Oktober 1898. S. 1.

37 »Die Gleichheit«. Stuttgart. Nr. 21, 12. Oktober 1898. S. 161.

38 Siehe ebenda. S. 165.

39 SAZ. 12. Oktober 1898. S. 1. (GW. Bd. 1/1. S. 245.)

Sätzen die möglichst formlose Deutung gab und nur mit Widerstreben zur Überzeugung gelangte, daß Du aufgehört hast Marxist zu sein«. Und an anderer Stelle fuhr er fort: »Ich muß Parvus und Luxemburg das Verdienst lassen, daß sie Deinen Gegensatz zu unseren programmatischen Ausführungen schon erkannten, wo ich mich mit diesen Gedanken nicht befreunden konnte und mich an den Gedanken eines Mißverständnisses klammerte.«⁴⁰ Das war im Nachhinein ein großes Lob für den ehemaligen Dresdner Chefredakteur und dessen Amtsnachfolgerin.⁴¹

Am 11. Oktober nahm die Chefredakteurin nochmals Bezug auf den Parteitag: »Einen würdigen Abschluß fanden die Verhandlungen durch die Erklärung zum Genfer Attentat [die Ermordung der Kaiserin Elisabeth von Österreich, genannt Sissi, am 10. September 1898 in der Schweiz durch einen Anarchisten] und die daran anknüpfenden Bestrebungen, die Mordtat dazu zu benutzen, unter der falschen Flagge der Bekämpfung des Anarchismus dem aufstrebenden auf gesetzlichem Boden kämpfenden Proletariat neue Fesseln anzulegen, die nur der Ausbeutung weitere Hebel zur ungestörten Betreibung ihres Geschäfts bieten sollen.«⁴²

Und am 22. Oktober berichtete die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« über eine Debatte zur Auswertung des Parteitages: »Eine öffentliche Parteiversammlung fand gestern abend im großen Saal des Trianon statt.⁴³ Dieselbe war gut besucht. Der Vorsitzende teilte mit, daß es der Genossin Luxemburg infolge plötzlich eingetretener Krankheit leider nicht möglich sei, in der Versammlung zu erscheinen und über den Parteitag zu referieren.« Diese Aufgabe übernahm der Delegierte Sindermann, über dessen Ausführungen berichtet wird: »Wir Genossen in Dresden könnten ganz besonders stolz auf den Ausgang der Debatte sein, da die »Sächs. Arb.-Ztg.« es unter der Leitung des leider ausgewiesenen Genossen Parvus war, welche jeder Zeit den sich

40 Zit. in Annelies Laschitzka, Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der Arbeiterbewegung. Berlin 1971. S.40.

41 Erwähnt werden soll, dass zwischen Rosa Luxemburg und der Familie Kautsky eine Freundschaft entstand, die allerdings mit Karl Kautsky wegen inhaltlicher Differenzen zur Strategie und Taktik der SPD 1910 zerbrach. Die Freundschaft mit Luise Kautsky hielt jedoch den Belastungen in den noch bevorstehenden sehr schweren Zeiten stand. (Siehe Laschitzka: Im Lebensrausch. S.318ff.)

42 SAZ. 11. Oktober 1898. S. 1.

43 Die Versammlung fand am 20. Oktober statt. Im Beitrag hätte »vorgestern« stehen müssen. Das »Trianon« war eine Versammlungsgaststätte am Schützenplatz mit einer Saalkapazität von etwa 500 Personen.

geltend machenden sozial-reformerischen Strömungen entschieden entgegen getreten sei, wenn auch die Form nicht immer die Billigung der Dresdner Parteigenossen gefunden habe. Aussprechen müsse er es, da es ihm in Stuttgart durch Schluß der Debatte nicht möglich war [zu erklären], daß mit verschwindenden Ausnahmen die Dresdner Parteigenossen in der Frage der Taktik hinter der ›Sächs. Arb.-Ztg.‹ stehen. (Stürmischer Beifall)«⁴⁴ Angemerkt wird außerdem, dass eine Resolution einstimmig angenommen wurde, die am Folgetag in der Zeitung erschien, wobei auch das Datum der Versammlung korrigiert wurde. Außerdem wird darauf verwiesen, dass besonders viele Frauen anwesend waren und dass die Versammlung durch einen Beamten überwacht wurde.⁴⁵

Wie schon erwähnt, führte die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« vom 16. Oktober bis zum 3. November in 13 Folgen eine vielbeachtete Debatte zu Grundsatzfragen der Taktik der Partei. Wichtige Beiträge stammen aus der Feder Rosa Luxemburgs, neben ihr kamen aber auch solche prominenten Autoren wie Georgi Plechanow zu Wort. Es war eine Debatte auf hohem theoretischen Niveau. In einer Studie der Sektion Journalistik der Universität Leipzig aus dem Jahre 1986 heißt es zur »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« des Jahres 1898: »Das Dresdner Parteiorgan spielt einige Zeit eine exponierte, vorwärtstreibende Rolle im antirevisionistischen Kampf.«⁴⁶ Mehrere von Rosa Luxemburg in der Revisionismusdebatte verfasste Beiträge wurden von der »Leipziger Volkszeitung« nachgedruckt. In der Literatur wird hervorgehoben, dass sich diese Zeitung gerade dadurch »erstmal internationalen Respekt verschafft« habe.⁴⁷

Dabei gab es durchaus auch Rivalitäten zwischen den Redaktionen. Als Eduard Bernstein mit Georgi Plechanow in eine öffentliche Debatte zum Revisionismus eintreten wollte, riet Karl Kautsky ab: »Solltest Du aber trotzdem nicht länger gegen Plechanow schweigen wollen, und ich begreife das recht gut, dann sage ich, wäre es ganz deplaciert, die Diskussion etwa in die sächsische Arbeiter-Zeitung zu verlegen. Das ist nicht der richtige Ort dazu, und diese Ehre gönne ich der Luxemburg nicht, daß die zur Leiterin

44 SAZ. 22. Oktober 1898. S. 5.

45 Ebenda.

46 Frank Stader: Die proletarische deutsche Presse. Leipzig 1986. S. 65.

47 Siehe Jürgen Schlimper: Natürlich – die Tauchaer Straße. Leipzig 1997. S. 44.

der Diskussion mit Dir wird«. ⁴⁸ Das war immerhin deutlich. Die Debatte begann dessen ungeachtet in der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung«.

Während Rosa Luxemburgs Tätigkeit in Dresden wurde neben anderem auch des 20. Jahrestages des Sozialistengesetzes gedacht. Am 21. Oktober veröffentlichte sie auf der Titelseite einen Beitrag mit der Überschrift »Nach 20 Jahren«. Darin würdigte sie den aufopferungsvollen und letztlich erfolgreichen Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen Bismarcks Ausnahmegesetzgebung. Sie erinnerte an die Verhängung des Ausnahme- bzw. Belagerungszustandes über Berlin, Hamburg und Leipzig und die Schicksale der von Ausweisung und Zuchthausstrafe Betroffenen. Ihr besonderes Augenmerk galt der Rolle der sozialdemokratischen Exilpresse und den Anstrengungen zu ihrer illegalen Verbreitung in Deutschland. Dabei wies sie ausdrücklich auf Eduard Bernsteins unbestrittene Verdienste. ⁴⁹

An dieser Stelle scheinen einige allgemeine Bemerkungen zur »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« angebracht. Die SPD verfügte in Deutschland Mitte der 1890er Jahre über etwa 50 Parteizeitungen, aber nur drei davon besaßen überregionale Bedeutung. Das waren der »Vorwärts«, der in Berlin als zentrale Parteizeitung unter der Leitung von Wilhelm Liebknecht erschien, die »Leipziger Volkszeitung« und die »Sächsische Arbeiter-Zeitung«. Allein die Tatsache, dass zwei dieser Zeitungen in Sachsen publiziert wurden, unterstreicht, wie stark die Arbeiterbewegung hier einstmals gewesen ist.

Die Auflagenhöhe des »Vorwärts« hatte Bebel auf dem Parteitag mit 50 000 angegeben. Die »Leipziger Volkszeitung« verfügte 1898 über 25 000 Abonnenten, die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« kam 1897 auf 12 500 Abonnenten, 1908 soll sie eine Auflage von 35 000 Exemplaren erreicht haben. Obgleich der Titel auf ganz Sachsen hindeutet, war das Verbreitungsgebiet auf Dresden und Ostsachsen beschränkt, eine Erscheinung, die wir auch heute bei der »Sächsischen Zeitung« vorfinden. In Chemnitz erschien in geringerer Auflage die »Volksstimme« als Arbeiterzeitung, während in Zwickau das »Sächsische Volksblatt« verlegt wurde. ⁵⁰ Die Zeitungen sollten damals einerseits der Verbindung der Parteiführung zu ihren Mitgliedern dienen und andererseits deren Informations- und auch Bildungsbedürfnisse erfüllen. Dabei zielten sie natürlich auch auf Leser in der

48 Zit. in GW. Bd.6. S.216, Fn.43.

49 Siehe SAZ. 21. Oktober 1898. S.1. (GW. Bd.6. S.232ff.)

50 Siehe Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 1869–1917. Bd.1. Berlin 1987. S.403.

Arbeiterschaft jenseits der sozialdemokratischen Mitgliedschaft. Die Zeitungen sollten auch von der bürgerlichen Presse weitgehend unabhängig machen, die ihrerseits das Informationsbedürfnis der arbeitenden Schichten kaum berücksichtigte. So enthielt die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« neben deutlich parteipolitisch geprägten Seiten auch erstaunlich genaue Meldungen über das Weltgeschehen, zuvörderst natürlich über das Geschehen in Europa. So hatte Rosa Luxemburg im Zeitraum vom 15. Juli bis 1. Oktober 1898, also zumeist vor ihrer Berufung in die Redaktion, bereits auf 59 Seiten Berichte und Wertungen zum Auslandsgeschehen in der Zeitung veröffentlicht. Im Mittelpunkt stand dabei Frankreich mit der Dreyfus-Affäre⁵¹ und mit Arbeitskämpfen. Dabei kam ihr zugute, dass sie Frankreich dank eines mehrmonatigen Aufenthalts aus eigenem Erleben kannte. Ihre journalistische Aktivität war enorm, und ihre Beiträge waren in der Arbeiterpresse gefragt.

Im Juli 1898 hatte noch Chefredakteur Parvus die vierseitige monatliche Beilage unter dem Titel »Sozialistische Rundschau« gestartet. Daneben gab es Beilagen zu den Themen Frauenwelt, Jugend, Leben, Wissen und Kunst. Im Oktober 1898 veröffentlichte die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« Mark Twains »Reise um die Welt« als Fortsetzungsroman. In den bereits erwähnten Beilagen finden sich auch zahlreiche Informationen zur Stadtentwicklung. Ein nicht näher bezeichneter Prof. Dr. Gurlitt wandte sich beispielsweise entschieden gegen den Abriss des Kurländer, des Wackerbarth'schen und des Coselschen Palais, als im Zuge der Umgestaltung des Zentrums breite Straßen die engen Gassen ersetzen sollten. Die geplante Veränderung der Straßenführungen im Bereich des Neumarktes wurde vorgestellt und in Ansätzen auch diskutiert. Theateraufführungen wurden eher sporadisch angekündigt, während über Gerichtsprozesse, vor allem wenn es um Arbeits- und Sozialrecht ging, ausführlich berichtet wurde. Die Zeitung veröffentlichte auch bereits Seiten mit kommerzieller Werbung. Auf private Informationen (Geburts- und Traueranzeigen etc.) wurde noch verzichtet, während Sterbefälle einfach aufgelistet wurden.

Die Parteizeitungen wurden meist von Redakteuren mit wissenschaftlicher Qualifikation geleitet. Das theoretische Niveau war hoch, allerdings war die Gestaltung der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« noch etwas ungeordnet,

51 Im Jahr 1894 war der französische Offizier Alfred Dreyfus wegen angeblichen Landesverrats im Interesse des Deutschen Kaiserreiches von einem Kriegsgericht zu lebenslanger Haft und Verbannung verurteilt worden.

was auch Rosa Luxemburg Sorge bereitete. In gewissen Grenzen gab es eine Unabhängigkeit der Redakteure von den Parteiführungen. Pressekommissionen sollten die Interessen der Partei gegenüber den Redaktionen sichern.

In der Partei wurde immer wieder über die Qualität und Wirksamkeit der Zeitungen gestritten. Das hatte sich auch deutlich auf dem Stuttgarter Parteitag gezeigt. Die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« war hier mehrfach benannt und bewertet worden. So führte der Parteivorsitzende August Bebel am zweiten Verhandlungstag bittere Klage: »Was dagegen die Polemik über die Haltung der ›Sächsischen Arbeiter-Zeitung‹ betrifft, so will ich dem hier anwesenden früheren Leiter des Blattes offen erklären, daß ich sehr oft mich gefreut habe, dass er die Gelegenheit wahrnahm, da, wo ein Verstoß vorlag, an der Partei und an der Parteileitung Kritik zu üben, aber ebenso auf das Allereentschiedenste verurteilen muß ich, daß in der Mehrzahl der Fälle diese Kritik einen Ton angeschlagen hat, der es allerdings dem angegriffenen Teile unmöglich machte, sich auf eine Erörterung einzulassen. Ich kann daher nur mit dem Wunsch schließen, den Gradnauer schon ausgesprochen hat: Diskutieren wir gründlich, aber diskutieren wir objektiv und vergessen wir keinen Augenblick, daß wir als Parteigenossen zu Parteigenossen sprechen.«⁵² Und Clara Zetkin ergänzte und erwiderte in der gleichen Debatte: »Ich gestehe, daß ich die Taktik der ›Sächsischen Arbeiter-Zeitung‹ mit ihren persönlichen Ausfällen oft nicht gebilligt habe, aber ich möchte doch auf der anderen Seite betonen, daß die Organe, die von den Ausführungen der ›Sächsischen Arbeiter-Zeitung‹ immer nur das persönlich Taktlose, das taktisch ungeschickte herausgreifen und den eigentlichen Kern ganz außer Acht lassen, die Debatte auf ein noch viel niedrigeres Niveau herabdrücken.«⁵³ Währenddessen fand es Versammlungsleiter Auer schon am Ende des ersten Verhandlungstages für angebracht, auf folgendes zu verweisen: »Man ist sosehr über Frau Luxemburg hergefallen, sie hat den Prügelknaben abgeben müssen für einen anderen, der sich hier nicht verteidigen kann.«⁵⁴ Damit war Rosa Luxemburgs Amtsvorgänger Parvus gemeint, der mit dem Zwischenruf antwortete, er werde sich schon woanders verteidigen. Jedenfalls zeigten die Debatten, dass die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« in der SPD weithin bekannt war.

52 SAZ. 7. Oktober 1898. S.5.

53 Ebenda.

54 SAZ. 6. Oktober 1898. S.2.

Die Redaktionsarbeit sagte Rosa Luxemburg offensichtlich zu und fiel ihr leicht. Von mehreren Seiten erhielt sie Lob: das Blatt gewinne unter ihrer Leitung an Substanz und Ordnung. Die mit dem »Sprung ins tiefe kalte Wasser« befürchteten Probleme ließen indes nicht auf sich warten: Es kam nach kurzer Zeit zu Konflikten mit Redaktionskollegen. Dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, dass Rosa Luxemburg, nachdem sie als Chefredakteurin in Dresden angetreten war, zum Parteitag fuhr, also in der Redaktion eine Woche nicht anwesend sein konnte.

Der Konflikt erwuchs aus einer Auseinandersetzung mit Georg Gradnauer, in jenen Tagen politischer Redakteur des »Vorwärts«. Er hatte die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« nach dem Fall des Sozialistengesetzes aufgebaut, sie von 1890 bis 1896, also vor Alexander Parvus, als Chefredakteur geleitet und war in Dresden und Sachsen sehr bekannt.⁵⁵ Die folgenreiche Auseinandersetzung begann entgegen anderen Darstellungen gar nicht in Dresden, sondern mit einem Disput zwischen der »Leipziger Volkszeitung« und dem »Vorwärts«, in dessen Redaktion Gradnauer, wie bereits erwähnt, nunmehr tätig war. Die »Leipziger Volkszeitung« hatte dem »Vorwärts« vorgeworfen, er verhalte sich in der Auseinandersetzung um die Taktik der Partei zu neutral. Darauf hatte Gradnauer am 16. Oktober im »Vorwärts« geantwortet. Diese Auseinandersetzung hatte die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« bis hierhin nicht berührt.

Am 18. Oktober begann sie jedoch in diesen Disput einzutreten und Partei zu ergreifen. Unter der Überschrift »Erörterungen über die Taktik«, einer ungezeichneten Kolumne, die Rosa Luxemburg eingerichtet hatte, wurde der erwähnte politische Schlagabtausch in indirekter Rede wiedergegeben und Gradnauer mehrmals zitiert. Der letzte Absatz lautet: »Wir geben im obigen das Wesentliche der Diskussion zwischen dem ›Vorwärts‹ und der ›Leipziger Volkszeitung‹ wieder. Morgen werden wir unsererseits einige Bemerkungen zu dem gr- Artikel machen.«⁵⁶ Tatsächlich veröffentlichte die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« am nächsten Tag eine scharfe Polemik aus der Feder Rosa Luxemburgs.⁵⁷ Weder die »Leipziger Volkszeitung« noch

55 Georg Gradnauer (1866–1946) hatte promoviert und wurde wiederholt in einem Dresdner Wahlkreis als Reichstagsabgeordneter der SPD gewählt. In der Novemberrevolution 1918 wurde er zum Vorsitzenden des Sächsischen Arbeiter- und Soldatenrates gewählt. Er wurde erster Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und insofern zu seinem Begründer. (Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon (im Folgenden Biographisches Lexikon). Berlin 1970. S. 162f.)

56 -gr- stand für Gradnauer. SAZ. 18. Oktober 1898. S. 5. (GW. Bd. 6. S. 191.)

57 SAZ. 19. Oktober 1898. S. 5. (GW, Bd. 1/1. S. 257ff.)

die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« hatten bis zu diesem Zeitpunkt Gradnauers Artikel wörtlich nachgedruckt. Bislang war er in Dresden nur indirekt, in Auszügen bzw. im Umweg über Leipzig bekannt geworden. Das änderte sich in dem Moment, als die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« am 25. Oktober 1898 eine Erwiderung Gradnauers veröffentlichte.⁵⁸ Sie schließt mit den Worten: »Es liegt mir fern, mit gleicher Münze heimzuzahlen, weil ich derartige Formen der Diskussion unter Parteigenossen nicht für ratsam halte und weil ich den Dresdner Genossen das unangenehme Schauspiel eines niedrigen Gezänks zwischen mir und der neuen Chefredakteurin der ›Sächs. Arb.-Ztg.« ersparen möchte.«

Die neue Chefredakteurin ließ die Auseinandersetzung damit jedoch nicht auf sich beruhen, sondern antwortete bereits am folgenden Tag, also am 26. Oktober 1898, erneut polemisch: »Aber das heillose Dunkel, das über all seinen Ausführungen über die Parteitaktik herrscht, hat ›Methode«, es hat einen politischen Grund. Es ist dies jene Politik, die allen geben und niemandem nehmen, alle befriedigen und niemanden kränken, alle Differenzen verwischen, alle Widersprüche aussöhnen, alle Gegensätze in einem Meer sauer-süßlicher Beschwichtigungslimonade ertränken will.« Und: »Was den Genossen gr. selbst betrifft, so lassen wir ihn in Ruhe, deren er bedarf [...] Wir möchten ihm nur einen dringenden Wunsch beim Abschied ans Herz legen, den Wunsch nämlich, daß in dem beschwichtigenden Redakteur des ›Vorwärts« nicht ganz und gar der politische Vertreter der revolutionären Dresdener Arbeiterschaft untergeht.«⁵⁹

Mit dem Schlusssatz spielte Rosa Luxemburg auf Gradnauers Mandat als Reichstagsabgeordneter an. Das konnte und wollte dieser nicht auf sich beruhen lassen und antwortete mit einem Beitrag im »Vorwärts«, dessen Nachdruck Rosa Luxemburg nunmehr verweigerte. Das ist umso unverständlicher, da sie in der Ausgabe, die ihre zweite Erwiderung enthält, eine Erklärung Eduard Bernsteins im vollen Wortlaut und ohne Kommentar veröffentlichte. Außerdem wäre wohl auch deshalb ein wenig Zurückhaltung angebracht gewesen, da sie nicht mit einem politischen Gegner, sondern einem ihrer Vorgänger stritt.

Diese Sachverhalte nahmen drei Redaktionskollegen, Emil Eichhorn, Emil Nitzsche und Heinrich Wetzker, die in einigen Verfahrensfragen ohnehin anderer Auffassung als ihre Chefredakteurin waren, zum Anlass, um

58 SAZ. 25. Oktober 1898. S. 5.

59 SAZ. 26. Oktober 1898. S. 5. (GW. Bd. 6. S. 209ff.)

mit einem Brief an die Redaktion des »Vorwärts« öffentlich gegen Rosa Luxemburg zu opponieren. Sie verlangten, die Beiträge ihres früheren Chefs im vollen Wortlaut zu veröffentlichen. Das lehnte Rosa Luxemburg jedoch ab.⁶⁰ Sie habe sich wohl eingebildet, schrieb Eichhorn⁶¹ an Wilhelm Liebknecht, »sie könnte die Arbtzg im Hand um Drehen zum ›Organ Luxembg‹ machen und nun auch absolut über alle in Frage kommenden Faktoren herrschen. Ja, aber die gute Frau brachte die Fähigkeiten Helphands nicht mit. Von einer geordneten Redaktionstätigkeit, von vernünftiger Arbeitsteilung keine Ahnung, pfuschte sie überall herum und ging einer Verständigung behufs Befriedigung dieses Zustandes beharrlich aus dem Wege.«⁶²

Damit war der Pressestreit perfekt. Rosa Luxemburg brachte bei einer Anhörung vor der Pressekommission am 2. November ihren Rücktritt ins Gespräch. Die Pressekommission vertagte sich bis zum 8. November. Man hoffte auf Einigung. Durch eine Indiskretion ihrer Redakteurskollegen meldete aber der »Vorwärts« bereits am Folgetag, Rosa Luxemburg sei zurückgetreten. Mit dieser Falschmeldung waren Tatsachen geschaffen, da alle annehmen konnten, hinter dieser Meldung würde die Parteiführung stehen.⁶³

Rosa Luxemburg wäre wohl gern Chefredakteurin in Dresden geblieben, was nicht zuletzt auch finanzielle Gründe hatte. Das Jahresgehalt ihres Kollegen bei der »Leipziger Volkszeitung« betrug damals 5000 Mark. Ein Redakteur erhielt monatlich 200 Mark. Es ist daher zu vermuten, dass Rosa Luxemburg ein Betrag von mindestens 3000 Mark jährlich zugestanden hätte. Trotz dieses finanziellen Anreizes wollte sie sich nicht verbiegen lassen. Sie verfasste eine Erklärung mit folgendem Wortlaut: »Mit dem heutigen Tage lege ich die Redaktion der ›Sächsischen Arbeiter-Zeitung‹ nieder. Die Gründe, die mich dazu bewogen haben, sehe ich mich gezwungen nicht in der ›Sächsischen Arbeiter-Zeitung‹, sondern in einem anderen Parteiblatt darzulegen, und zwar werde ich es in der ›Leipziger Volkszeitung‹ tun.« Die Erklärung erschien dort tatsächlich am 4. November, die angekündigte ausführliche Darlegung der Beweggründe ihres Rücktritts fand der interessierte

60 Siehe Laschitz: Im Lebensrausch. S. 108.

61 Emil Eichhorn (1863–1925) teilte später viele Auffassungen Rosa Luxemburgs. Nach Gründung der USPD trat er ihr bei und wurde während der Novemberrevolution 1917 Polizeipräsident von Berlin. (Siehe Biographisches Lexikon. S. 110f.)

62 Zit. in Laschitz: Im Lebensrausch. S. 108.

63 Siehe Nettel: Rosa Luxemburg, S. 161.

Leser in der gleichen Ausgabe.⁶⁴ August Bebel wollte die Veröffentlichung in der »Leipziger Volkszeitung« verhindern. Deswegen intervenierte er bei Bruno Schoenlank: »Ich kenne diese Erklärungen nicht, aber nach den Mitteilungen, die mir in der objektivsten Weise von Seiten eines Dresdener Parteigenossen mitgeteilt wurden, hatte die Genossin Luxemburg keinen Grund so zu handeln, wie sie gehandelt hat [...] Daß sie (die Kommission) ihre – Luxemburgs – Erklärung gegen Gradnauer und insbesondere die unglaublich taktlose Erklärung gegen ihre Redaktionskollegen zu veröffentlichen untersagte, finde ich ebenfalls korrekt [...] Was mich noch speziell ärgert, ist, die Genossin Luxemburg hat sich zu sehr als Frau und zu wenig als Parteigenossin gezeigt und mich dadurch desillusioniert. Das ist unangenehm.«⁶⁵

Rosa Luxemburg war allerdings schneller als Bebel, und so wurde ihre Erklärung zumindest in Leipzig veröffentlicht. Den Hergang ihres Ausscheidens empfand sie als »eine unerhörte Verletzung« ihrer Rechte als Redakteurin.⁶⁶ Man hatte ihr schlechthin das Wort zur Sache verboten.

Am 7. November versuchte Rosa Luxemburg August Bebel die Zusammenhänge ihres Rücktritts zu erklären. Ihre Sicht der Dinge sei an dieser Stelle etwas ausführlicher zitiert: »Schon aus Parvus' Zeiten waren die Verhältnisse in der Redaktion so zerrüttet und unhaltbar, daß es früher oder später zu einem Krach kommen mußte; es mußte um so mehr, als meine Kollegen durch den langen Kampf mit Parvus gereizt und entschlossen waren, den Redaktionswechsel [beim Weggang von Parvus⁶⁷] auszunutzen, um das Blatt vollständig in ihre Hände zu bekommen, wobei sie in der durch die Angriffe auf den schlechten Ton der Zeitung eingeschüchterten Kommission einen Rückhalt gefunden haben. Ich meinerseits hielt es für falsch, mich – wie dies Parvus getan – bloß auf das Schreiben taktischer und po-

64 Siehe »Leipziger Volkszeitung«, 4. November 1898. S. 2. (GW. Bd. 1/1. S. 270.)

65 Nettl: Rosa Luxemburg, S. 161f.

66 Siehe »Leipziger Volkszeitung«, 4. November 1898.

67 Parvus nahm 1905 an der russischen Revolution teil, wurde verhaftet, mit Trotzki zusammen in Petersburg inhaftiert und floh vom Transport nach Sibirien. Er kam nach Deutschland zurück. 1907 wurde im Dresdner Verlag August Kaden seine Schrift »Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterbewegung im Reiche« publiziert. 1908 wurde ihm die Veruntreuung von Geldern vorgeworfen. Daraufhin brach Rosa Luxemburg die Verbindung zu ihm ab. Parvus ging in die Türkei, befasste sich mit Waffenhandel und wurde vermögend. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte er nach Deutschland zurück und starb 1924 in Berlin. Sein Urnengrab befindet sich auf dem Friedhof Dresden-Tolkewitz. (Siehe Biographisches Lexikon. S. 196f.)

lemischer Artikel zu beschränken und alles übrige in der Zeitung gehen zu lassen, wie es Gott gefällt. Ich betrachtete als meine erste Aufgabe neben der Besprechung taktischer Fragen die Hebung und Besserung des verwahrlosten Blattes überhaupt, griff deshalb in andere Rubriken ein, und das gab Anlass zu neuen Reibungen mit meinen Kollegen [...] Sie sind der Meinung, daß uns die Kommission in allem Wesentlichen nachgegeben habe. Tatsächlich hat sie alle meine Anträge und Bitten abgelehnt, sie hat sich auf der ganzen Linie auf die Seite meiner Redaktionskollegen gestellt, und wäre ich in der Redaktion zurückgekehrt, so hätte ich – bei den *gegebenen* Beziehungen in der Redaktion und der gegebenen Stimmung der Kommission – sofort auf meine ganze Bewegungsfreiheit verzichten müssen. Formell handelte es sich nur um das ›Ausmerzen des Tones‹, tatsächlich hätte ich bald nicht mehr meine Artikel und – was sehr wichtig – auch Parvussche Artikel bringen können.« Und: »Wohl gemerkt, ich wiederholte zehnmal in der Sitzung, daß man mich zur Demission *zwingt*, daß mir kein anderer Ausweg bleibt. – Man hat es lächelnd hingenommen und als eine leere Drohung – wie sie Parvus mehrmals machte – betrachtet.«⁶⁸

Ganz unschuldig war Rosa Luxemburg an der Misere aber nicht. Sie war leider ohne Not über das Ziel hinausgeschossen. Soweit es im Disput tatsächlich um die Taktik der Partei ging, hatte sie durchaus recht, presserechtlich besaß aber Gradnauer die besseren Karten. Vielleicht nahm Rosa Luxemburg das Presserecht damals auf die leichte Schulter, in der illegalen Presse, für die sie jahrelang tätig gewesen war und noch immer schrieb, galt es nicht. Biograf Peter Nettel bezeichnete Rosa Luxemburgs Rückzug aus der Chefredaktion der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« als ihr »Dresdener Fiasko«.⁶⁹

Viele Jahre später bekannte sie in einem Brief: »Und das macht doch gerade inneren Reichtum und wirkliche Freiheit gegenüber den Höhen und Tiefen des Lebens aus, daß man ihnen gegenüber souverän ist, daß man die Erfolge genießen und das Scheitern ertragen kann.«⁷⁰

Ihr Nachfolger als Chefredakteur wurde Georg Ledebour, der bislang als Redakteur beim »Vorwärts« arbeitete. Da er jederzeit dorthin zurückkehren konnte, nährte sich in der Parteiführung die Hoffnung, Rosa Luxemburg würde es, wenn der Zwist vergessen sei, vielleicht doch noch einmal in

68 GB. Bd.1. S.212f.

69 Siehe Nettel: Rosa Luxemburg. S.165.

70 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach, 30. März 1917. In: GB. Bd.5. S.196.

Dresden versuchen. Diese Erwartung hat sich jedoch nicht erfüllt. Ledebour leitete die Zeitung bis zum Jahr 1900.⁷¹ Da sein Verhältnis zu Rosa Luxemburg entspannt und freundschaftlich war, konnte sie schon bald nach ihrem Weggang weiter in der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« publizieren. Sie schrieb Beiträge für die Rubrik »Wirtschaftliche und sozialpolitische Rundschau«, die jedoch nicht gezeichnet erschienen. Für jeden Beitrag erhielt sie 20 Mark, die sie für ihren Lebensunterhalt auch dringend brauchte.

Sie ging nach Berlin zurück und arbeitete zunächst als freischaffende Journalistin für die deutsche und polnische legale und illegale sozialdemokratische Presse weiter. Ihr publizistisches Wirken kann man nicht besser charakterisieren und würdigen, als es ihre Biografin Annelies Laschitza 2018 tat: Es überwiegen die Arbeiten, die Rosa Luxemburg »als exzellente Journalistin mit politischem Scharfblick, erstaunlichem Einfallsreichtum, brillanter Ausdrucksweise, gefürchteter Polemik, horrender Tatsachenbesessenheit, unbändigem Widerspruchsgeist und empfindlicher Abkehr- bzw. Abwehrreaktion nacherleben lassen«.⁷²

Angemerkt sei auch, dass Hannah Arendt eine große Verehrerin Rosa Luxemburgs war. Sie veröffentlichte 1968 eine Rezension zu Peter Nettls Biografie, in der es heißt: »Man möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß mit großer Verspätung doch noch anerkannt wird, wer Rosa Luxemburg war und was sie geleistet hat – ebenso wie man weiter hoffen möchte, daß sie endlich ihren Platz im Pensum der Politologie der westlichen Welt finden möge.«⁷³ Genau dazu soll diese Suche nach Spuren ihres Wirkens in Dresden einen Beitrag leisten.

71 Georg Ledebour (1850–1947) blieb weiterhin Journalist. Er war vor und nach der Novemberrevolution 1918 mehrfach Reichstagsabgeordneter der SPD. Er war Gründungsmitglied der USPD. 1933 floh er in die Schweiz und arbeitete weiter als Journalist. Er starb in Bern. (Siehe Biographisches Lexikon. S.271ff.)

72 Annelies Laschitza: *Sich treu bleiben und heiter sein ...* S. 105.

73 Zit. in Werner Abel: *Hannah Arendt über Rosa Luxemburg*. In: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. S. 249 (Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus. Bd. III).

»Wer den Frieden will, sendet keine Kriegsschiffe in ein anderes Land« – Rosa Luxemburg als sozialdemokratische Wahlkämpferin in den Reichstagswahlen 1898–1912

Rosa Luxemburg war eine engagierte Wahlkämpferin. Das hatte sie bereits während der Reichstagswahlkämpfe 1898, 1903 und 1907 unter Beweis gestellt.¹ Obwohl sie die parlamentarische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie kritisch betrachtete und vor Illusionen warnte, war es für sie selbstverständlich, die Kampagne zu den 1912 bevorstehenden Reichstagswahlen aktiv mitzugestalten.

Lieber hätte sie sich zwar wissenschaftlicher Arbeit, der Nationalökonomie und der Analyse des Imperialismus gewidmet. Wie sie Kostja Zetkin anvertraute, habe ihr die Wahlagitation zum Halse herausgehangen: »Man soll sich noch die Kehle heiser reden, damit möglichst viele Teppe in den Reichstag hineinkommen und dort den Sozialismus zum Hohn machen.«²

Dessen ungeachtet absolvierte die couragierte Sozialistin vom 1. bis zum 12. Dezember 1911 einen wahlagitatorischen Marathon, indem sie in Leipzig, Markranstädt, Halle (Saale), Eisenberg, Meuselwitz, Altenburg, Schmölln, Plauen, Netzschkau, Ellefeld (bei Auerbach im Vogtland), Dresden-Pieschen und Sebnitz auf Massenkundgebungen über »Die politische Lage und die Sozialdemokratie« referierte.³ Aus Dresden berichtete sie darüber Kostja Zetkin: »Juju, Liebling, ich kann Dir gar nicht sagen, eine wie glänzende

- 1 Im Zuge der Editionsarbeiten an den Gesammelten Werken Rosa Luxemburgs hat der Autor mehr als 50 weitere Reden Rosa Luxemburgs ermitteln können. Sie werden in den 2014 bzw. 2017 im Karl Dietz Verlag Berlin erschienenen Bänden 6 und 7 dokumentiert. Wilfried Trompelt, Regionalbüro Dresden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, fand zwei bisher von der Forschung übersehene Zeitungsberichte über Rosa Luxemburgs Wahlkampfauftritt am 11. Dezember 1911 in Dresden-Neustadt. Beide Berichte werden im vorliegenden Heft nachgedruckt. (Siehe S. 121–126.)
- 2 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 22. November 1911. In: Gesammelte Briefe (im Folgenden GB). Bd. 4. 3., überarb. Aufl. Berlin 2001. S. 127.
- 3 Siehe Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 29. November 1911. Ebenda. S. 130, und Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. Berlin 1996 (im Folgenden: Laschitza: Im Lebensrausch). S. 393ff.

Versammlung ich hier heute hatte. In Neustadt – das ist der radikale Teil von Dresden – war der größte Saal zum Brechen voll schon um 6 Uhr, und noch mal soviel Leute sind weggegangen von der geschlossenen Tür. Ich wurde mit demonstrativem stürmischem Beifall begrüßt, und jede scharfe Wendung in der Rede wurde ebenso aufgenommen. Die Leute strahlten vor Freude, als ich gegen den Imperialismus losging und zum Ungehorsam im Kriegsfall aufforderte. Es waren Berichtersteller von der bürgerlichen Presse und auch von der Polizei da, die tüchtig stenographierten, es ist möglich, daß ich einen Prozess kriege, aber das ist ja Wurst.«⁴

Mit den Polizei- und Justizbehörden Sachsens hatte Rosa Luxemburg ihre Erfahrungen. Als sie noch gar nicht in Deutschland lebte, interessierte sich der Präsident der Polizeidirektion Dresden bereits für sie. Seit Mitte der 1890er Jahre wurden ihr Engagement in der polnischen Arbeiterbewegung und der Presse der deutschen Sozialdemokratie von der politischen Polizei Preußens beobachtet. Dies bezeugen Zeitungsausschnitte, Versammlungs- und Spitzelberichte sowie Kommentare der bürgerlichen Presse, die eifrig gesammelt und ausgewertet wurden.⁵ In einem vertraulichen Schreiben des Präsidenten der Polizeidirektion Dresden an den Berliner Polizeipräsidenten vom 13. November 1896 heißt es dazu: »Auf dem unlängst abgehaltenen Londoner Parteikongresse hat sich eine ›Genossin‹ Rosa *Luxemburg* bemerklich gemacht, indem sie besonders für ein Zusammenwirken der Sozialdemokratie in Russisch-Polen mit den russischen Sozialrevolutionären eingetreten ist. Dieselbe Person hat dann einige Aufsätze über ›Die nationalen Kämpfe in der Türkei und die Sozialdemokratie‹ geschrieben, welche im Oktober dieses Jahres in der hiesigen ›Sächsischen Arbeiter-Zeitung‹ veröffentlicht worden sind und bekanntlich soeben Anlass zu einer Pressfehde zwischen der Redaktion dieses Blattes und dem Chefredakteur des ›Vorwärts‹ *Liebknacht* gegeben haben. Es wäre mir erwünscht, etwas Näheres über diese Rosa Luxemburg und ihre agitatorische Tätigkeit zu erfahren, weshalb Euer Hochwohlgeboren ich um eine gefällige Mitteilung Desjenigen, was dort über diese Person bekannt ist, hiermit ergebnis bitte.«⁶ Im ge-

4 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 12. Dezember 1911. In: GB. Bd. 4. S. 141.

5 Siehe die Dossiers über Rosa Luxemburg im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Stiftung Preußischer Kulturbesitz (GSTA), I. HA. Rep. 77 CBP. Nr. 172, und im Staatsarchiv Hamburg. Nr. 331–3. Politische Polizei. S 9438.

6 Landesarchiv Berlin. APr. Br. Rep. 030. Nr. 12330. Bl. 149. – Die in der Anfrage der Polizeidirektion Dresden genannten Artikel Rosa Luxemburgs sowie weitere Beiträge von ihr in der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« und ihre Wahlkampfreden aus den Jahren 1898,

wünschten Bericht stellte der Berliner Polizeipräsident Ludwig von Windheim fest: »Fräulein Rosa Luxemburg-Kruszynska hält sich seit längerer Zeit in Zürich auf und hat vordem in Paris studiert [...] Die Luxemburg ist jetzt der Mittelpunkt aller oppositionellen Strömungen in der polnisch-sozialistischen Bewegung und zählt sie außer in Paris und Zürich auch unter den polnischen Genossen in Posen, Breslau und Zabrze viele Anhänger; von letzteren erhielt sie ein Mandat für den diesjährigen internationalen Arbeiter-Kongress zu London und war sie als Delegierte polnischer Sozialisten in Posen, Breslau und Zabrze auf Intervention von Singer und Liebknecht zur polnischen Delegation zugelassen worden.«⁷

Die deutsche Staatsbürgerschaft hatte sich Rosa Luxemburg am 19. April 1898 in Zürich durch eine Scheinheirat mit dem preußischen Staatsbürger Gustav Lübeck, dem ältesten Sohn von Dr. Karl Lübeck und dessen Frau Olympia, einer gebürtigen Polin, erworben.⁸ Rosa Luxemburg war damit nicht vor politischen Prozessen gefeit, gewann dadurch aber mehr Sicherheit für ihr öffentliches Auftreten, da sie nun von den deutschen Behörden nicht mehr leichterhand als unerwünschte Person ausgewiesen werden konnte. Die Ehe wurde 1903 wieder geschieden, die deutsche Staatsbürgerschaft behielt Rosa Luxemburg jedoch.

Es war gewiss kein Zufall, dass Rosa Luxemburg in Oberschlesien als Wahlkämpferin der deutschen Sozialdemokratie startete.⁹ Ihre erste Wahlkampfrede hielt sie am 5. Juni 1898 in Breslau.¹⁰ Über diese Wählerversammlung berichtete die schlesische Parteipresse: »Die Beteiligung war eine sehr gute; das Local war dicht gefüllt. Die Referentin, Genossin Dr. Rosa Luxemburg, entledigte sich ihrer Aufgabe in äußerst geschickter Weise.«¹¹ Weitere Wahlkampfauftritte bestritt sie 1898 u. a. in Liegnitz und Goldberg.

1903, 1907 und 1912 sind in den Bänden 1/1, 1/2, 2, 3, 6, 7/1 und 7/2 der »Gesammelten Werke« dokumentiert.

7 Landesarchiv Berlin. APr.Br.Rep.030. Nr. 12330. Bl. 150f.

8 Siehe Laschitzka: Im Lebensrausch. S. 74f.

9 Über ein weiteres Debüt Rosa Luxemburgs in der deutschen Sozialdemokratie – ihre Tätigkeit als Chefredakteurin der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« 1898 in Dresden – berichtet Rolf Ziegenbein im vorliegenden Heft. (Siehe S. 11–36.)

10 Siehe Rosa Luxemburg: Rede zu den Reichstagswahlen am 5. Juni 1898 in Breslau. In: Gesammelte Werke (im Folgenden GW). Bd. 6: 1893 bis 1906. Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitzka und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitzka. Berlin 2014. S. 114ff.

11 »Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete«. Breslau. Jg. 9. Nr. 129, 6. Juni 1898. S. 3.

Die dort gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen resümierte sie in einem Brief an Leo Jogiches: »Du hast keine Ahnung, wie gut meine bisherigen Versuche, auf Versammlungen aufzutreten, auf mich gewirkt haben. Ich hatte doch in dieser Hinsicht nicht die geringste Sicherheit, ich mußte mich aufs Eis wagen. Jetzt bin ich sicher, daß ich in einem halben Jahr zu den besten Parteirednern gehören werde.«¹² Rosa Luxemburg fand sich schnell in der ihr völlig neuen Atmosphäre der politischen Massenveranstaltungen zurecht. Bald war sie eine der beliebtesten Rednerinnen der SPD.¹³ Sozialdemokratische Wahlkreisorganisationen aus allen Teilen Deutschlands luden sie als Referentin ein. Sie hatte die Gabe, ihre Zuhörer zu begeistern und zu mobilisieren. »Sie war eine hinreißende Rednerin«, schrieb Käthe Duncker, »nicht durch Pathos und Schlagworte, sondern durch die Klarheit, mit der sie die politischen Zusammenhänge aufzeigte, und das Feuer, mit dem sie die Arbeiter auf ihre Aufgaben hinwies.«¹⁴ Nur wenige wussten von der harten Arbeit, die sich hinter der freien Rede und den feingeschliffenen Sätzen verbarg. In den ersten Reichstagswahlkampagnen hatte Rosa Luxemburg ihre Reden immer wörtlich ausgearbeitet und dann auswendig gelernt, um frei vortragen zu können. Bei der Vorbereitung berücksichtigte sie die örtlichen Gegebenheiten ob Stadt oder Land und versah ihre Ausführungen geschickt und bildhaft mit Lokalkolorit. Über den Gestus der Reden Rosa Luxemburgs berichtete Frieda Düwell: »Während des Referats blieb Rosa nicht ruhig, gestikulierte lebhaft, unterstrich ihre Worte durch entsprechende Bewegungen. Es war nicht schwer, ihren Ausführungen zu folgen.«¹⁵ Die bürgerliche »Neckar-Zeitung« aus Heilbronn beschrieb Rosa Luxemburgs Wirkung in einer Versammlung wie folgt: »Uns interessierte mehr das Wie und die Person. Am Tische saß eine kleine schwarze Frauensperson, ruhig, scharf der Blick, energisch der Ausdruck. Sie erhob sich und sprach bald hin- und hergehend, bald mit verschränkten Armen ruhig dastehend, in etwa einstündigem, freiem, fließendem Vortrag, mit singender, aber scharfer Stimme. Mienen- und Gebärdenspiel verlieh den Pointen Ausdruck. Der Akzent klingt wenig deutsch, stilistisch spricht sie aber gut. In einer bilderreichen

12 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 24. Juni 1898. In: GB. Bd. 1. S. 155f.

13 Siehe Rosa Luxemburg: Reden. Hrsg. von Günter Radczun. Übersicht über die Referententätigkeit Rosa Luxemburgs von Erna Herbig. Leipzig 1976. S. 387ff.

14 Karl und Rosa. Erinnerungen. Hrsg. von Ilse Schiel und Erna Milz. Berlin 1971. S. 38.

15 Ebenda. S. 45.

Sprache weiß sie mit Ironie und Antithesen geschickt zu operieren und die Massen zu packen, die mit ihrem Beifall auch nicht zurückhielten.«¹⁶

Im Reichstagswahlkampf 1903 vertrat Rosa Luxemburg den erkrankten Ignatz Auer, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, auf Volksversammlungen in dessen Wahlkreis Glauchau-Meerane. Außerdem unterstützte sie die sozialdemokratischen Kandidaten Alwin Gerisch (Plauen-Oelsnitz), Franz Hofmann (Reichenbach) und Wilhelm Stolle (Zwickau) mit insgesamt zwölf öffentlichen Auftritten vor Ort. Die sächsische Sozialdemokratie eroberte 22 von 23 Wahlkreisen, und in der bürgerlichen Presse war bereits vom »roten Königreich« die Rede. Insgesamt stimmten im Deutschen Reich mehr als drei Millionen Wähler, das heißt über 900 000 mehr als fünf Jahre zuvor, für die sozialdemokratischen Kandidaten. Ihre Partei erhielt 31,7 Prozent der gültigen Stimmen und zog mit 81 Abgeordneten in den Reichstag ein.

In allen Reden, die Rosa Luxemburg während der Reichstagswahlkampagne 1903 hielt, spielte die Auseinandersetzung mit einer Äußerung des Kaisers eine große Rolle. Wilhelm II. hatte am 5. Dezember 1902 auf dem Breslauer Bahnhof vor Arbeitervertretern verkündet: »Durch die herrliche Botschaft des großen Kaisers Wilhelm des Ersten eingeleitet, ist von Mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt, durch die für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung geschaffen worden ist bis ins Alter hinein unter von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Und unser Deutschland ist das einzige Land, in dem diese Gesetzgebung bereits in hohem Maße zum Wohle der arbeitenden Klassen fortentwickelt ist.«¹⁷

Rosa Luxemburg hatte solche und ähnliche Argumente schon oft in ihren Reden auf Volksversammlungen zerpfückt. Sie erläuterte die widersprüchliche Wirkung der Sozialgesetzgebung im deutschen Kaiserreich anhand eines einprägsamen Vergleichs von Arbeiterschutz- und Jagdgesetzen. In einer Volksversammlung in Breslau hatte sie am 24. Juni 1901 die engen Grenzen bürgerlicher Sozialreformen folgendermaßen begründet: »Die Gesundheit des Arbeiters soll allerdings geschützt werden, aber die wirtschaftliche Grundlage des kapitalistischen Lohnverhältnisses wird in Nichts verändert. Es ist bei den heutigen Verhältnissen für den Kapitalisten eben nur

16 Rosa Luxemburg: Militarismus und Arbeiterklasse. In: GW. Bd. 7/2. Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza. Berlin 2017. S. 844.

17 Karl Wippermann: Deutscher Geschichtskalender für 1902. Sachlich geordnete Zusammenstellung der politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Bd. 2. Leipzig 1903. S. 23.

dann möglich, auf dem Weltmarkte zu bestehen, wenn er über *tüchtige Arbeitskräfte* verfügt. Und schon deshalb muß die bürgerliche Sozialreform den Arbeiter vor der gänzlichen Ausbeutung durch das Kapital schützen. (Lebhaftes Bravo.)«¹⁸

Rosa Luxemburg kämpfte gegen Militarismus und wahnwitzige Rüstungsausgaben. Sie protestierte gegen die Verteuerung von Lebensmitteln und warnte vor Illusionen über Sozialreformen. So beleuchtete sie während eines Wahlkampfauftritts am 7. Juni 1903 in Mülsen St. Micheln (Wahlkreis Glauchau-Meerane) die sozialen Auswirkungen der neuen Zolltarife, die der Reichstag am 14. Dezember 1902 mit 202 gegen 100 Stimmen nach vielstündiger Debatte trotz energischer parlamentarischer und außerparlamentarischer Gegenwehr der SPD angenommen hatte. Rosa Luxemburg legte überzeugend dar, dass die neuen Industrie- und Agrarzölle die Bevölkerung mit empfindlichen Preissteigerungen belasten würden. Sie warnte eindringlich vor erhöhten Lebenshaltungskosten und einer Verschlechterung der Existenzbedingungen des Volkes. Daraufhin löste der überwachende Beamte Assessor Dr. Richter die Versammlung nach 20 Minuten auf und erstattete bei der Staatsanwaltschaft Zwickau dringende Anzeige wegen verübter Majestätsbeleidigung. Er behauptete, Rosa Luxemburg habe sich über Kaiser Wilhelm II. höhnisch und beleidigend geäußert: »Der Mann, der von der guten und gesicherten Existenz der deutschen Arbeiter spricht, habe von den Tatsachen keine Ahnung«¹⁹. Nach Aktenlage des Sächsischen Justizministeriums sah die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Zwickau darin zunächst keineswegs den Tatbestand der Majestätsbeleidigung erfüllt. Dagegen forderte das Ministerium des Innern mit Schreiben vom 22. Juni 1903, »gefälligst erwägen zu wollen, ob die Staatsanwaltschaft nicht angewiesen werden möchte, wegen der von der Rosa *Luxemburg* am 7. dieses Monats in einer öffentlichen Versammlung in Mülsen St. Micheln in Bezug auf den Kaiser getane Äußerung ›man muss glauben, dass der Mann, der das gesagt hat, nicht in Deutschland gelebt hat, sondern sein Leben in China oder Japan zugebracht hat‹ strafrechtlich vorzugehen. Im Gegensatz zu der Staatsanwaltschaft, die nach Bl. 8 ihres Aktenheftes in diesen Worten eine Majestätsbeleidigung nicht zu erblicken vermag, muß das Ministerium des Innern die Äußerung als eine gewollte Verhöhnung des Kaisers und eine beabsich-

18 Rosa Luxemburg: Bürgerliche Sozialreform und Sozialdemokratie. In: GW. Bd. 6. S. 335.

19 Ein Nachspiel zur Breslauer Kaiserrede. In: Vorwärts. Berlin. Jg. 21. Nr. 15, 19. Januar 1904.

tigte Herabsetzung seines Ansehens erachten.«²⁰ Daraufhin erging am 26. Juni 1903 ein entsprechender Beschluss des Sächsischen Justizministeriums, und die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Zwickau wurde demgemäß angewiesen, »gegen Rosa Luxemburg wegen Vergehens gegen § 95 des Strafgesetzbuches ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und die öffentliche Anklage zu erheben und die öffentliche Klage zu erheben.«²¹

Die Staatsanwaltschaft begründete ihre Anklage damit, die Rednerin habe dem Kaiser völlige Unkenntnis der in Deutschland bestehenden Verhältnisse und rückständige Ansichten, wie sie Japanern oder Chinesen eigen seien, unterstellt. Als Belastungszeugen berief sie sich auf den bereits erwähnten Assessor Richter und Gottlieb Sonntag, Mitglied des Gemeindevorstandes von Mülsen. In der Verhandlung vor dem Landgericht Zwickau am 17. Januar 1904 musste Belastungszeuge Richter zugeben, sich nicht mehr genau erinnern zu können, ob die Worte tatsächlich so gefallen waren, wie er es in seiner Anzeige behauptet hatte. Ungeachtet dessen stelle ihr Sinngehalt aber, ebenso wie der Vergleich mit China und Japan, eine Beleidigung und Verhöhnung des Kaisers dar: »Und gerade in den Kreisen, die in jener sozialdemokratischen Versammlung waren, wäre ja der Chinese ›das Lächerliche par excellence‹, also habe die Referentin den Kaiser lächerlich machen wollen.« Zum Erstaunen der Zuhörer entpuppte sich der zweite Zeuge der Staatsanwaltschaft, Gottlieb Sonntag, als Entlastungszeuge der Angeklagten. Auf die Frage des Gerichtspräsidenten »Hat die Rednerin die Worte gesagt: Der Kaiser habe keine Ahnung von dem, was in Deutschland vorgeht?«, lautete die Antwort: »Nee, das hat sie nicht gesagt.«²² In ihrer Verteidigungsrede stellte Rosa Luxemburg nochmals mit allem Nachdruck heraus, dass es sich um keine persönliche Beleidigung des Kaisers handele, wenn sie dessen Äußerung von der guten und gesicherten Existenz der deutschen Arbeiter als unzutreffende Behauptung bewerte. Rosa Luxemburgs Verteidiger Dr. Siegfried Löwenberg plädierte schließlich mit folgendem Argument für Freispruch: Gemessen an allem, was jeder halbwegs Gebildete von den Kulturfortschritten Japans wisse, könne die Berufung auf dieses Land für niemand eine Beleidigung sein. Und so

20 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden. Ministerium der Justiz. Nr. 751/14. Bl. 43vs.

21 Ebenda. Bl. 43rs.

22 Ein Nachspiel zur Breslauer Kaiserrede. In: Vorwärts. Berlin. Jg. 21. Nr. 15, 19. Januar 1904.

schrumpfte die Anklage auf die Behauptung, die Angeklagte habe gegenüber dem Kaiser einen »höhnischen Ton« gebraucht. Dagegen erhob Rosa Luxemburg in ihrem Schlusswort nochmals entschiedenen Einspruch: »Die Absicht, den Kaiser zu beleidigen, liege jedem Sozialdemokraten vollständig fern. Die Sozialdemokratie bekämpfe die Institutionen und nicht die Personen, die Monarchie und nicht die Person des Kaisers. Die Sozialdemokratie suche in den Versammlungen *aufzuklären* und nicht *aufzuhetzen*, schon deshalb sei ein Vorsatz der Beleidigung gänzlich ausgeschlossen.«²³ Das Publikum erwartete Freispruch. Das Urteil lautete jedoch auf drei Monate Gefängnis, Revision wurde am 12. Juli 1904 verworfen. Das war Rosa Luxemburgs dritter Gerichtsprozess. Ab 24. August 1904, also wenige Tage nach ihrer Rückkehr vom Amsterdamer Kongress der II. Internationale, musste Rosa Luxemburg im Amtsgerichtsgefängnis Zwickau einsitzen. Gegen ihren Willen wurde sie einen Monat früher aus der Haft entlassen. Sie kam in den Genuss einer Amnestie, die König Friedrich August III. am 15. Oktober anlässlich seiner Thronbesteigung erlassen hatte.

Drei öffentliche Reden von Rosa Luxemburg in Dresden sind bekannt. Ihre erste Rede in einer öffentlichen Versammlung in Dresden hielt sie am 10. November 1898 vor Metallarbeitern. Dort referierte sie zum Thema: Der neue Kurs und die Arbeiterbewegung. In einer Kurznotiz in der »Deutschen Metallarbeiter-Zeitung« heißt es: »Sie behandelte dieses Thema in überaus fesselnder Weise. Als sie dem Gedanken Ausdruck gab, dass durch die Annahme der Zuchthausvorlage ehrliche Arbeiter, die sich im Kampf um ein Stückchen Brot befinden, ins Zuchthaus kämen, wenn sie ihre Leidensgenossen ebenfalls zu diesem Kampfe aufforderten, während die größten Ausbeuter in Ehren herumstolzieren dürften, entzog ihr der überwachende Inspektor Born das Wort.«²⁴ Die Versammlung wurde von dem aufsichtführenden Beamten kurzerhand aufgelöst.

Ihre zweite öffentliche Rede in Dresden hielt Rosa Luxemburg im Jahre 1903 auf dem sozialdemokratischen Parteitag, der mit 263 Delegierten und 57 Gästen aus Parteivorstand, Reichstagsfraktion, Kontrollkommission und Parteipresse alle bisherigen Zusammenkünfte dieser Art zahlenmäßig übertraf.²⁵ Der Dresdner Parteitag wurde zu einem Höhepunkt in den Aus-

23 Rosa Luxemburg: Verteidigungsrede und Schlusswort am 17. Januar 1904 vor dem Landgericht Zwickau. In: GW. Bd. 6. S. 492.

24 Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung. Nürnberg. Jg. 16. Nr. 47, 19. November 1898.

25 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei



Rosa Luxemburg und Alexander Helphand (Parvus; links) verlassen eine Tagung des Parteitages der SPD 1903 in Dresden. Für den Hinweis auf den in der »Berliner Illustrirten Zeitung« (Jg. 22. Nr. 39, 27. September 1903. S. 611) erstmals veröffentlichten Schnappschuss gebührt Dr. Willy Buschak, Bochum, Dank. Die Bildunterschrift der Erstveröffentlichung lautet: »Die Genossin Rosa Luxemburg, den Parteitag verlassend. Gordan & Delius, phot.« Foto: ullstein bild.

einandersetzungen zwischen Marxismus und Revisionismus vor 1914. Nach dem großartigen Erfolg bei den Reichstagswahlen wurde in der sächsischen Metropole mehrere Tage über die nun einzuschlagende Taktik der Partei debattiert. Daneben entzündete sich der Streit an der Frage, ob es für Sozialdemokraten opportun sei, an bürgerlichen Presseorganen mitzuarbeiten. August Bebel verfocht beispielhaft marxistische Positionen und verteidigte den revolutionären Charakter der Partei. In den Übersichten, die die Berliner politische Polizei als zentrale Beobachtungs- und Überwachungsinstanz der Arbeiterbewegung im Deutschen Reich jährlich zusammenstellte, ist davon die Rede, dass der Parteivorsitzende selbstbewusst und leidenschaftlich mit dem nach den Reichstagswahlen 1903 erstarkenden Revisionismus abrechnete, »der nach Babels Auffassung unter Verleugnung

Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903. Berlin 1903. S. 136.

des Klassenkampfcharakters der Partei durch Vertuschung und Überbrückung der Gegensätze zwischen dem Proletariat und der bürgerlichen Gesellschaft die allmähliche Annäherung an letztere erstrebe und mit deren Reformierung zufriedengestellt sei. »Demgegenüber«, so rief er unter stürmischem Beifall aus, »will ich der Todfeind dieser Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen.«²⁶ Bebels Widerpart Georg von Vollmar, Führer der bayrischen Sozialdemokratie, hatte bereits vor dem Parteitag am 27. Juli 1903 in München erklärt, »daß wir Sozialdemokraten durchaus gewillt sind und nichts besseres verlangen, als unsere jetzige Position dazu anzuwenden, auch positiver gestaltend, reformierend an den großen nationalen Kulturaufgaben mitarbeiten zu können.«²⁷

Sehr zu ihrem Leidwesen kam Rosa Luxemburg auf dem Dresdner Parteitag nur in der Polendebatte zweimal zu Wort. In einer Rede und in einer persönlichen Erklärung setzte sie sich mit Bestrebungen führender Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) auseinander, innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine polnische Sonderorganisation zu schaffen, und sie unterstützte das einheitliche Organisationskonzept des Parteivorstandes. Wie einem Brief an Leo Jogiches zu entnehmen ist, hatte sich Rosa Luxemburg für die Diskussion zum Tagesordnungspunkt »Taktik der Sozialdemokratie« angemeldet. Allerdings »stellte sich heraus, daß ich schon die elfte bin. Bebel war gar nicht auf der Liste, aber ihm wurde als erstem das Wort erteilt und als zweitem Vollmar. [...] Es gibt einundsechzig Wortmeldungen!«²⁸ Die Enttäuschung darüber, in der Debatte über die Taktik nicht zu Wort gekommen zu sein, hat Rosa Luxemburg später nicht davon abgehalten, in ihren Reden und in Artikeln Bebels Metapher zu zitieren und die von ihm in der Revisionismusedebatte vorgetragenen Argumente zu benutzen.

Der Dresdner Parteitag hatte in einer mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommenen Resolution die revisionistischen Bestrebungen, die die bewährte Taktik des Klassenkampfes durch eine Politik der Zugeständnisse und der Kompromisse mit der bestehenden bürgerlichen Ordnung zu erset-

26 Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878–1913. Bd. 2: 1890–1906. Bearb. von Dieter Fricke und Rudolf Knaack. Weimar 1989. S. 360.

27 Georg von Vollmar: Lehren und Folgen der letzten Reichstagswahlen. München 1903. S. 16.

28 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 17. September 1903. In: GB. Bd. 2. 3., korr. u. erg. Aufl. Berlin 1999. S. 41.

zen, entschieden verurteilt. Da die Parteimitgliedschaft der Revisionisten unangefochten blieb, endete der Parteitag jedoch inkonsequent. Die Mehrzahl der Revisionisten hatte der Resolution mit dem Argument zugestimmt, sie sei für revisionistische Auffassungen und Bestrebungen ohne Belang. Dagegen erklärte Rosa Luxemburg auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1904 in Amsterdam: »Die Dresdner Resolution ist nicht bloß ein Stück Papier, sondern eine historische Tatsache, ein Symbol; nehmt sie an und Ihr erweist der Sache des Sozialismus einen großen Dienst!«²⁹ Wiederholt zitierte sie aus Bebels berühmter Dresdner Parteitagsrede.

Am 13. Dezember 1906 ließ Wilhelm II. den Reichstag wegen einer kolonialen Streitfrage auflösen und für den 25. Januar 1907 Neuwahlen ansetzen. Für Rosa Luxemburg stellte sich die Lage nun folgendermaßen dar: »Die Situation ist einfach die: August [Bebel] und erst recht die anderen haben sich *für* den Parlamentarismus und im Parlamentarismus gänzlich ausgegeben. Bei irgendeiner Wendung, die über die Schranken des Parlamentarismus hinausgeht, versagen sie gänzlich, ja, noch mehr, suchen alles auf den parlamentarischen Leisten zurückzuschrauben [...] *Unsere* Aufgabe ist jetzt, einfach dem Einrosten dieser Autoritäten mit möglichst schroffen Protest entgegenzuwirken [...] Das sind Aufgaben, die auf lange Jahre berechnet sind!«³⁰

Im Reichstagswahlkampf 1907, in dem Rosa Luxemburg in Magdeburg, Kiel und Hamburg referierte und vor Nationalismus und Chauvinismus warnte, hatten solche imperialistischen Propaganda- und Massenorganisationen, wie der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, die Kriegervereine und der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ihre Aktivitäten erstmals koordiniert. Im Vergleich zu den Reichstagswahlen 1903 stieg die Zahl der für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen zwar von 3,01 auf 3,26 Millionen. Mit Stichwahlabkommen und durch undemokratische Wahlkreiseinteilung begünstigt, erreichten die bürgerlichen Parteien jedoch, dass die Sozialdemokratie ungeachtet des Stimmenzuwachses in ihren traditionellen Zentren zum Beispiel in Sachsen 14 Wahlkreise, darunter Dresden links der Elbe mit dem Kandidaten Georg Gradnauer, verlor. Die Sozialdemokratie büßte fast die Hälfte ihrer Mandate ein und war fortan nur noch mit 43 Abgeordneten

29 Dies.: Internationaler Sozialistenkongress vom 14. bis 20. August 1904. Rede über die sozialistische Taktik. In: GW. Bd. 1/2. S. 446.

30 Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, nach dem 16. Dezember 1906. In: GB. Bd. 2. S. 278.

im Reichstag vertreten. Rosa Luxemburg kommentierte die Wahlergebnisse am 15. März 1907 folgendermaßen: »Die Ursachen unserer Niederlage müssen also tiefer liegen. Der so einheitliche Zug gegen uns muß von sozialen Momenten beeinflußt sein. Auseinanderhalten müssen wir in erster Linie den Verlust der Mandate und die Ergebnisse der Stimmenzahlen. Den Verlust der Mandate als Minderung der Macht der Partei aufzufassen, ist mehr als übertrieben. Das hätte nur einen Sinn, wenn unsere Macht sich ausschließlich auf die Parlamente beschränkte. Unsere Macht liegt aber gar nicht in den bürgerlichen Parlamenten, kann überhaupt niemals in diesen liegen. Nur die Massen sind es, auf welche wir unsere Macht stützen. Unsere Abgeordneten sollen zwar in den Parlamenten die sozialpolitische Arbeit anregen und antreiben. Dabei spielt die Zahl der Mandate keine so erhebliche Rolle wie der Druck von außen. Das beweist am besten der Umstand, daß im letzten Reichstage trotz unserer 80 Mandate so gut wie gar nichts an sozialpolitischer Arbeit geleistet worden ist.«³¹

Ihre dritte »Dresdner« Rede hielt Rosa Luxemburg am 11. Dezember 1911. Darüber berichteten die sozialdemokratische »Dresdner Volkszeitung« und die nationalliberalen »Dresdner Neuesten Nachrichten«. Das Agitationskomitee der sächsischen Sozialdemokratie hatte Rosa Luxemburg in der Kampagne zu den Reichstagswahlen 1912 erneut zu einer Agitationstour eingeladen, die sie diesmal auch nach Pieschen, einen Stadtteil von Dresden-Neustadt führen sollte.

Im Frühjahr 1911 hatte Frankreich damit begonnen, seine Herrschaft auf ganz Marokko auszudehnen. Dies bewog Deutschland, am 1. Juli 1911 das Kanonenboot »Panther« und den leichten Kreuzer »Berlin« vor die marokkanische Küste nach Agadir zu entsenden. Dadurch entstand erneut eine gefährliche, den Frieden bedrohende internationale Krise. Das bestätigen vertrauliche Äußerungen von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg. Danach sei die Entsendung des »Panthers« »ein gewagter Trick gewesen: er sollte, falls es zur Verwicklung mit England und Frankreich käme, als Angriffsobjekt dienen, so dass Deutschland als der angegriffene Teil der Unterstützung durch Österreich und Italien sicher gewesen wäre.«³²

31 Dies.: Über den Ausgang und die Lehren der letzten Reichstagswahlen. In: GW. Bd. 7/1. S. 95.

32 Zit. in Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches. Hrsg. und eingeleitet von Willibald Gutsche unter Mitarbeit von Baldur Kaulisch. Berlin 1977. S. 146.

Bebel unterstützte zunächst den Vorschlag des Internationalen Sozialistischen Büros, wegen der Krise eine Sondersitzung des Gremiums einzuberufen. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hielt dies jedoch noch nicht für notwendig. Bebel beugte sich dessen Votum und begründete dies folgendermaßen gegenüber Kautsky: »Ich bin in einer scheußlichen Situation. Ich muß die Verantwortung mit tragen und bin obendrein zum Schweigen verurteilt, auch wo ich am liebsten selbst gegen den Vorstand losgehen möchte.«³³

Währenddessen wagte Rosa Luxemburg in der »Leipziger Volkszeitung« bereits am 24. Juli 1911 Kritik an der abwartenden Haltung des Parteivorstandes. Sie scheute sich auch nicht davor, innere Zwistigkeiten an die Öffentlichkeit zu tragen, was Bebel missbilligte. Endlich erschien am 8. August das Flugblatt »Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie«, dessen Halbheiten Rosa Luxemburg wiederum zu kritischen Kommentaren veranlassten. Von Mitte August bis Mitte September fanden in Deutschland, so auch am 18. August in Dresden, machtvolle Friedensdemonstrationen statt.

Die Haltung der Sozialdemokratie zum Marokkokonflikt war zentrales Thema des Jenaer Parteitages im September 1911. August Bebel fühlte sich von Rosa Luxemburg persönlich angegriffen. Er bezichtigte sie der Indiskretion und Illoyalität. Ihr wurden Verdrehungen der Tatsachen und Unwahrheiten unterstellt. Sie wies die Anschuldigungen zurück und wiederholte ihre Kritik an der Untätigkeit des Parteivorstandes während der ersten Krisenwochen.³⁴ Es sei, so argumentierte Rosa Luxemburg, um die Politik und Taktik der Partei, nicht um Personen gegangen. Trotz dieser angespannten Atmosphäre gab Bebel vertraulich über seinen Freund Adolf Geck, Mitglied der Kontrollkommission der SPD, an Rosa Luxemburg die Information, dass »die Revisionisten [...] einen Brief Rosas [...] veröffentlichen würden, um zu beweisen, dass Rosa mit einer kleinen Clique eine geheime Konspiration zum Sturze des Parteivorstandes plane etc. Rosa [...] bestreitet das Bestehen eines solchen Briefes und erklärt, dass sie sich durch solche Geheimniskrämereien nicht einschüchtern lasse.«³⁵ Das freundschaftlich-kritische Verhältnis zwischen August Bebel und Rosa Luxemburg war zwar

33 August Bebel an Karl Kautsky, 20. August 1911. In: August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. von Karl Kautsky jr. Assen 1971. S. 268.

34 Siehe Laschitza: Im Lebensrausch. S. 381ff.

35 Adolf Geck an Marie Geck, 12. September 1911. In: Generallandesarchiv Karlsruhe. NL A. Geck 69N1. Nr. 396.

getrübt, aber nicht zerstört. Bebels Natur ließ das auch nicht zu, hatte er doch in einem Brief an Robert Michels erklärt: »Ich bin keine Natur, die jemand etwas nachträgt. [...] Der Parteimann muss Parteigenossen gegenüber vergessen können. Anders dem Gegner gegenüber, über dessen Natur man sich nie täuschen soll.«³⁶

Rosa Luxemburg verabscheute Unterwürfigkeit und Schmeichelei gegenüber Autoritäten. Es machte ihr auch nichts aus, »in den Wahlkreisen ärgster Opportunisten« aufzutreten, »da werde ich wegen persönlicher Rechnungen meine Parteifreunde im Stiche lassen – lächerlich! [...] Sie müssen doch bemerkt haben«, bekannte sie Konrad Haenisch, »daß ich, seit ich in der deutschen Partei bin, seit 1898, unaufhörlich, namentlich im Süden, in gemeinster Weise *persönlich* beschimpft werde und doch *nie* eine Zeile oder ein Wort darauf geantwortet habe. Schweigende Verachtung ist alles, was ich dafür habe. Und zwar – abgesehen von persönlichem Stolz – aus der einfachen *politischen* Rücksicht, dass alle diese persönlichen Beschimpfungen lediglich Manöver sind, um von der politischen Streitsache abzulenken [...] und vor allem nie politische Fragen in persönlich-sentimentale verwandeln.«³⁷

Großbritanniens Eingreifen zugunsten Frankreichs zwang die deutsche Regierung in der zweiten Marokkokrise 1911 zum Nachgeben. Zwischen Deutschland und Frankreich wurde ein Kompromiss geschlossen. Im Marokko- und Kongoabkommen stimmte Deutschland dem Protektorat Frankreichs über Marokko zu, während Frankreich das Prinzip der »offenen Tür« für Marokko garantierte.³⁸ In der Reichstagsdebatte über das Marokkoabkommen wiederholte August Bebel am 11. November 1911, was er bereits auf dem Jenaer Parteitag erklärt hatte, dass die deutsche Sozialdemokratie nämlich nicht daran denke, im Falle eines Krieges den Massenstreik zu inszenieren. Hintergrund dieser Erklärung war, dass die preußische Regierung die Regierungen der anderen deutschen Bundesstaaten aufgefordert hatte, Material für ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu sammeln.³⁹ Dieses Vorgehen wurde mit dem Hinweis auf eine Rede von

36 Zit. in Robert Michels: *Bedeutende Männer. Charakterologische Studien*. Leipzig 1927. S. 19.

37 Rosa Luxemburg an Konrad Haenisch, 12. Dezember 1911. In: *GB*. Bd. 4. S. 142f.

38 Siehe Konrad Canis: *Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914*. Paderborn [u.a.] 2011. S. 403ff.

39 Siehe Hermann Duncker an Käthe Duncker, 20. September 1911. In: Hartmut Henicke: *Der Kampf der Stuttgarter Linken gegen die opportunistische Zersetzung der deutschen Sozial-*

Ernst Däumig begründet, in der der Redakteur des »Vorwärts« auf der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Berlin und Umgegend am 20. August 1911 die Anwendung des politischen Massenstreiks zur Verhinderung bzw. bei Ausbruch eines Krieges erwogen hatte.⁴⁰ In der bereits erwähnten Reichstagsrede bezog sich Bebel auf die Antikriegsresolution des Stuttgarter Sozialistenkongresses aus dem Jahre 1907. In seiner Sicht der Dinge sei deren entscheidender Satz, »dass jede Nationalität im gegebenen Falle mit den ihr am wirksamsten scheinenden Mitteln sich gegen den Ausbruch eines Krieges erklären soll«, also mit den ihr am wirksamsten erscheinenden Mitteln! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit war gesagt: wenn ihr Deutsche den Massenstreik im Kriegsfall nicht mitmachen könnt oder wollt, seid ihr dazu nicht verpflichtet.«⁴¹ Rosa Luxemburg sah die Dinge anders: In der »Leipziger Volkszeitung« vertrat sie die Auffassung, ebenso wenig wie kein ernster Politiker im Voraus versichern könne, dass die Sozialdemokratie im Kriegsfall zum Massenstreik aufrufen werde, sei das Gegenteil auszuschließen.⁴² Den Schlussteil des Artikels hatte die Redaktion wegen der an Bebel und der Reichstagsfraktion geübten scharfen Kritik gestrichen.⁴³

In eigener Initiative, ohne Direktive des Parteivorstandes, hatte das ost-sächsische Agitationskomitee zu Beginn der Marokkokrise in der »Dresdner Volkszeitung« vom 3. Juli 1911 dazu aufgerufen, den Friedenswillen zu bekunden, da der »Panthersprung« geeignet sei, große internationale

demokratie in den Jahren 1910 bis 1914. Phil.Diss. Berlin 1985. S.111f., und Hermann Duncker an Käte Duncker, 15. September 1911. In: Käte und Hermann Duncker. Ein Tagebuch in Briefen (1894–1953). Hrsg. von Heinz Deutschland unter Mitarbeit von Ruth Deutschland. Berlin 2016. S.208f.

- 40 Ernst Däumig hatte in einem Referat über die Marokkofrage erklärt, dass in solchen Krisensituationen damit gerechnet werden müsse, »die uns nötigen, außerordentlichen Kampfmittel anzuwenden«, auch den politischen Massenstreik, weshalb die Sozialdemokratie, keine »Wahlmaschine« sei, zumal die entscheidenden politischen Fragen »auf einem anderen Gebiet als an der Wahlurne entschieden werden«. (Vorwärts. Jg.28. Nr.195, 22. August 1911.)
- 41 August Bebel: Zu Erzbergers Stellung zu England, zur Marokkofrage und zur Frage des Massenstreiks. In: August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften. Bd.8/2: Reden und Schriften 1906 bis 1913. Hrsg. vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam. Bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller. München 1997. S.585f.
- 42 Siehe Rosa Luxemburg: Der Massenstreik vor dem Reichstag. In: GW. Bd.7/2. S.707ff.
- 43 Siehe dies. an Kostja Zetkin, 16.November 1911 bzw. 21.November 1911. In: GB. Bd.4. S.124 bzw. S.126.

Gefahren bis hin zum Weltkrieg herbeizuführen.⁴⁴ Rosa Luxemburg kritisierte am 24. Juli in der »Leipziger Volkszeitung« erneut die Passivität des Parteivorstandes. Am 8. August beklagte zudem Hermann Fleißner, Vorsitzender des sozialdemokratischen Agitationskomitees in Dresden, dessen »Leisetreterei«, die »in Mode gekommene Methode, alles nur unter dem Gesichtspunkt der künftigen Reichstagswahlen zu betrachten«, schade der Partei enorm.⁴⁵ In einer am 18. August verabschiedeten gemeinsamen Resolution von fünf Dresdner Volksversammlungen zum Thema »Gegen den Krieg« heißt es: »Die Versammelten sind sich mit dem gesamten klassenbewußten Proletariat und allen ehrlichen Friedensfreunden darüber einig, daß sie sich dem Ausbruch eines brudermörderischen Krieges, in den sie das marokkanische Interesse einer profitwütigen Kapitalistenclique und alldeutsche Säbelrassler hineinhetzen möchte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen werden.«⁴⁶

Im Gefolge des Jenaer Parteitages im September 1911 teilten sich in den drei Dresdner Wahlkreisorganisationen rechts der Elbe, links der Elbe und Dresden Altstadt – Dippoldiswalde die Meinungen darüber, ob und wie die Partei Kriegsprovokationen effektiver entgegen wirken könne.⁴⁷ In Dresden links der Elbe sprach sich Georg Gradnauer, Chefredakteur der »Dresdner Volkszeitung« und sozialdemokratischer Wahlkreiskandidat, gegen die Weiterführung der seiner Auffassung nach parteischädigenden Diskussionen aus. Rosa Luxemburgs Ruf nach Massenaktionen erwecke »phantastische Vorstellungen unter der Arbeiterschaft [...] Wir müssen die Macht, die wir wirklich haben, ausnutzen und nicht Irrlichtern folgen, die uns in den Morast locken!«⁴⁸ In Dresden rechts der Elbe (Pieschen war Teil dieses Wahlkreises) und Dresden Altstadt – Dippoldiswalde schloss sich die Mehrheit der Mitglieder Rosa Luxemburgs Forderung nach nationalen und inter-

44 Siehe Simone Lässig: Zum militärpolitischen Wirken der Sozialdemokratie in Ostsachsen von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung der Dresdner Wahlkreisorganisationen. Diss. A Pädag. Hochschule Dresden. Bd. 1. 1990. S. 104f.

45 Zit. ebenda. S. 106.

46 Zit. ebenda. Bd. 2. Anlage 23.

47 Siehe dies.: Sozialdemokratisches Friedensengagement, Julikrise und der 4. August 1914 in Ostsachsen. In: Helga Grebing / Hans Mommsen / Karsten Rudolph (Hg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Elbe und Saale. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933. Essen 1993. S. 150.

48 Zit. in Simone Lässig: Zum militärpolitischen Wirken der Sozialdemokratie in Ostsachsen. Bd. 1. S. 111.

nationalen Protestaktionen gegen die Kriegsprovokationen an. Sie unterstützte deren Vorgehensweise, übte Kritik an August Bebel und warnte vor einem Rechtsruck in der Partei.⁴⁹

Rosa Luxemburg erhielt stürmischen Beifall als sie in einer Rede zum Wahlkampfauftakt am 7. Oktober 1911 in Stuttgart bekannte: »Angesichts der heutigen Situation, die auf der einen Seite eine geringe Schicht von Ausbeutern, auf der anderen die große Masse des ausgebeuteten und darbenenden Volkes zeigt, schließe ich mit den Worten Bebels auf dem Dresdner Parteitag: Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft!«⁵⁰ Dieses Bekenntnis wiederholte sie am 1. Dezember in Leipzig und am 3. Dezember 1911 in Halle (Saale). Aus Leipzig berichtete sie Kostja Zetkin: »Ich habe gestern die Fraktion scharf angegriffen, und das fand starken Beifall. Und das werde ich in allen Versammlungen tun.«⁵¹ Und zwei Tage später heißt es: »Überall in den Versammlungen findet meine scharfe Kritik der Fraktion stürmische Zustimmung. Lensch meinte, ich hätte mir schon in Leipzig zwei Prozesse verdient, ich glaube es nicht.«⁵²

An ihre Freundin Luise Kautsky schrieb sie: »Sechs Versammlungen habe ich schon hinter mir, noch sieben vor mir. Alle sind bombenvoll. Und die Stimmung der Massen [ist] famos. Ich spreche überall gegen das Verhalten unserer Fraktion in der Marokkosache und finde überall stürmische Zustimmung. Ich bin selbst überrascht, wie klar und kritisch unsere Massen sind. Müde bin ich allerdings, lasse mir aber nichts anmerken.«⁵³ Aus Plauen gratulierte Rosa Luxemburg Franz Mehring zu seinem Artikel »Kronprinzliche Fronde« in der »Neuen Zeit«, in dem er die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Debatte über das Marokkoabkommen kritisiert hatte und für den er vom Parteivorstand einen Rüffel bekam.⁵⁴ »Jetzt habe ich seit dem 1. 12. schon die neunte Versammlung – alle überfüllt und von glänzender Stimmung der Massen zeugend; in jeder Versammlung kritisiere ich scharf das Verhalten der Fraktion, verteidige den Standpunkt des Massenstreiks und der militärischen Gehorsamsverweigerung, und

49 Siehe ebenda. S. 109f.

50 Rosa Luxemburg: Dem Weltkrieg entgegen. In: GW. Bd. 3: Juli 1911 bis Juli 1914. Berlin 2003. S. 65.

51 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 2. Dezember 1911. In: GB. Bd. 4. S. 133.

52 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 4. Dezember 1911. Ebenda. S. 135.

53 Rosa Luxemburg an Luise Kautsky, 7. Dezember 1911. Ebenda, S. 137.

54 Siehe Rosa Luxemburg an Wilhelm Dittmann, nach dem 9. Dezember 1911. Ebenda. S. 140.

überall stimmen die Massen geradezu demonstrativ, stürmisch zu. Das zeigt doch, [...] daß die Massen viel besser sind als die parlamentarischen Kretins, die sich für ihre Führer halten. Nächste Woche werde ich in Berlin ebenso vorgehen und zusehen, dass ich mir vielleicht die schönsten Blitze vom »Olymp« zuziehe. Das wäre mir eine Wonne.«⁵⁵

Wie bereits eingangs zitiert, hatte sich Rosa Luxemburg recht euphorisch über den Verlauf der Wahlversammlung am 11. Dezember 1911 in Pieschen gegenüber Kostja Zetkin geäußert. August Kaden, Weggefährte von August Bebel, Mitglied des Vorstands der Reichstagsfraktion und Vorsitzender der Kontrollkommission der SPD, seit 1898 ununterbrochen Mitglied des Reichstages, kandidierte erneut im Reichstagswahlkreis 288 Sachsen 4: Dresden rechts der Elbe (Dresden-Neustadt)⁵⁶. Seine Konkurrenten waren Glaserinnungsmeister und Stadtverordneter Johannes Wetzlich für die konservative Deutsche Reichspartei, Rechtsanwalt Friedrich Klöppel für die nationalliberale Fortschrittliche Volkspartei und Matthias Erzberger, Schriftsteller, Redakteur, Lehrer und langjähriger Reichstagsabgeordneter für die Zentrumspartei, Repräsentant des politischen Katholizismus. Im Reichstagswahlkreis 289 Sachsen 5: Dresden links der Elbe kandidierte für die Sozialdemokratie Georg Gradnauer, 1891–1896 leitender Redakteur der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung«, 1897–1905 Redakteur des »Vorwärts«, 1898–1906 Mitglied des Reichstags und seit 1908 Chefredakteur der »Dresdner Volkszeitung«.⁵⁷ Währenddessen bewarb sich um den Reichstagswahlkreis 290 Sachsen 6: Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt – Dippoldiswalde Georg Horn, Gründer des Verbandes der Glasarbeiter, Delegierter zum Gründungskongress der II. Internationale 1889 in Paris, 1891–1897 sächsischer Landtagsabgeordneter und seit 1895 Mitglied des Reichstages.

Die »Dresdner Volkszeitung« kündigte die Wahlversammlung mit Rosa Luxemburg mit einer Annonce an. Im Zeitungsbericht ist von mehr als 2000 teilnehmenden Personen die Rede. Eingangs heißt es dort: »Eine mächtige

55 Rosa Luxemburg an Franz Mehring, 9. Dezember 1911. Ebenda. S. 138.

56 Siehe Simone Lässig: »Mit jeder Faser seines Lebens gehörte er zur Arbeiterbewegung«. August Kaden (1850–1913). In: Helga Grebing / Hans Mommsen / Karsten Rudolph (Hg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Elbe und Saale. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933. Essen 1993. S. 83ff.

57 Siehe Georg Gradnauer: Wahlkampf! Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Dresden 1911.

3 öffentliche politische Versammlungen

Dienstag den 5. Dezember, abends 9 Uhr, im **Diana-Saal**, Jagdweg

Dr. Georg Gradnauer

Mittwoch den 6. Dezember, abends 9 Uhr, im **Volkswohl-Saal**, Eingang Trabantengasse

Reichstagsabg. Wolfgang Heine

Freitag den 8. Dezember, abends 9 Uhr, im **Tivoli**, Wettinerstraße

Reichstagsabg. Daniel Stücklen

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Der Einberufer: Max Richter, Berliner Straße 42.

Rosa Luxemburg

Öffentl. politische Versammlung:

Löbtau-Naußnitz!

Mittwoch den 6. Dezember, abends 9 Uhr, im **Drei-Kaiser-Hof**

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Reichstagswahlen

Referent: Reichstagsabgeordneter **Zvering**, Bielefeld.

Freie Redezeit.

Männer und Frauen! Kommt in die Versammlung! Nützt zum Tag der Abrechnung!

Einberufer: A. Richter, Reilstraße 6.

Spriß: **Montag den 11. Dezember**
abends 8 1/2 Uhr
im „**Deutschen Kaiser**“
Leipziger Straße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Dresden

Branche Klempner, Installateure u. Heizer
der

Branchen-Versammlung

am Montag den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **H. Scheffler** über:

Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlung

2. Branchenanliegenheiten. 3. Branchenanliegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Die Branchendele-

gation dieser Versammlung soll Richtung auf Gefährdung der

Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlung sowie zur Wahl eines Mitgliedes in die Branchendele-

gation kommen werden. Mit diesem Grunde ist das Verbotene als

folgendes umgehend zu vermeiden.

Wir alle begrüßen die

am besten mit

Vogelfutter **A. Heinze, Zwilling, Händel**

Löbtau, Reilstraße 41.

Annonce der »Dresdner Volkszeitung« vom 5. Dezember 1911 mit Ankündigung der Wahlkundgebung mit Rosa Luxemburg am 11. Dezember

Demonstration der Bevölkerung von Pieschen usw. für die sozialistischen Ideen war die gestern im *Deutschen Kaiser* stattgefundene *Volksversammlung*, in der Genossin *Rosa Luxemburg* sprach.« Wegen Überfüllung hatte die Polizei die Versammlungsstätte in der Leipziger Straße 112 geschlossen. Hunderten wurde der Zutritt zum Versammlungslokal verwehrt. »Genossin *Luxemburg*«, so schildert der Berichtstatter, »gab in gleich geistvoll-

wissenschaftlichen wie zündenden Ausführungen auf streng marxistischer Grundlage fußend, ein Bild unserer gesamten politischen Lage.«⁵⁸ Sie hielt sich dabei an den Wahlaufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 5. Dezember 1911, in dem es heißt: »Neue Steuern, Lebensmitteleuerung, Volkstrentung, steigende Kriegsgefahr – das hat der 1907 mit so großem ›nationalem‹ Tamtam begrüßte Reichstag gebracht. Nun naht der Gerichtstag! Wähler Deutschlands, sorgt für eine andere Mehrheit! Je stärker die Sozialdemokratie im Reichstage erscheint, umso sicherer verankert ist der Weltfriede und die Wohlfahrt des Volkes!«⁵⁹

Im Unterschied zu den erwähnten Reden, die Rosa Luxemburg während der Reichstagswahlkampagne in Leipzig und Halle hielt, ist ihr Auftritt in Pieschen in der »Dresdner Volkszeitung« weniger ausführlich dokumentiert, wenngleich alle wichtigen Aussagen wiedergegeben werden. Wie der Berichterstatter würdigte, wurde Rosa Luxemburg »in ihren Ausführungen vom lebhaften Beifall begleitet, der sich am Schluß in stürmische Zustimmung entlädt, als sie ausführte, daß die Sozialdemokratie *gegen jeden Krieg* sei und dass wir erhoffen und erstreben, dass endlich das Proletariat aller Länder so reif sei, um jeden Krieg verhindern zu können.«⁶⁰

In ihren Wahlkampfreden enthüllte Rosa Luxemburg den demagogischen Charakter der Glorifizierung von Kaiser Wilhelm II. als Friedensengel. In Anspielung auf den »Panthersprung« erklärte sie in Pieschen: »Wer den Frieden will, sendet keine Kriegsschiffe in ein anderes Land.«⁶¹

In der bereits mehrfach erwähnten Rede in Halle (Saale) hatte sie prophezeit, dass es einer Reichstagswahl entgegen ginge, »wie wir sie seit 40 Jahren noch nicht erlebt haben. Großes und Wichtiges steht auf dem Spiele. Die Zeit ist stürmisch bewegt und das drohende Gespenst eines *europäischen Krieges* steht vor der Türe [...] Der Glaube, daß wir allmählich in den *Weltfrieden* ›hineinwachsen‹ hat sich als kindliche *Illusion* erwiesen.«⁶² In Wirklichkeit seien es drei Dinge, die der kapitalistischen Gegenwart die Signatur geben: »Erstens nach außen *Kriegsgefahr*; zweitens

58 »Dresdner Volkszeitung«, Jg. 22. Nr. 287, 12. Dezember 1911.

59 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. IV: März 1898 – Juli 1914. Berlin 1975. S. 391, und »Dresdner Volkszeitung«, Jg. 22. Nr. 283, 7. Dezember 1911.

60 Ebenda. Nr. 287, 12. Dezember 1911.

61 Ebenda. – Siehe auch S. 121 im vorliegenden Heft.

62 Rosa Luxemburg: Die politische Lage und die Sozialdemokratie. In: GW. Bd. 7/2. S. 712 und 713.

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hermann Jäger, Dresden, Postfach 14. **Druckerei:** Die Dresdener Zeitung, Dresden, Postfach 14. **Verlag:** Die Dresdener Zeitung, Dresden, Postfach 14. **Preis:** 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Halbjahr, 1 Mark pro Jahr. **Abnahme:** 1000 Exemplare. **Postamt:** Dresden, Postfach 14. **Telegraphische Adressen:** Dresdener Zeitung, Dresden. **Telefonische Adressen:** Dresdener Zeitung, Dresden.

Nr. 287. Dresden, Dienstag den 12. Dezember 1911. 22. Jahrg.

Die Anarchie in Mazedonien.

von Konstantinopel, 8. Dezember.
In Mazedonien spielen sich die Kämpfe und die Ereignisse gegenüber. Die Bevölkerung ist der lebende Teil. Das Königreich ist auf dem Wanken des Ruins. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht.

lassen werde (auch diese Dinge blieb nicht aus) und das kann — die Wahlen nach der Hilfe der Bundesleiter werden.
Was ist es? Die Regierung will den Wahlergebnis aufbau über die Provinz verhängen. Aber darunter zu leiden haben nicht, sind wieder die Bauernmassen, und die Bauern haben wieder die Wahlen zu Hilfe. So geht das Spiel weiter.

Monarchen und Klerikel gegen den portugiesischen Fortschritt.

pt. Lissabon, 11. Dezember.
Der portugiesische Fortschritt ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht.

Wahlkampf.

Die Wahlkampf ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht. Die Anarchie ist ein Zustand, der sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht und sich in der Bevölkerung des Landes geltend macht.

Titelblatt der Ausgabe der »Dresdener Volkszeitung« vom 12. Dezember 1911, in der über Rosa Luxemburgs Rede in Pieschen berichtet wird

chronisches Hungern der großen Volksmassen; drittens gewaltige Massenkämpfe, die sich immer mehr zu Kraftproben, zu Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit auswachsen werden! Alle drei Erscheinungen stehen im engsten wechselseitigen Zusammenhang und haben als *eine Ursache: das kapitalistische System!*⁶³ Der am 23. September 1911 in Dresden gegründete Reichsdeutsche Mittelstandsverein forderte, Streikposten zu untersagen, die Koalitionsfreiheit einzuschränken und Gewerkschaften für Streikschäden haftbar zu machen. Währenddessen plädierte die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung« am 24. September 1911 dafür, wegen des internationalen Wettbewerbs die sozialpolitische Gesetzgebung einzustellen.⁶⁴ In den Etatsdebatten der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtages lehnten die Vertreter der Landesregierung im November wiederum die Einführung des gleichen, allgemeinen und direkten Wahlrechts ab und forderten Schutz von

63 Ebenda. S. 714/715.

64 Siehe Die Sozialpolitik in den letzten Friedensjahren des Kaiserreiches (1905–1914). Bd. 4: Die Jahre 1911 bis 1914 bearb. von Karl Erich Born [u.a.], Teil 2. Darmstadt 1998. S. 457ff.

Arbeitswilligen bei Streiks.⁶⁵ Reichskanzler Bethmann Hollweg verkündete am 13. Dezember 1911 einen diesbezüglichen Erlass.⁶⁶ Rosa Luxemburg hatte gute Gründe, vor der Knebelung der Gewerkschaften durch Unternehmerverbände zu warnen und konnte dabei auf die dritte Aussperrung von Berliner Metallarbeitern 1911 durch Industrielle, wie im Jahre 1911 geschehen, verweisen.

In Dresden erklärte Rosa Luxemburg: »Gegen *Imperialismus* und *Kolonialkrieg*, gegen kulturwidrige *Militär- und Flottenrüstungen* geht der Kampf.«⁶⁷ Die Pläne für neue forcierte Aufrüstungen in Heer und Flotte lagen bereits in der Schublade.⁶⁸ In einem Schreiben von Kaiser Wilhelm II. an das Auswärtige Amt vom 7. Dezember 1911 heißt es: »Wenn das Ausschließen Deutschlands Industrie so ungestört weitergeht: Dann werden wir zu den Waffen greifen und uns mit dem Schwert in der Hand durchsetzen müssen also Rüsten!«⁶⁹ Getreu dem Erfurter Parteiprogramm und in Übereinstimmung mit den militärpolitischen Auffassungen der ostsächsischen Sozialdemokratie forderte Rosa Luxemburg ein Milizsystem anstelle des stehenden Heeres. Sie verlor nie die Alltagssorgen der arbeitenden Bevölkerung aus den Augen, stritt gegen indirekte Steuern und Lebensmittelzölle und beleuchtete deren Ursachen. »Die Wahl findet im Zeichen der *Hungersnot*, der Teuerung statt. Wir hatten keine Krise, keine Pestilenz, keine nennenswerte Mißernte, wodurch in früheren Zeiten Hungersnot veranlasst wurde, sondern einen glänzenden Geschäftsgang und doch die Teuerung überall. Eine Teuerung, deren Ursache je nach der Klassenstellung des Einzelnen entschieden ausgelegt wird. Wir Sozialdemokraten sehen sie als eine Folge der *Klassenherrschaft des Junkertums* an. Sie entspringt nicht natürlichen Ursachen, es ist eine künstliche Teuerung, absichtlich durch Gesetzgebung hervorgerufen.«⁷⁰ In der bereits erwähnten Wahlkampfrede in Halle

65 Karl Wippermann: Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Jg. 1911. Bd. 2: Juli–Dezember. Leipzig 1912. S. 110ff.

66 Siehe Die Sozialpolitik in den letzten Friedensjahren des Kaiserreiches (1905–1914). Bd. 4. S. 575f.

67 »Dresdner Volkszeitung«. Jg. 22. Nr. 287, 12. Dezember 1911.

68 Siehe Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934. Bd. 10: 14. Juli 1909 bis 11. November 1918. Bearb. von Reinhold Zilch. Hildesheim [u. a.] 1999. S. 78ff.

69 Zit. in Dokumente zur deutschen Geschichte 1910–1914. Hrsg. von Dieter Fricke. Bearb. von Annelies Laschitzka. Berlin 1976. S. 64.

70 »Dresdner Volkszeitung«. Jg. 22. Nr. 287, 12. Dezember 1911. – Am 23. September 1911

(Saale) hatte sie in diesem Zusammenhang erklärt: »Wie groß die Lebensmittelteuerung in Deutschland ist, davon wissen vor allem *die Arbeiterfrauen* ein Lied zu singen. Und obgleich den proletarischen Frauen die Not in erster Linie und am schwersten fühlbar wird, will man ihnen *keine politischen Rechte einräumen!* Die ›Politik‹ der Frau soll nach der Meinung gewisser Leute auf den *Kochtopf* und die *Wiege* beschränkt bleiben.«⁷¹ Um wachsender Kriegsgefahr, Lebensmittelteuerung und sozialpolitischem Stillstand erfolgreich entgegenwirken zu können, so lautete Rosa Luxemburgs Credo, müsse der parlamentarische Kampf der Sozialdemokratie mit den außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiterklasse eng verbunden werden.

Die Berichte der sozialdemokratischen »Dresdner Volkszeitung« und der bürgerlichen »Dresdner Neuesten Nachrichten« über Rosa Luxemburgs Wahlkampfrede in Pieschen unterscheiden sich inhaltlich nur in Nuancen der Interpretation. In beiden Berichten fehlen jene Textpassagen, in denen die Rednerin in der Frage, was bei Ausbruch eines Krieges zu tun sei, welche Kampfmittel in Erwägung zu ziehen wären, ohne von vornherein welche auszuschließen oder zu verabsolutieren, über den Wahlauftritt der Reichstagsfraktion weit hinausgegangen war. Für die bürgerlichen »Dresdner Neuesten Nachrichten« handelte es sich bei Rosa Luxemburgs Wahlkampfauftreten in Pieschen um eine mit großem Beifall aufgenommene »Raketenrede«, die beispielhaft für revolutionäre Tendenzen der Sozialdemokratie stehe.⁷²

Nach ihrer Wahlkampftour durch Sachsen trat Rosa Luxemburg im Dezember mehrmals in Berlin und Umgebung auf. Wie bereits in der Berichterstattung über den Dresdner Wahlkampfauftreten blieben auch hier Rosa Luxemburgs Aussagen über mögliche Handlungsoptionen bei Kriegsausbruch ausgeblendet. Dagegen erhob sie in einer Zuschrift an den »Vorwärts« Einspruch: »Ich glaube jedoch, daß eine Erwähnung in diesem Falle notwendig ist, 1. weil gegenwärtig die imperialistische Gefahr, also auch alles,

hatte Rosa Luxemburg eine vom Internationalen Sozialistischen Büros angenommene Resolution über den Kampf gegen die Lebensmittelverteuerung eingebracht. (Siehe Rosa Luxemburg: Resolution über die Lebensmittelteuerung. In: GW. Bd. 3. S. 57.)

71 Rosa Luxemburg: Die politische Lage und die Sozialdemokratie. In: GW. Bd. 7/2. S. 715. Siehe auch Christoph Nonn: Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland. Düsseldorf 1996.

72 Siehe Die Reichstagswahlen 1912. Rosa Luxemburg über die Reichstagswahlen. In: »Dresdner Neueste Nachrichten«. Jg. 19. Nr. 339, 13. Dezember 1911. – Siehe S. 125/126 im vorliegenden Heft.

was sich auf die Friedensaktion des Proletariats bezieht, im Vordergrund der Agitation steht und 2. weil der betreffende Passus meiner Rede von einer so demonstrativen, minutenlangen Beifallskundgebung der großen Versammlung begleitet war, daß es klar war: Auch die Versammlung hielt die Betonung der unerschütterlichen Friedensabsichten der Sozialdemokratie für den wichtigsten Teil des Referats.«⁷³

Im Januar 1912 folgte eine weitere Wahlkampfreise, die sie nach Arnstadt, Weimar, Eisenach, Erfurt, Jena, Ilmenau, Frankfurt am Main und Hagen führte. In dieser Reichstagswahlkampagne trat Rosa Luxemburg insgesamt 44 Mal auf. Sie beteiligte sich nicht zuletzt auch deshalb so engagiert am Wahlkampf, weil sie in der Auswertung für die weitere Arbeit der Partei mitreden wollte.

Die Sozialdemokratie erhielt bei den Reichstagswahlen 1912 über 4,2 Millionen Stimmen und errang 110 Mandate, darunter die drei Mandate der Dresdner Wahlkreise für August Kaden (31 640 Stimmen = 54,3 Prozent), Georg Horn (33 843 Stimmen = 56 Prozent) und Georg Gradnauer nach Stichwahl gegen Karl-Friedrich Heinze (24 906 Stimmen = 50,7 Prozent).⁷⁴

Angesichts dieses großartigen Wahlerfolges forderte Rosa Luxemburg: »Offensive auf der ganzen Linie: im preußischen Wahlrechtskampf, im Kampfe gegen Imperialismus, im Kampfe um billiges Brot und in der positiven Arbeit der Sozialpolitik! Beispiellos wie unser Wahlsieg muß die Entschlossenheit und Schärfe unserer parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktion sein.«⁷⁵ Sie entrüstete sich zugleich über die Stichwahlabkommen, die der Parteivorstand für 16 Wahlkreise heimlich mit der Fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossen hatte, und informierte die Öffentlichkeit darüber. In der »Leipziger Volkszeitung« argumentierte sie dazu folgendermaßen: »Aber solche allgemeinen politischen Illusionen über die Wunderwirkungen der parlamentarischen Schiebungen, solche völlige Verkehrung der nächsten Perspektiven der politischen Entwicklung sind von dauernd schädlicher Wirkung. Denn sie verschütten die eigentlichen

73 Rosa Luxemburg: Bemerkung zum »Vorwärts«-Bericht über die Rede am 19. Dezember 1911 im I. Berliner Reichstagswahlkreis. In: GW. Bd. 3. S. 83.

74 Siehe Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse. Ergebnisse. Kandidaten. Bearb. von Carl-Wilhelm Reibel. Halbbd. 2. Düsseldorf 2007. S. 1137ff.

75 Rosa Luxemburg: Was nun? In: GW. Bd. 3. 6., überarb. Aufl. Berlin 2003. S. 99.

Quellen unsrer Kraft: klares Bewußtsein, kritische Einsicht in die Bedingungen unsres Kampfes und unsres Sieges.«⁷⁶

Rosa Luxemburg hatte bereits 1904 Grenzen des bürgerlichen Parlamentarismus aufgezeigt und davor gewarnt, den Kampf um Reformen zur Zentralachse der Parteipolitik zu verklären. Das Parlament betrachtete sie als »Jasagemaschine« für außerparlamentarisch bereits getroffene Entscheidungen. Die Sozialdemokratie müsse es gegen die Bourgeoisie verteidigen und gleichzeitig als Mittel des Klassenkampfes »zur Aufklärung und Zusammenfassung des Proletariats in seiner Klassenpartei« nutzen. Solche Überlegungen gründeten auf einer Definition des Staates als Organ politischer Klassenherrschaft und nahmen das Parlament mehr oder weniger als ohnmächtiges Gremium der Legitimationsbeschaffung wahr.⁷⁷ Demgemäß vertrat Rosa Luxemburg bereits 1910 die Meinung, die Partei überschätze den Parlamentarismus und bremse außerparlamentarische Aktionen wie die Maifeier oder die Wahlrechtsbewegung.

Im Jahre 1918, während der Novemberrevolution, argumentierte sie, die Bourgeoisie sei keine Partei, die durch parlamentarische Mehrheiten entmachtet werden könne, »sondern eine herrschende Klasse [...], die sich im Besitze sämtlicher ökonomischer und politischer Machtmittel befindet«.⁷⁸ Im Programmentwurf »Was will der Spartakusbund?« forderte sie im Dezember 1918, auf allen Ebenen der Gesellschaft Räte zu konstituieren sowie einen Zentralrat als nationales und einen Vollzugsrat als exekutives Organ zu wählen. Die arbeitende Bevölkerung und die Soldaten würden dann über ein imperatives Mandat gegenüber den lokalen Rätestrukturen gebieten.⁷⁹ Im Programmentwurf formulierte sie zugleich und unmissverständlich: »Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«⁸⁰

Der zweite Tagesordnungspunkt des ersten Reichsrätekongresses der Arbeiter- und Soldaten-Räte im Dezember 1918 lautete: Nationalversammlung oder Rätemacht. Für Rosa Luxemburg war dies »die Kardinalfrage der

76 Dies.: Eine Verteidigung oder eine Anklage? In: GW. Bd. 3. S. 144f.

77 Siehe dies.: Sozialdemokratie und Parlamentarismus. In: GW. Bd. 1.2. 7. Berlin 2000. S. 447ff.

78 Dies.: Die Nationalversammlung. In: GW. Bd. 4. Berlin 2000. S. 408.

79 Siehe dies.: Was will der Spartakusbund? In: GW. Bd. 4. S. 440–449.

80 Ebenda. S. 450.

Revolution in diesem Augenblick«⁸¹. Die Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie setzten sich gegen die Linke durch – der Reichsrätekongress votierte für Wahlen zur Nationalversammlung. Daraufhin plädierte Rosa Luxemburg für die Beteiligung am Wahlkampf. Die Beweggründe für ihr Umschwenken in dieser Frage legte sie am 23. Dezember in der »Roten Fahne« dar: »Nicht, um mit der Bourgeoisie und ihren Schildträgern zusammen Gesetze zu machen: um die Bourgeoisie und ihre Schildträger zum Tempel hinauszujagen, um die Festung der Gegenrevolution zu erstürmen und die Fahne der proletarischen Revolution auf ihr siegreich zu hissen – dazu ist die Beteiligung an den Wahlen nötig.«⁸² Im Lichte ihrer Studien zur englischen und französischen Revolution⁸³ erschien die Vorstellung, Sozialismus könne per Mehrheitsbeschluss auf parlamentarischem Wege verwirklicht werden, als Irrglaube.⁸⁴ Die darauf projizierten Illusionen der Massen seien durch Aufklärung zu überwinden. In ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD warb sie für die Beteiligung an den Wahlen und forderte, die Nationalversammlung, obwohl »gegenrevolutionäre Festung«, als Tribüne der Agitation zu nutzen und durch Massenaktionen von außen unter Druck zu setzen.⁸⁵

Die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske provozierte Anfang Januar 1919 durch die Absetzung des vom Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrat berufenen Polizeipräsidenten Emil Eichhorn die Berliner Arbeiter zu Demonstrationen und zur Besetzung des Berliner Zeitungsviertels. Nach wie vor werden die Januarkämpfe 1919 fälschlicherweise als »Spartakusaufstand« charakterisiert.⁸⁶ Am 5. Januar 1919 hatte Noske gegenüber Ellis L. Dresel, dem Leiter einer zivilen US-amerikanischen Beobachtergruppe, erklärt: »Die Regierung bereitet jetzt alles vor, so dass sie einen Schlag

81 Rosa Luxemburg: Nationalversammlung oder Räteregierung? Ebenda. S. 462.

82 Dies.: Die Wahlen zur Nationalversammlung. Ebenda. S. 475.

83 Siehe dies.: Zur russischen Revolution. In: GW. Bd. 4. S. 339/340, und dies.: Exzerpte und Notizen aus Büchern und Studien über die englische Revolution und über Nationalökonomie. Guizot. In: GW. Bd. 7/1. S. 237ff.

84 Siehe dies.: Nationalversammlung oder Räteregierung? In: GW. Bd. 4. S. 460.

85 Siehe ebenda. S. 479–483, und dies.: Die Wahlen zur Nationalversammlung. Ebenda, S. 472–474.

86 Die Legende vom Spartakusaufstand widerlegt Jörn Schütrumpf als Herausgeber der jüngst erschienenen originalgetreuen Reproduktion »Spartakusaufstand«. Der unterschlagene Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin (Karl Dietz Verlag Berlin 2018).

führen kann.«⁸⁷ Das war Noskes Antwort auf Dresels Bemerkung, »die Abneigung, vor den Wahlen Blut zu vergießen, (sei) ein Element der Schwäche.«⁸⁸ Das vorsätzliche Blutvergießen in der zweiten Januarwoche 1919, in dessen Verlauf auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden⁸⁹, machte den Weg frei, um in einer Atmosphäre des Terrors und der Hetze am 19. Januar 1919 ein bürgerliches Parlament, die Weimarer Nationalversammlung, zu wählen.

Für Richard Müller, Sprecher der Revolutionären Obleute und Vorsitzender des Großberliner Arbeiter- und Soldatenrates, war Rosa Luxemburg »der beste, klarste und kühnste Kopf der Revolution«⁹⁰. Aus dem Gefängnis schrieb Paul Levi, Rosa Luxemburgs Vertrauter und nach ihr bis zum Februar 1921 Vorsitzender der KPD, seinem Vater: »Das schwerste, was uns betroffen hat und was wirklich nicht mehr ausgeglichen werden kann, ist der Verlust Rosas. Das wird uns lange nachgehen.«⁹¹

87 Zit. in Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919. Berlin 1978. S. 289. – Die Beobachtergruppe sollte vor den Wahlen zur Nationalversammlung die Chancen einer stabilen Regierungsautorität in Deutschland zu prüfen.

88 Zit. ebenda. S. 247.

89 Siehe Klaus Gietinger: Der Doppelmord. In: Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare. Hrsg. von Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger. Leipzig 2010. S. 26ff. (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 7.)

90 Richard Müller: Eine Geschichte der Novemberrevolution. 5., erw. Aufl. [Hrsg. von Jochen Gester, Ralf Hoffrogge und Rainer Knirsch.] Berlin 2012. S. 712.

91 Paul Levi an Jacob Levi, 20. Januar 1919. In: Paul Levi. Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. Bd. I/1: Spartakus: Das Leben bis zur Ermordung des Leo Jogiches. Hrsg. von Jörn Schütrumpf. Berlin 2018. S. 814.

SVEN BRAJER

Rosa Luxemburg und die Dresdner Antisemiten um 1900

Während der Zeit, in der sich Rosa Luxemburg in Dresden aufhielt, sei es als Redakteurin der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« (1898) oder als Rednerin für die sozialdemokratische Partei, so zuletzt 1911, kann man die Stadt durchaus als politisch und ökonomisch gespalten ansehen. War sie einerseits Hauptstadt des »roten Königreichs«¹ mit jeweils drei 1898, 1903 und 1912 gewonnenen sozialdemokratischen Reichstagsmandaten², so fungierte sie andererseits als ein reichsweites Sammelbecken des völkisch-nationalen Spektrums³, das hier 1893 alle drei Abgeordnetenmandate für die antisemitische Deutsche Reformpartei gewonnen hatte.

Im Folgenden soll daher versucht werden, das stets angespannte Verhältnis zwischen Rosa Luxemburg als einer Vertreterin des linken Flügels der Sozialdemokratie während ihrer Dresden-Aufenthalte und der völkischen Bewegung zu charakterisieren. Ergänzt wird das durch grundsätzliche Bemerkungen zum politischen Spektrum und besonders zur völkischen Bewegung in Dresden per se sowie dem damaligen medialen Umfeld der sächsischen Residenzstadt.

1898 kam Rosa Luxemburg das erste Mal nach Dresden. Hier wirkte sie 39 Tage als Chefredakteurin der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung«.⁴ Neben ihrer fachlichen Qualifikation profitierte sie unfreiwillig auch von der Politik der konservativen sächsischen Regierung. Die hatte ihre beiden nicht-deutschen Vorgänger Alexander Helphand (Pseudonym Parvus) und Julian Marchlewski, die »nur« Emigrantenstatus besaßen, als politisch nicht

- 1 Siehe dazu Das »Rote Königreich« und sein Monarch. Dresden 2004 (Dresdner Hefte 80), und Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871–1923). Köln [u. a.] 1995 (Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland. Bd. 1).
- 2 Das waren jeweils die Reichstagswahlkreise Dresden rechts der Elbe, Radeberg, Radeburg; Dresden links der Elbe sowie Dresden-Land links der Elbe, Dippoldiswalde.
- 3 Dazu einführend Sven Brajer: Rechtspopulistische Milieus in der »konservativen Kulturstadt« Dresden (1879–1933). In: Joachim Klose und Walter Schmitz (Hg.): Freiheit, Angst und Provokation. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der postdiktatorischen Gesellschaft. Dresden 2016. S. 27–47 (Social coherence studies. Bd. 2).
- 4 Siehe hierzu der Beitrag von Rolf Ziegenbein im vorliegenden Heft.

erwünschte Personen ausgewiesen.⁵ Zumindest dieses Schicksal sollte Rosa Luxemburg, die durch eine Scheinehe mit Gustav Lübeck die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatte, erspart bleiben.⁶

Dass die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« mit ihrer politischen Einstellung in Dresden ziemlich allein da stand⁷, beweist ein Blick auf die zeitgenössische Dresdner Presselandschaft. Explizit sind dabei die in den 1880er und 1890er Jahren dominierenden rechtskonservativen »Dresdner Nachrichten« zu nennen. In diesem Zeitraum besetzten gleich drei Akteure mit nationalistisch-völkischem Gedankengut, nämlich Emil Bierey (1838–1899), Paul Liman (1860–1916) und Max Lohan (1857–1920) den Posten des Chefredakteurs. »Der Dresdner Anzeiger« existierte bereits seit 1730 und publizierte als Amtsblatt offizielle Mitteilungen sächsischer Behörden und der Dresdner Stadtverwaltung.⁸ Er fungierte bis 1933/1934 als eines der füh-

5 Siehe Annelies Laschitzka: *Im Lebensrausch, trotz alledem – Rosa Luxemburg. Eine Biographie*. Berlin 2002 (im Folgenden Laschitzka: *Im Lebensrausch*). S. 97/98.

6 Siehe ebenda. S. 74/75. – Die Dresdner Polizei interessierte sich unter ihren damaligen Polizeichef Albin Le Maître bereits 1896 für Rosa Luxemburg, die seit dem Kongress der Zweiten Internationale 1896 in London Artikel für die Dresdner »Sächsische Arbeiter-Zeitung« verfasste. (Siehe hierzu den Beitrag von Eckhard Müller im vorliegenden Heft.) Paul Koettig, der damalige Leiter der Kriminalabteilung und spätere Polizeipräsident von Dresden (1904–1911), sollte sich später zwar auch mit den Aktivitäten von nationalistischen, in Dresden besonders mächtigen Vereinen, wie dem Alldeutschen Verband befassen. Deren rassistische und antisemitische Agitation wurde allerdings auch unter seiner Amtsführung nicht konsequent geahndet. Exemplarisch zeigte sich das bei den Feierlichkeiten der über 1000 Teilnehmer des Verbandstages des Alldeutschen Verbandes 1906 in Dresden an Themen wie »Die Abrüstungsfrage (Erhaltung der deutschen Wehrkraft), [der] Neuaufbau der deutschen Kolonialpolitik, [sowie] die Arbeit der deutsch-österreichischen Schutzvereine«. (Stadtarchiv Dresden (im Folgenden: StADD). 13.1. Alldeutscher Verein, Ortgruppe, Nr. 20. Bl. 235/236.) Beäugt wurden nämlich nur die österreichischen Teilnehmer und deren Redner, die eine Abspaltung der deutschsprachigen Gebiete Österreich-Ungarns und den Anschluss an Deutschland forderten. Dabei wollten die sächsischen Behörden die benachbarte Donaumonarchie nicht verärgern. Seit 2013 vergibt der Landesverband Sachsen des Bundes Deutscher Kriminalbeamte in Dresden alljährlich den Paul-Koettig-Preis für »herausragende kriminalistische oder kriminaltechnische Leistungen«. (Siehe <https://www.bdk.de/lv/sachsen/veranstaltungen/Paul-Koettig-Preis> [letzter Abruf am 24. September 2018].)

7 Später sollte noch die kommunistische »Arbeiterstimme« folgen. (Siehe Mike Schmeitzner / Swen Steinberg: *Links der Mitte. Politische Presse im Dresden der Weimarer Republik*. In: *Das »linke« Dresden – Eine Spurensuche über 100 Jahre*. Dresden 2017. S. 36–46 (Dresdner Hefte 130).

8 Siehe Herbert Zeißig: *Eine Deutsche Zeitung. 200 Jahre Dresdner Anzeiger*. Eine zei-

renden Informationsmedien für ein zumeist konservatives Publikum.⁹ Eine ähnliche politische Richtung vertrat das offiziöse »Dresdner Journal«. Es verstand sich, so auch der Untertitel, als »Königlich Sächsischer Staatsanzeiger« und war »Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden«. Gemäßigter und dem eigenen Verständnis nach politisch neutraler verhielt es sich mit den seit 1893 erscheinenden, inhaltlich breit gefächerten, am ehesten nationalliberal einzuordnenden »Dresdner Neuesten Nachrichten«.¹⁰ Das Blatt sollte bis zum Ersten Weltkrieg alle anderen Dresdner Zeitungen mit seiner Auflagenhöhe in den Schatten stellen: Betrug diese bei den »Dresdner Nachrichten« 1893 noch 55 000, stagnierte sie seit etwa 1908 bis 1914 bei 40 000. Während sich die Auflage des »Dresdner Anzeiger« in dieser Zeit von 15 500 auf 44 500 fast verdreifachte, verfünffachten die »Dresdner Neuesten Nachrichten« ihre Auflage von 24 000 auf 119 000¹¹ – 1900 hatte die Stadt 400 000, 1910 knapp 550 000 Einwohner¹².

Einige inhaltliche und personelle Überschneidungen mit den eben genannten großen Blättern finden sich bei den beiden Dresdner Rechtsaußenzeitungen »Deutsche Reform«¹³ und deren Nachfolgerin »Deutsche Wacht«. Als Presseorgan der antisemitischen deutschen Reformvereine erschien diese Zeitung seit Ende 1879 zweimal wöchentlich, seit dem 1. April 1882 sogar täglich. Der Deutsche Reformverein in Dresden sollte sich nicht zuletzt dank der Unterstützung des Blattes zu einem der dominanten politischen Faktoren in der Stadt bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs entwickeln.¹⁴ Inhaltlich hörte und las man immer das Gleiche: Der bedrängte

tungs- und kulturgeschichtliche Festschrift. Dresden 1930 (im Folgenden ZeiBig: Eine Deutsche Zeitung). Insbesondere S. 1–40, 83–99 und 175–248.

- 9 Siehe Gabriela Christmann: Dresdens Glanz, Stolz der Dresdner. Lokale Kommunikation, Stadtkultur und städtische Identität. Wiesbaden 2004 (im Folgenden Christmann: Dresdens Glanz). S. 167–169; Herbert ZeiBig: Eine Deutsche Zeitung. S. 301–304 und 349–356
- 10 Zur Einordnung siehe Christmann: Dresdens Glanz. S. 169.
- 11 Siehe Helmut Fiedler: Geschichte der »Dresdner Nachrichten« von 1856–1936. Olbernhau in Sachsen 1939. S. 170.
- 12 Siehe Geschichte der Stadt Dresden. Bd. 3. Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart. Hrsg. von Holger Starke. Stuttgart 2006. S. 27 und 33.
- 13 Die Antisemiten bezeichneten sich selbst als Reformer im Gegensatz zu »roten Revolutionären« und »schwarzen Reaktionären«. Die antisemitischen Reformer dürfen dabei keineswegs mit den Revisionisten in der SPD verwechselt werden, welche aber auch auf Reformen abzielten (Reform statt Revolution).
- 14 Immer noch grundlegend Matthias Piefel: Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen. 1879–1914. Göttingen 2004 (im Folgenden Piefel: Antisemitismus und völkische Bewegung). S. 103–112.

Mittelstand, zumeist Handwerker¹⁵ und kleinere Kaufleute¹⁶, glaubte im stereotypisierten¹⁷ Juden den »Agenten der Moderne«, den Feind, der die negativen Auswirkungen der Industrialisierung befeuerte, zu erkennen.¹⁸ Für die Antisemiten trat er entweder in Form der »Goldenen Internationale« als gieriger Kapitalist oder als Vertreter der »Roten Internationale«, hier oft in Gestalt des sozialdemokratischen Funktionärs bzw. der Funktionärin, auf. Neben Teilen von Hessen wurde das hochindustrialisierte Sachsen zu einem Zentrum des Antisemitismus im Kaiserreich, trotz oder gerade wegen seines reichsweit geringen jüdischen Bevölkerungsanteils von fast durchgängig unter einem Prozent der Gesamtbevölkerung zwischen 1871 und 1914.¹⁹

Unter diesen Verhältnissen stellte die Ausweisung der beiden linken jüdischen Redakteure Helphand und Marchlewski im September 1898 für die »Deutsche Wacht« ein gefundenes Fressen dar: »Lange genug haben die beiden ausländischen Juden die hiesige Presse als Tummelplatz benutzt zur Ausstreuung ihrer aufreizenden Lehren. Es war Recht und Pflicht der sächsischen Behörde, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Denn lästig gemacht haben sich diese Ausländer, für die nun in der sozialdemokratischen Presse

15 Shulamit Volkov hat beispielhaft gezeigt, wie sich im Handwerk Antisemitismus als politische Alternative zum Liberalismus etablieren konnte. (Siehe Shulamit Volkov: Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays. 2. Aufl. München 2000. S. 37–53.)

16 Siehe Claudius Torp / Heinz-Gerhard Haupt: Einleitung. Die vielen Wege der deutschen Konsumgesellschaft. In: Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Ein Handbuch. Frankfurt am Main [u.a.] 2009. S. 9–24.

17 Exemplarisch wird die Figur des vermeintlich habgierigen, cleveren und hässlichen »Juden« als Kontrast zum ehrlichen, schwer arbeitenden, deutschen Bauern (analog zum »Mittelständler«) um 1900 in Polenz' viel gelesenen Roman »Der Büttnerbauer« generiert. (Siehe Wilhelm von Polenz: Der Büttnerbauer. Berlin 1895.)

18 Exemplarisch für Sachsen siehe Michael Schäfer: Eine andere Industrialisierung: Die Transformation der sächsischen Textilexportgewerbe 1790–1890. Stuttgart 2016. – Zu Ost-sachsen siehe Sven Brajer: Der wirtschaftliche Strukturwandel in der südlichen Oberlausitz im Textilgewerbe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts am Beispiel der Firmen »Carl Gottlieb Hoffmann« aus Neugersdorf und »Hermann Wünsche Erben« aus Ebersbach/Sa. In: Neues Lausitzisches Magazin. [Bd.] 138. Görlitz 2016. S. 69–84.

19 James Retallack: Red Saxony. Election battles and the spectre of democracy in Germany, 1860–1918. Oxford 2017 (im Folgenden Retallack: Red Saxony election battles). S. 157 und 221; Piefel: Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen. S. 15–30, und Hansjörg Pötzsch: Antisemitismus in der Region: antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914. Wiesbaden 2000.

noch das Mitgefühl wachrufen möchte.«²⁰ Rosa Luxemburg geriet als Nachfolgerin ebenfalls rasch in den Fokus der Antisemiten: »Durch die Ausweisung aus Sachsen hat das Spiel der Juden eine Störung erfahren. Doch scheint dafür gesorgt zu sein, daß der Geist, der in der ›Sächsischen Arbeiterzeitung‹ sein Unwesen treibt, der gleiche bleibt. Nach der ›Leipziger Volkszeitung‹ wird die Chefredaktion der ›Sächsischen Arbeiterzeitung‹ Frau Dr. Rosa Luxemburg übernehmen, die ja innerhalb der Sozialdemokratie die Geschäfte des Judenthums rührigst betrieben hat.«²¹ Doch das ließ die Chefredakteurin der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« nicht unkommentiert stehen: »Die ›Deutsche Wacht‹, die berühmte Kämpferin für Recht und Freiheit, läßt es sich nicht entgehen, die Ausweisung der Genossen Helphand und Marchlewski in ihrer bekannten, von keines Gedankens Blässe angekränkelten Manier zu besprechen, um daraus wieder einen Anlaß zu ihrer blöden Judenhetze herzuleiten.«²² Helphand war in seiner Dresdner Zeit von 1896 bis 1898 einer der produktivsten Publizisten der deutschen Sozialdemokratie. Das bezeugen die im Verlag der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« erschienenen und noch heute interessanten Studien »Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Kritischer Bericht über die Lage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung« (1896), »Wohin führt die politische Maßregelung der Sozialdemokratie? Kritik der politischen Reaktion in Deutschland« (1897) sowie »Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen« (1898). Besonders die intensive Auseinandersetzung mit

- 20 Die russisch-jüdischen Leiter der Sozialdemokratie. In »Deutsche Wacht« (im Folgenden DW). Dresden. Nr. 268 vom 28. September 1898. S. 2.
- 21 Die russisch-jüdischen Leiter der Sozialdemokratie. In: DW. 268 vom 28. September 1898, S. 2. – Dass Rosa Luxemburg »ihr Judentum« nicht besonders wichtig war, spielte für die Antisemiten dabei keine Rolle. Zum Judentum von Rosa Luxemburg konstatiert Werner Abel »Daß sie [R.L.] Jüdin war, hatte wohl kaum eine weitere Bedeutung für sie. Sie glaubte, wie viele herausragende jüdische Persönlichkeiten der Linken, daß die Lösung der jüdischen Frage nicht mehr sei als ein Teil der allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipation, daß also mit dem Verschwinden der Klassen auch diese Frage von der Tagesordnung verschwände. Die Betonung. ihr Mitgefühl mit den unterdrückten Juden sei ebenso groß wie das mit den vom Kolonialismus Unterdrückten, brachte ihr einen ähnlichen Vorwurf ein wie den, der gegenüber Hannah Arendt erhoben wurde, daß sie ihr Volk nicht genügend lieben würde.« (Werner Abel: Hannah Arendt über Rosa Luxemburg. In: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. S. 251 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Bd. 3.) – Für den Hinweis danke ich Rolf Ziegenbein.)
- 22 »Sächsische Arbeiter-Zeitung« (im Folgenden SAZ). Nr. 226 vom 29. September 1898. S. 2.

dem Thema des politischen Massenstreiks war seinen Gegnern auf Seiten des Bürgertums freilich ein Dorn im Auge.²³

Es blieb nicht aus, dass auch Rosa Luxemburg als Chefredakteurin und Person immer heftiger angegriffen wurde. Als polnisch-stämmige Jüdin, aber auch als Frau und Sozialdemokratin verkörperte sie für die Völkischen das perfekte Feindbild.²⁴ Das hinderte sie jedoch nicht daran, sich per se oder mit Hilfe ihrer Redaktionskollegen entschieden mit Antisemiten auseinanderzusetzen und vor allem deren Vorsitzenden und Verleger der »Deutschen Wacht«, Oswald Zimmermann²⁵, hart anzugehen: »Sobald Juden in Frage kommen, geht diesem Hanswurst unserer Lokalpresse das letzte Restchen politischer Verstand und politischer Anstand flöten – da ist die ›Wacht‹ trotz all ihrer sehr betonten ›Vornehmheit‹ nur noch Dreck und Unrath. Das grunzt und blöckt, und brüllt und schreit in ihren Spalten, daß man sich ob dieses Tohuwabohus entsetzt die Ohren zuhalten möchte, aber aus all dem Höllenlärm klingt siegreich und triumphierend nur das eine: ›Heil, Heil, drei Mal Heil der sächsischen Polizei‹, die die mißliebige politische Gesinnung mit dem Polizeiknüppel todtschlägt. Elendes Gezücht, das den Mißhandelten und Verfolgten [Helphand und Marchlewski] noch kläffend in die Beine fährt, wenn es sich durch die Macht gedeckt weiß, das aber sogleich ein Jammergeheul anstimmt, sobald es auch einen Fußtritt abkriegt.«²⁶ Darauf

23 Siehe Winfried Scharlau: Parvus-Helphand als Theoretiker in der deutschen Sozialdemokratie und seine Rolle in der ersten russischen Revolution (1867–1910). Münster 1964. S. 72–77.

24 Zur Weltanschauung der Völkischen siehe Stefan Breuer: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik. Darmstadt 2008; Uwe Puschner: Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion. Darmstadt 2001, und Handbuch zur »völkischen Bewegung« 1871–1918. Hrsg. von Uwe Puschner, Walter Schmitz und Justus H. Ulbricht. München [u.a.] 1996. – Zur Position von Rosa Luxemburg zum Antisemitismus siehe Rosa Luxemburg: Nach dem Pogrom. Texte über Antisemitismus 1910/11. Hrsg. und aus dem Polnischen übersetzt von Holger Politt. Potsdam 2014 (Potsdamer Textbücher).

25 Zimmermann kann als eine Spinne im Netz der völkischen Bewegung in Dresden und Sachsen gesehen werden, war er doch Herausgeber (»Deutsche Wacht«), Parteivorsitzender (Deutscher Reformpartei bzw. -Verein in Dresden), intellektueller Redner und Verfasser zahlreicher Artikel und Bücher sowie Reichstagsabgeordneter und Mitglied in zahlreichen völkischen Vereinen und Verbänden (Alldeutscher Verband).

26 Sonntagsplauderei. In: »Sächsische Arbeiter-Zeitung«. Dresden (im Folgenden SAZ). 2. Oktober 1898. S. 5. – Ob der Titel von Rosa Luxemburg oder einem ihrer Kollegen stammt ist nicht eindeutig, da er nicht gezeichnet ist und sie zu dieser Zeit (Übernahme der Geschäfte, Parteitag in Stuttgart) eventuell verhindert war.



Die antisemitische »Deutsche Wacht«. Dresden. Jg. 17. Nr. 154, 7. Juli 1903. Titelseite. (Sächsisches Staatsarchiv. Hauptstaatsarchiv Dresden. 10736. Ministerium des Innern. Nr. 10992. Bl. 192.)

reagierte die »Deutsche Wacht« ebenso schroff und zielte weit unter die Gürtellinie: »Die Hiebe, die das jüdische ›Arbeiterblatt‹ von uns erhalten hat, scheinen also gesessen zu haben, das stellen wir nach diesem saftigen Ergüsse mit Genugthuung fest. Wir haben früher schon bemerkt, daß wir es verschmähen müssen, im Kothe uns mit den erleuchteten Häuptlingen der jüdischen ›Arbeiterzeitung‹ auseinanderzusetzen, das Vergnügen überlassen wir neidlos den Juden, die sich erfahrungsgemäß dort am wohlsten fühlen.«²⁷

Auch im Kontext des Stuttgarter Parteitages der Sozialdemokratie und der parteiinternen Auseinandersetzungen²⁸ fand Rosa Luxemburg in der

27 DW. Nr. 272, 2. Oktober 1898. S. 3.

28 Siehe hierzu den Beitrag von Rolf Ziegenbein im vorliegenden Heft. – Als »Mittler« zwischen Revolutionären, Zentristen und Revisionisten kann der 1898 in die sozialdemokratische Partei eingetretene spätere Stern der Münchner Sozialdemokraten und erste bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner gesehen werden. (Siehe Sven Brajer: Kurt Eisner und sein ethisches Sozialismuskonzept am Ende der Wilhelminischen Ära. In: Klaus Freitag, Dominik Groß (Hrsg.): Zurück in die Zukunft. Die Bedeutung von Diskursen über »Zukunft« in der Wissenschaftsgeschichte. Kassel 2017. S. 63–74.)

Berichterstattung der antisemitischen Reformer Erwähnung: »Die streitbare Genossin Zetkin verlangte, daß Genosse Heine [ein »Revisionist«] und seine Anhänger zwar nicht durch ein Ketzergericht verurteilt, aber kräftig und »mit Wucht« abgeschüttelt würden. Auch die Genossen Schönland und die neue Redaktrice der sächsischen Arbeiterzeitung, die Jüdin Rosa Luxemburg, stimmten dieser Forderung bei.«²⁹ Und in einer der nächsten Ausgaben wurde mit Entzücken vermerkt, dass sich Georg von Vollmar auf dem Parteitag von seinem revisionistischen Standpunkt aus »die Dresdner Richtung und den jüdischen »Baks[ch]isch.«³⁰ Rosa Luxemburg samt deren Vorgängern Helphland und Marklewsky [sic!]³¹ vornahm. Die Antisemiten frohlockten schon über eine vermeintliche Spaltung »der mehr deutschen und der rein jüdischen Richtung«³² der Sozialdemokratie: »wer sich mit dem Juden abgiebt, geht an ihm zugrunde.«³³ In der Tat wurden Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie verbal scharf geführt³⁴, doch gab es keinerlei Anzeichen für rassistische oder antisemitische Spaltungstendenzen.

Die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« hatte am 16. Oktober 1898 – Rosa Luxemburg trug bereits als Chefredakteurin die Verantwortung für das Blatt – unter der Überschrift »Der keifende Mops« einen Parteitag der Deutsch-Sozialen Reformpartei glossiert, der wenige Tage zuvor in Kassel stattgefunden hatte und durch widersprüchliche Entscheidungen Aufmerksamkeit erlangt hatte.³⁵ Dabei war der Tenor wieder sehr kräftig und direkt. Die Antisemiten wurden als »Tröpfe«, »keifender Mops« und »heuchlerische Sippe« betitelt.³⁶ Die Antwort folgte sofort: »Die schöne Rosa schimpft und keift, wie nur irgend je eine alte Trödeljüdin es zu Wege gebracht«³⁷ und, so das Fazit, »mit einem jüdischen Frauenzimmer, das mit solchen geschmackvollen Redensarten um sich wirft [werden wir uns] nicht ernstlich beschäftigen können.«³⁸ Auch der wenig revolutionäre Gradnauer,

29 Vorsicht! Weiber und Geld. In: DW. 6. Oktober 1898. S. 1.

30 Jiddisch für Almosen, Trinkgeld, Spende.

31 Schuljungen, alte Esel und anderes mehr. In: DW. 7. Oktober 1898. S. 1.

32 Ebenda. S. 2.

33 Ebenda.

34 Siehe Laschitz: Im Lebensrausch. S. 99–106.

35 Siehe SAZ. 16. Oktober 1898. S. 2.

36 Siehe ebenda.

37 DW. 16. Oktober 1898. S. 3.

38 Siehe ebenda.

39 Mike Schmeitzner: Georg Gradnauer – Der Begründer des Freistaates (1918–20). In: Von

der später erster Ministerpräsident Sachsens werden sollte³⁹, bekam sein Fett ab. Die Auseinandersetzungen zwischen der reformistischen und der revolutionären Strömung in der Partei erschien den Antisemiten als Steilvorlage für ihre Agitation: »Der zerschmetterte Hebräer Gradnauer [...] der die gesellschaftlichen und literarischen Gepflogenheiten der ›süßen Rosa‹, seiner Stammes-, Gesinnungs- und Berufsgenossin, sicherlich genau kennt [...] hat auf dem Stuttgarter Parteitag bekanntlich das Urtheil gefällt: ›Das [in der Redaktion der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« unter Rosa Luxemburg – S.B.] nicht mehr Kritikerei sondern Skandaliiirerei« [sei] – wir schließen uns dieser Anschauung des großen Gradnauer an.«⁴⁰ Darauf antwortete Rosa Luxemburg in der Ausgabe vom 18. Oktober: »Nun muß ich die ›Deutsche Wacht‹ leider enttäuschen, die Bemerkungen, die sie so gekränkt haben, wurden diesmal nicht von mir, sondern von meinem gut christlichen Kollegen geschrieben. Ich persönlich vermied bis jetzt, eigenhändig die antisemitische Presse anzufassen, weil ich bei dieser Berührung stets eine eigenartige Empfindung habe, die mich die Worte Gottfried Kellers paraphrasieren läßt: Hui, wie das krabbelt, wie das kriecht, Hui, wie das infernalisch riecht, Nun fahre hin, du liebe Ruh', eh, Grete, mach das Fenster zu, Es sind die Antisemiten.«⁴¹

Nur einen Tag später wurde freilich aufs Schärfste zurück»paraphrasiert«, die Antisemiten konnten doch nicht von Rosa Luxemburg lassen. Sie fragten, ob es denn überhaupt christliche Kollegen in der Redaktion der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« gebe: »Hui, wie das krabbelt, wie das kriecht, Hui, wie das infernalisch riecht, Nun fahre hin, du liebe Ruh', Geh Rosa, mach die Fenster zu – Es duftet zu sehr uns nach Juden.«⁴² Aufmerksam registrierten die antisemitischen Reformer dann auch das schnelle Ende der Redaktionszeit von Rosa Luxemburg in Dresden und steckten ihre Finger tief in die sozialdemokratische Wunde: »Der jetzige Reichstagsabgeordnete Gradnauer kämpft gegen die neue Chefredakteurin Rosa Luxemburg, der getaufte Jude gegen die ungetaufte Jüdin.«⁴³ Regelrecht begeistert waren die Antisemiten der »Deutschen Wacht« über die »lebhafte[n] inner[n] Kämpfe«⁴⁴ in der sächsischen Sozialdemokratie, die schließlich zum

Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952. Hrsg. von Mike Schmeitzner und Andreas Wagner. Beucha 2006. S. 52–88.

40 DW. 16. Oktober 1898. S. 3.

41 SAZ. 18. Oktober 1898. S. 3.

42 DW. 18. Oktober 1898. S. 3.

43 Genosse Gradnauer gegen Genossin R.L. In: DW. 25. Oktober 1898. S. 3.

44 Rosa Luxemburgs Abschied. In: DW. 3. November 1898. S. 3.

Rückzug Rosa Luxemburgs aus der Redaktion der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« führten.⁴⁵ Die Antisemiten beschlossen die Angelegenheit für sich dann auch mit dem zynischen Kommentar: »Schade, wir hatten uns von den Salbadereien der Frau Luxemburg noch manche genußreiche Stunde versprochen! Welcher Jude oder welche Jüdin wird nun sozialdemokratischer Chefredakteur in Dresden?«⁴⁶ Es sollte der getaufte Protestant und später konfessionslose Georg Ledebour sein.

Auseinandersetzungen zwischen antisemitischen Reformern und Sozialdemokraten waren in Dresden seit der Entstehung des Dresdner Reformvereins 1879 an der Tagesordnung, da beide eine ähnliche Klientel ansprachen. Für die Reformer stellte der Antisemitismus jedoch den Kern ihrer Weltanschauung dar. Wie oben beschrieben, suchten und fanden sie in »den Juden« das perfekte Feindbild für ihre wirtschaftlichen, religiösen und zunehmend auch rassistischen Verlautbarungen und Argumentationen. Je nach politischer Großwetterlage waren Verflechtungen, sei es aus pragmatischer oder ideologischer Perspektive, mit anderen konservativen Fraktionen, ob auf Stadtrats- oder Landesebene, eher die Regel als die Ausnahme.⁴⁷

August Bebel, der von 1878 bis 1881 selbst einen Dresdner Reichstagswahlkreis als Abgeordneter vertreten hatte und mit Rosa Luxemburg ein zumeist gutes Verhältnis pflegte, äußerte sich ganz als Kind seiner Zeit folgendermaßen über die Antisemiten und ihre Weltanschauung: »Die eigentlichen Träger des Antisemitismus, das kleine Gewerbe und der kleine Grundbesitz, haben von ihrem Standpunkte aus nicht so unrecht. Ihnen tritt eben das Kapital hauptsächlich in der Gestalt des Juden entgegen. In Hessen und anderen Teilen Südwestdeutschlands zum Beispiel, wo ich die Verhältnisse kenne, da sind die Hypotheken in den Händen der Juden und die Käufer agrarischer Produkte auf allen Märkten sind Juden. Dadurch erscheinen alle schlimmen Wirkungen des Kapitalismus den Leuten immer in der Gestalt des Juden, und da ist es ganz natürlich, daß diese Schichten, die nicht

45 Siehe hierzu den Beitrag von Rolf Ziegenbein im vorliegenden Heft.

46 Rosa Luxemburgs Abschied. In: DW. 3. November 1898. S. 3. – In der Ausgabe vom 8. November 1898 (S. 3) druckte die »Deutsche Wacht« sogar Textpassagen aus Rosa Luxemburgs Abschiedserklärung, die wiederum in der »Leipziger Volkszeitung« erschien.

47 Zu den inhaltlichen Überschneidungen zwischen Konservativen und Antisemiten siehe Retallack: Red Saxony. S. 188–192; ders.: Herrenmensch und Demagogentum. Konservative in Sachsen und Baden. In: Sachsen in Deutschland. Politik, Kultur und Gesellschaft 1830–1918. Bielefeld 2000. S. 117/118 und 137–139, und Piefel: Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen. S. 144–147.

gewohnt sind, viel über das kapitalistische System zu grübeln, sondern sich an die Formen und Erfahrungen halten, in denen es ihnen gegenüber tritt, dem Antisemitismus verfallen. Das Kleingewerbe wird wiederum sehr stark von der Konkurrenz der jüdischen Handelsgeschäfte getroffen. So sind die Kleider-, die Schuhläden, die Läden mit Manufakturwaren etc. fast ausschließlich in Händen der Juden und die Konkurrenz derselben ist für diese Schichten erdrückend. Bei den Offizieren und Beamten liegen andere Gründe vor. Ein großer Teil derselben macht Schulden und der Kreditgeber ist wiederum sehr oft ein Jude. Daher ihr Hass gegen dieselben. Die Studenten mögen wiederum die Juden nicht, einesteils weil sie nicht selten ebenfalls im Schuldverhältnis zu ihnen stehen, andererseits weil die Juden als Studierende oft fleißiger und als Rasse [!] wohl auch intelligenter sind. Das hängt also alles mit den ökonomischen Zuständen mehr oder weniger zusammen. Im Osten, wo die Juden arm und oft Arbeiter, auch Bauern sind, ist es anders. Was an Juden zu uns kommt, ist meist schon der ausgesuchtere Teil, es sind die intelligenteren, die in der Konkurrenz die größeren Chancen haben. [...] Die Deutschen erkennen den Juden leicht und betrachten ihn daher als Fremden, namentlich spielt bei geringer Geisteskultur die Frage der Rasse [!] immer eine große Rolle. So kann man sich den Antisemitismus aus der Tatsächlichkeit der Verhältnisse vollkommen erklären, wozu noch kommt, das er von allerhand Leuten künstlich gezüchtet und geschürt wird.«⁴⁸ Bebel vergaß leider zu erwähnen, dass jüdische Mitmenschen seit dem Mittelalter immer mehr von der christlichen Mehrheitsgesellschaft und damit auch von vielen Berufsfeldern ausgegrenzt und so in bestimmte Tätigkeiten, wie in den Handel oder Geldverleih, gedrängt wurden. Auch eine Teilung der Menschen in »Rassen« ist für Bebel an dieser Stelle realiter.⁴⁹ Rassistische

48 Hermann Bahr: Der Antisemitismus. Ein internationales Interview. In: »Deutsche Zeitung«. Wien. 6. April 1893. S. 1/2. – Im Band 3 der von Claus Pias herausgegebenen Kritischen Texte in Einzelausgaben (2., verb. Aufl. Weimar 2013) befinden sich Babels Interview-Texte auf den Seiten 20 bis 25.

49 Zu den damals zeitgenössischen Stereotypen über »die Juden«, die auch stellenweise bei Bebel auftauchen, siehe ders.: Sozialdemokratie und Antisemitismus. 27. Oktober 1893. In: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 3. Bearb. von Anneliese Beske [u.a.] München [u.a.] 1995. S. 363–397, insbesondere S. 369/370. Siehe auch Rosemarie Leuschen-Seppe: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914. Bonn 1978, und Ludger Joseph Heid: Juden in der deutschen Arbeiterbewegung vor, während und nach dem Großen Krieg. In: Spurensuche. Das Vermächtnis Rosa Luxemburgs für deutsche und israelische Linke. Hrsg. von Angelika Timm. Tel Aviv 2009. S. 17ff. – Für den Hinweis darauf danke ich Eckhard Müller.

Komponenten als Alleinstellungsmerkmal des Antisemitismus⁵⁰ fanden infolge des Gründerkrachs und solcher Vordenker wie Wilhelm Marr, Adolf Stöcker oder August Rohling in den 1870er Jahren bis weit in die »Mitte der Gesellschaft« Adressaten.⁵¹ Auch die Sozialdemokraten waren also keineswegs immer ganz frei von Antisemitismus, erkannten jedoch im Gegensatz zu den Antisemiten in der Klassengesellschaft des Kaiserreiches dessen Ursprung.

Selbst nachdem Rosa Luxemburg Dresden verlassen hatte, blieb ihr die sächsische Polizei noch auf den Fersen. So notierte beispielsweise ein Leipziger Polizeiinspektor in einer für das Innenministerium bestimmten Übersicht: »Die Leipziger Volkszeitung als Organ der extrem radikalen [linken] Richtung trat unter der Leitung R. Ls noch schärfer zu Tage.«⁵² Die Forderung bzw. Billigung von Generalstreiks war der Behörde ein Dorn im Auge.⁵³ Etwa zur gleichen Zeit gab ein Aufsatz Rosa Luxemburgs in der »Neuen Zeit«⁵⁴, in der sie »Gewalt [...] als ultima ratio auch der Arbeiterklasse« auffasste, den nächsten Angriffspunkt für die Antisemiten in Dresden. Für die »Deutsche Wacht« hatte »die exaltierte Jüdin«⁵⁵ damit den Beweis erbracht, dass »die Sozialdemokratie [...] Gewalttaten grundsätzlich nicht abgeneigt sei«.⁵⁶

50 Im Vergleich zum gegen die jüdische Religion gerichteten Antijudaismus.

51 Siehe Thomas Gräfe: Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie. 3., erw. und überarb. Aufl. Norderstedt [2016]. S. 137–168, und grundlegend dazu Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Wolfgang Benz. Bd. 1–8. Berlin [u.a.] 2008–2015.

52 Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden HStADD). 10736 Ministerium des Innern. Nr. 10992. Bl. 282rs / Übersicht über die politische und gewerkschaftliche Bewegung im 12. und 13. Reichswahlkreis Leipzig Stadt und Land während des Jahres 1902 verfasst von Polizeiinspektor Förstenberg.

53 Siehe ebenda.

54 Siehe Rosa Luxemburg: Und zum dritten Male das belgische Experiment. In: Die Neue Zeit. Stuttgart. Jg. 20.1901/1902. Bd. 2. Nr. 7. S. 203–210 (Teil 1/2), und Nr. 9. S. 274–280 (Teil 3). – Teil 1 trägt den Untertitel »Zur Antwort an Genosse E. Vandervelde«, Teil 2 »Der Generalstrike« und Teil 3 »Gewalt und Gesetzmäßigkeit«. (Siehe auch Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 1/2. Berlin 1970. S. 229–248. Zum argumentativen Kontext der Textpassage »Gewalt ist und bleibt die Ultima ratio auch der Arbeiterklasse« siehe ebenda. S. 247.) Kontext und Dialektik der ausführlichen Argumentation von Rosa Luxemburg zur Rolle der Gewalt in der Geschichte des Klassenkampfes müssen daher zwingend der Interpretation der »Deutschen Wacht« entgegengesetzt werden. – Für den Hinweis danke ich Eckhard Müller.

55 Rosa Luxemburg plaudert aus der Schule. In: DW 10. Juni 1902. S. 2.

56 Siehe ebenda.

Im Kampf um höhere Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit war in Dresden besonders seit 1903 ein Anwachsen der Streikbewegung zu verzeichnen, die kaum einen Industriezweig aussparte. Zwischen 1903 und 1909 wurden 185 Streiks in mehreren hundert Betrieben registriert. Dabei betrug die Höchstzahl der gleichzeitig die Arbeit verweigernden Arbeiter und Arbeiterinnen 6400.⁵⁷ Während dieser Krisenjahre entwickelte sich auch eine starke und gut organisierte proletarische Frauenbewegung, die sich unter anderem bei Arbeitskämpfen in der Zigarettenindustrie profilierte, als 3000 Arbeiterinnen für ihre gewerkschaftlichen Rechte streikten.⁵⁸ Nun kam es auch verstärkt zu politischen Demonstrationen gegen den Zarismus sowie gegen das die Arbeiterschaft ausgrenzende, vergleichsweise überholte sächsische Wahlsystem.⁵⁹

Dass in Dresden gemäßigte Sozialdemokraten bzw. Revisionisten wie der bereits erwähnte Georg Gradnauer und August Kaden seit 1905 zunehmend an Einfluss gewannen, hängt auch mit der sozialen Struktur der Arbeiterschaft zusammen. Im Unterschied beispielsweise zu Leipzig, wo einfache Arbeiter und Arbeiterinnen dominierten, gab es in der Residenzstadt zahlreiche Facharbeiter und Spezialisten.⁶⁰ Verstärkt wurde diese Entwicklung durch eine an der Spitze von SPD und Gewerkschaften sich etablierende, oftmals aus dem Bürgertum stammende, gut gebildete Elite, welche auch als »Arbeiteraristokratie« zynisch verlacht wurde. Gelbe Gewerkschaften und kirchliche Arbeitervereine, wie der evangelische Arbeiterverein trugen zu einer weiteren Schwächung der proletarischen Bewegung bei. Dennoch oder gerade deswegen gewann die Dresdner Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1898 über fünfzig Prozent und 1903 sogar 62,4 Prozent der Stimmen.⁶¹ Die »Sächsische Arbeiter-Zeitung«, 1908 mit dem neuen

57 Siehe Friedrich Schäfer: Arbeiterverhältnisse und soziale Fürsorge. In: Otto Richter (Hrsg.): Dresdens Entwicklung in den Jahren 1903 bis 1909. Festschrift des Rates der Kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden zur Einweihung des neuen Rathauses am 1. Oktober 1910. Dresden 1910. S. 197–236, hier S. 212.

58 Siehe Rudolf Förster: Damals in Dresden. Porträt einer Stadt um 1900. Berlin 1988. S. 114.

59 Siehe zu den Demonstrationen Simone Lässig: Der »Terror der Straße« als Motor des Fortschritts? Zum Wandel der politischen Kultur im »Musterland der Reaktion«. In: Sachsen im Kaiserreich. Hrsg. von Simone Lässig und Karl Heinrich Pohl. Weimar 1997. S. 191–237. Zum Wahlgesetz siehe Josef Matzerath: Aspekte sächsischer Landtagsgeschichte. Präsidenten und Abgeordnete von 1833 bis 1952. Dresden 2001. S. 89–93.

60 Siehe Sven Brajer: Reflektionen der »Oktoberrevolution« 1917 im »Roten Königreich« Sachsen (Tagungsbeitrag im Druck).

61 Siehe Statistisches Jahrbuch der Stadt Dresden. Jg. 1905. S. 68.

Namen »Dresdner Volkszeitung« unter Georg Gradnauers Leitung zum eher zentristischen Blatt gewandelt, behauptete sich als ein auflagenstarkes Massenblatt, das sich mit der Phalanx der großen konservativen und nationalistischen bzw. völkischen Blätter messen durfte. Bis 1914 erreichte die Zeitung eine Auflage von 36000 Exemplaren.⁶² Die SPD war 1914 in Sachsen die stärkste Mitgliederpartei. Daher verwundert es auch nicht, wenn der konservative Innenminister Graf Vitzthum von Eckstädt nach Kriegsbeginn im September 1914 seine Hoffnung auf reformorientierte Sozialdemokraten setzte: Wenn »jemals der Versuch gemacht werden soll, die Arbeiterschaft aus sich heraus zu einer politischen Gesundung [!] zu führen, so ist dies nur in Zeiten der nationalen Erhebung möglich, wie wir sie jetzt haben. Eine günstigere Gelegenheit dürfte in den nächsten 100 Jahren kaum je wieder kommen.«⁶³

Bereits einige Jahre zuvor hatten freilich einige Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die drohende Kriegsgefahr erkannt. So resümierte Rosa Luxemburg in ihrer Dresdner Rede 1911 wie viele andere die Risiken, die der sogenannte Panthersprung nach Agadir heraufbeschwor.⁶⁴ Während sich die Zeitungen der Reformpartei diesmal in der Bewertung der antiimperialistischen Rede zurückhielten, dominierten die auflagenstarken »Dresdner Neusten Nachrichten« die Berichterstattung und beschworen das Schlimmste für Adel und Bürgertum: »Rosa Luxemburg hat aus ihrem Herzen der Wahltaktik zuliebe gestern keine Mördergrube gemacht. Ihre Deutlichkeit wird auch dem Naivsten sagen, was diejenigen, die anderen Glaubens sind und denen die hübschen Kosenamen für Monarchie, Armee und Bürgertum anders ins Ohr klingen wie den überzeugten Genossen, als *Mitläufer* zu erwarten haben. Die Moral: nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber.«⁶⁵

62 Siehe Fritz Staudé: Sachsen im preußisch-deutschen Reich (1871–1917/18). In: Sächsische Geschichte im Überblick. Beiträge zur Landesgeschichte 1917–1945 und 1945–1952. Dresden 1984. S. 27–41, hier S. 34 (Sächsische Heimatblätter. Jg. 30. Heft 4).

63 Christoph Johann Friedrich Vitzthum von Eckstädt an Ernst von Salza und Lichtenau, 9. September 1914. In: HStADD. Bestand 10736. 10999 Ministerium des Innern. Bl. 53/54 bzw. 46/47, hier 54 bzw. 47rs.

64 Zur Rede im Einzelnen und dem sogenannten Panthersprung siehe den Beitrag von Eckhard Müller im vorliegenden Heft.

65 »Dresdner Neueste Nachrichten« (im Folgenden DNN). 13. Dezember 1911. S. 3. – Siehe den Wiederabdruck im vorliegenden Heft S. 125/126.

Die »Dresdner Neusten Nachrichten« sprachen von 2000 Zuhörern im Deutschen Kaiser: Zwei Stunden Vortrag ohne »daß der Unbefangene etwas Neues vernommen hätte. Man erinnert sich noch aus den Tagen des Dresdner Parteitags der wüsten Uebertreibungen und radikalistischen Phrasen. [...] Der gegenwärtige Krieg sei nur der Anfang einer Reihe weiterer Kriege. Wer ein Kriegsschiff nach Afrika schicke, wünsche nicht, den Frieden zu erhalten.«⁶⁶ Die »Dresdner Neuesten Nachrichten« unterstützten, wie der »Dresdner Anzeiger« und die »Dresdner Nachrichten«, nationalistische Vereine und Verbände, so vor allem den Alldeutschen Verband.⁶⁷ Dessen 1898 gegründete Dresdner Ortsgruppe besaß seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ungeahnten Einfluss und galt neben dem seit 1879 existierenden Reformverein als größter nationalistisch und spätestens seit Beginn des Ersten Weltkriegs auch völkisch agierender Verband. Er zählte 1905 beispielsweise jeden zweiten Abgeordneten des Stadtrates zu seinen Mitgliedern.⁶⁸

Als Rosa Luxemburg im Kaiser in Dresden-Pieschen ihre große Rede hielt, wurde vor allem die Altstadt mit rechtslastigen Veranstaltungen regelrecht überflutet: Am 10. März 1911 hielt der Archivar und einflussreiche Historiker Armin Tille, seit 1907 fest angestellter Bibliothekar des Sächsischen Landtages⁶⁹, in der Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe der Alldeutschen einen Vortrag zum Thema »Über die nationale Bedeutung des Rasseproblems«. ⁷⁰ Darin äußerte sich Tille eindeutig dahingehend, dass

66 Ebenda.

67 Vielsagend ein Auszug aus der Satzung vom November 1903: »§1 Der Alldeutsche Verband erstrebt Belebung der deutschnationalen Gesinnung, insbesondere Weckung und Pflege des Bewußtseins der rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile [...] § 2.1 Erhaltung des Deutschtums in Europa und über See [...] 2.2. Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums; 2.3. [...] Bekämpfung aller Kräfte, die unsere nationale Entwicklung [gemeint sind »Sozialdemokraten, Linksliberale, Juden und nationale Minderheiten«] hemmen [...] 2.4 für eine staatskräftige deutsche Interessenpolitik in der ganzen Welt, insbesondere Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen«. (Handbuch des Alldeutschen Verbandes. 22. Aufl. 1918. o.O. o.S.)

68 Gerald Kolditz: Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes in Dresden zwischen 1895 und 1918 (im Folgenden Kolditz: Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes). Bd. 1. Dresden 1994. S. 146.

69 Kolditz: Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes. Bd. 2 (Anhang). Anhang B Biographien 4. Armin Tille. – Zitat ebenda.

70 »Dresdner Anzeiger« (im Folgenden DA). 12. März 1911. S. 6.

»grundsätzlich jede Blutmischung zwischen Deutschen und Negern oder Mongolen verboten bzw. strafrechtlich verfolgt wird.«⁷¹ Körperlich oder geistig behinderte Menschen diskreditierte er als »Krüppel«⁷² und stellte sie mit Verbrechern auf eine Stufe. Ihnen wollte er die Ehe verbieten.⁷³ »Der nationale Selbsterhaltungstrieb« sollte über das »Mitleid mit dem Individuum« triumphieren.⁷⁴ Tille forderte ein amtliches Gesundheitsattest, das zukünftigen Ehepartnern physische und psychische Stabilität attestieren sollte.⁷⁵ Er verlangte vor allem von den »höheren Schichten«⁷⁶, möglichst jung Familien zu gründen.⁷⁷

In Tilles Vortrag und Ansichten finden sich 1911 bereits Gedanken, die während des Nationalsozialismus in den sogenannten Nürnberger Rassegesetzen und der Ermordung von Psychiatriepatienten und Behinderten grauenhafte Realität wurden.⁷⁸ Der »Dresdner Anzeiger« berichtete über zahlreiche Teilnehmer, die Tilles Ausführungen lebhaften Beifall spendeten.⁷⁹ Nur einen Tag später lud die Dresdner Ortsgruppe des antipolnischen Deutschen Ostmarkenvereins⁸⁰ in Meinholds Sälen, einem großzügigen Balllokal mit Wintergarten in der Moritzgasse 10, zu einer gut besuchten Versammlung ein.⁸¹ Dabei ging es um die preußische Siedlungspolitik in den mehrheitlich von Polen bewohnten preußischen Ostprovinzen, wie die »Dresdner Neuesten Nachrichten« in ihrer Abendausgabe berichteten.⁸² Der

71 StADD. ADV-OG Nr. 50. Bl. 91.

72 Ebenda.

73 Siehe Kolditz: Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes. Bd. 1. S. 257.

74 StADD. ADV-OG Nr. 50. Bl. 91.

75 Siehe Kolditz: Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes. Bd. 1. S. 257.

76 Ebenda.

77 Siehe StADD. ADV-OG Nr. 50. Bl. 91.

78 Darum ist es kaum verwunderlich, dass Tille 1937 vom NS-Reichsstatthalter in Thüringen, Fritz Sauckel, für seine »wissenschaftlichen Leistungen« zum Ehrenmitglied der Thüringischen Historischen Kommission eingesetzt wurde. (Siehe Kolditz: Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes. Bd. 2. Anhang B Biographien 4. Armin Tille. o.S.)

79 DA. 12. März 1911. S. 6.

80 In ihm war auch der Ortsvorsitzende des Alldeutschen Verbandes Eugen Hopf tätig.

81 DNN. Nr. 71, 12. März 1911. S. 3.

82 Ebenda. – Artikel 1 der Satzung des Deutschen Ostmarkenvereins lautete: »Ziel des Vereins ist Kräftigung und Sammlung des Deutschtums in den mit polnischer Bevölkerung durchsetzten Ostmarken des Reichs und Hebung und Befestigung deutsch-nationalen Empfindens sowie durch Vermehrung und wirtschaftliche Stärkung der deutschen Bevölkerung.« (Sabine Grabowski: Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straz 1894–1914. Marburg 1998. S. 65.)

Vortragende, Generalsekretär des Ostmarkenvereins Berlin, Victor Schoultz, appellierte unter großem Beifall an die Zuhörer, die »Regierung an die Erfüllung ihrer vaterländischen Aufgaben zu erinnern und dabei mitzuhelfen«, damit das »Deutschtum in den Ostprovinzen vor der Ausrottung geschützt werde«.⁸³

Die jahrelange Propaganda nationalistischer Organisationen blieb nicht folgenlos. Als der Historiker und völkische Rassenforscher Albrecht Wirth, ein Wanderredner des Alldeutschen Verbandes, am 29. August 1911 im großen Saal des Tivoli zum damals aktuellen Thema »Marokko – eine deutsche Macht- und Ehrenfrage« referierte, hatten sich mehr als 2400 Zuhörer eingefunden.⁸⁴ Wirth forderte, mit harter Hand, gegebenenfalls auch mit kriegerischen Mitteln, gegen die kolonialen Mitbewerber Frankreich und England vorzugehen. Währenddessen gelang es der Dresdner Sozialdemokratie, sicher nicht zuletzt auch dank des agitatorischen Engagements von Rosa Luxemburg, Gegendemonstrationen mit mehreren Tausend Menschen zu organisieren.⁸⁵ Dies änderte aber nichts daran, dass sich der Alldeutsche Verband und andere nationalistische Organisationen besonders gegenüber der Reichsregierung, öffentlichkeitswirksam als die vermeintliche Gesamtstimme des Volkes⁸⁶ darstellten.⁸⁷ Unzufrieden mit der politischen Linie der Reichsregierung in der Marokkofrage forderten die Alldeutschen eine »völkische Diktatur«.⁸⁸ Deutschland benötige mehr Platz zur geographischen Entfaltung⁸⁹, verkündete der Münchner Geschichtspräsident Graf du Moulin-Eckart ganz im Sinne des Verbandsvorsitzenden der Alldeutschen Heinrich Claß am 25. November 1911.⁹⁰ Um ein möglichst großes Publikum für derartige Veranstaltungen der Dresdner Alldeutschen zu mobilisieren,

83 DNN. 12. März 1911. S. 3. – Alle Zitate ebenda.

84 Kolditz: Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes. Bd. 1. S. 264.

85 Siehe dazu exemplarisch Simone Lässig: Der »Terror der Straße« als Motor des Fortschritts? Zum Wandel der politischen Kultur im »Musterland der Reaktion«. In: Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch. Hrsg. von Simone Lässig und Karl Heinrich Pohl. Weimar 1997. S. 191–239.

86 Zur »Schicksalsgemeinschaft« des deutschen Volkes, die dem Verfassungsstaat gegenübersteht siehe Götz Aly: Volk ohne Mitte. Die Deutschen zwischen Freiheitsangst und Kollektivismus. Frankfurt am Main 2015. S. 23.

87 Siehe Kolditz: Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes. Bd. 1. S. 264/265.

88 Ebenda. S. 266.

89 Die Nazis nannten das später »Volk ohne Raum«, analog zu Hans Grimms gleichnamigem völkischen Roman aus dem Jahr 1926.

90 Siehe Kolditz: Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes. Bd. 1. S. 265.

verteilte die Expedition des »Dresdner Anzeigers« und der »Dresdner Nachrichten« kostenlos Eintrittskarten.⁹¹

Wie gezeigt werden konnte, herrschte in Dresden um 1900 ein politisch polarisiertes Klima, das in hohem Maße durch die medialen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und antisemitischen Reformern geprägt wurde. Obwohl Rosa Luxemburg 1898 nur wenige Wochen redaktionelle Verantwortung in Dresden trug, hinterließ der verbale Schlagabtausch zwischen der von ihr als Chefredakteurin geleiteten »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« und der »Deutschen Wacht« Spuren.

Der rassistisch konnotierte Antisemitismus war in der Stadt jedoch bereits spätestens seit 1879 anzutreffen und sollte nach 1933 unermessliches Leid verursachen. Der Deutsche Reformverein Dresden und später die Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes haben dafür weltanschauliche »Weichen« gestellt.

Auch nach ihrem Weggang aus Dresden wurde Rosa Luxemburg von rechten und konservativen Medien und der sächsischen Polizei weiterhin kritisch beäugt. Obwohl die Sozialdemokratie in der sächsischen Landeshauptstadt zeitweilig erstaunliche Wahlerfolge verbuchen konnte, war die Dresdner Gesellschaft, ob medial, ökonomisch oder von exekutiver und legislativer Seite betrachtet, um 1900 zum Großteil fest im konservativen Lager mit Drall nach rechts verortet. Diese Erfahrung musste auch Rosa Luxemburg in Dresden wiederholt machen.

91 Siehe ebenda.

SONJA KOCH

Marie Stritt und Rosa Luxemburg – zwei Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht in Sachsen

Bereits 1876 forderte Hedwig Dohm das Frauenwahlrecht als Grundvoraussetzung der Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen Leben ein.¹ Es dauerte bis 1918, um diese Forderung durchzusetzen. 2019 blicken wir auf 100 Jahre zurück, in denen Frauen wählen dürfen und gewählt werden können.² Dies ist Anlass, erste Schritte sächsischer Parlamentarierinnen schlaglichtartig zu beleuchten und den Anteil der Dresdnerin Marie Stritt am Gelingen zu würdigen. Danach wird der Beitrag Rosa Luxemburgs zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts in Deutschland besprochen, was anhand ihrer Schrift »Frauenwahlrecht und Klassenkampf«³ zum Zweiten Sozialdemokratischen Frauentag in Stuttgart 1912 erfolgt.

Die Quellenlage zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts in Sachsen ist sehr lückenhaft. Erste systematisierte Informationen finden sich in wissenschaftlichen Arbeiten, die in den 1970er und 1980er Jahren zu Leben und Werk von Clara Zetkin an der gleichnamigen Pädagogischen Hochschule in Leipzig entstanden. Diese sind leider nicht mehr zugänglich. Erst nach 2006 gelingt mit der Arbeit von Lutz Vogel ein inhaltlicher und statistischer Überblick, der durch eine Ausstellung im Sächsischen Landtag anschaulich ergänzt wurde.⁴

- 1 Siehe Gisela Bock: *Geschlechtergeschichten der Neuzeit. Ideen, Politik, Praxis*. Göttingen 2014. S. 176f.
- 2 Siehe Gisela Notz: »Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!« Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht. Bonn 2008 (Friedrich-Ebert-Stiftung. Historisches Forschungszentrum. Gesprächskreis Geschichte. H. 80).
- 3 Siehe Rosa Luxemburg: *Frauenwahlrecht und Klassenkampf*. In: *Frauenwahlrecht!* Hrsg. zum Zweiten Sozialdemokratischen Frauentag von Clara Zetkin. Stuttgart. 12. Mai 1912 (im Folgenden: Luxemburg: *Frauenwahlrecht*). S. 8–10 (Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke* (im Folgenden: *GW*). Bd. 3. 6., überarb. Aufl. Berlin 2003. S. 159–165).
- 4 Lutz Vogel: *Leben und Wirken der ersten Parlamentarierinnen im Sächsischen Landtag der Weimarer Republik (1919–1933)*. Magisterarbeit am Fachbereich Geschichte der TU Dresden (im Folgenden *Vogel: Leben und Wirken*). – Als allgemeinere Darstellungen zum Thema siehe auch Astrid Franzke: *Die Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht im Spie-*

Eine der weniger bekannten, aber sehr aktiven Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht war die Dresdnerin Marie Stritt. Als Marie Bacon 1855 in Schäßburg (Siebenbürgen/Rumänien) geboren, stammte sie aus einer Rechtsanwaltsfamilie. Obwohl für sie mit zwölf Jahren die Schulbildung formal abgeschlossen war, erhielt sie auf Initiative ihrer Eltern – besonders ihrer Mutter Therese Bacon – mit ihren Geschwistern noch bis zum 17. Lebensjahr Privatunterricht. Schwerpunkt der Ausbildung waren alle gymnasialen Fächer und der Sprachunterricht. Mit 19 Jahren begann sie in Wien ein zweijähriges Schauspielstudium. Im Anschluss hatte sie sehr erfolgreiche Engagements. Sie heiratete mit 24 Jahren ihren Sängerkollegen Albert Stritt. Nach der Geburt ihrer zwei Kinder beendete sie eine vielversprechende Karriere und nahm nur noch hin und wieder einige Gastspiele wahr. Als Albert Stritt 1890 an das Dresdner Hoftheater verpflichtet wurde, zog die Familie in die sächsische Residenzstadt. Hier begann auch Marie Stritts politisches Engagement.

Den Kontakt zur deutschen Frauenbewegung verdankte sie in erster Linie ihrer Mutter Therese Bacon, die sie 1890 zur Feier des 25jährigen Bestehens des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF) mitnahm. Dort lernte Marie Stritt die Frauenrechtlerinnen der ersten Generation kennen und knüpfte intensive Kontakte zu ihnen.

Marie Stritt war bereits 1894 gemeinsam mit Adele Gamper zur Initiatorin der ersten Rechtsschutzstelle für Frauen in Deutschland geworden, die ihren Sitz in der Vitzthumstraße 7 in Dresden hatte. Dieser Verein half Frauen, bestehende rechtliche Ansprüche in Ehe und Beruf praktisch durchzusetzen. Er ermöglichte Frauen eine kostenlose Rechtsberatung und gewährte Rechtsbeistand in Ehe- und Familienstreitigkeiten, Mietangelegenheiten und Allimentationsfragen. Ziel des Ganzen war es, Prozesse zu verhindern, Klagen der Klientinnen auf juristische und moralische Berechtigung zu prüfen, den Frauen Mittel und Wege aufzuzeigen, wie sie zu ihrem Recht kommen könnten, sowie, wenn nötig, Frauen zu helfen, sich auf den Prozess vorzubereiten.⁵ Das sogenannte »Modell Dresden« strahlte national und international aus.⁶

gel unterschiedlicher Bewegungen. In: Menschenrechte sind auch Frauenrechte. Hrsg. von Ilse Nagelschmidt [u.a.] Leipzig 2002. S. 111–132 (Leipziger Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung. Bd. 2).

5 Die erste biografische Arbeit veröffentlichte Elke Schüller: Marie Stritt. Eine »kampffrohe« Streiterin in der Frauenbewegung (1855–1928). Mit dem erstmaligen Abdruck der unvollendeten Lebenserinnerungen von Marie Stritt eingel. und redig. von Kerstin Wolff. Hrsg.

Marie Stritt begriff schon frühzeitig, dass Änderungen der Frauenrechte nicht ausreichten, um Veränderungen der patriarchalen Gesellschaft herbeizuführen. Sie ging davon aus, dass nur die Durchsetzung der für die damaligen Verhältnisse provokativen Forderung nach dem Frauenstimmrecht die gesellschaftliche Stellung der Frauen nachhaltig verbessern würde. Dies sah sie als grundlegende Voraussetzung an und setzte ihre ganze Kraft dafür ein. Im Juni 1900 hatte sie in Paris an einem internationalen Frauenkongress teilgenommen, über den sie in einem Artikel berichtete: »Alle fordern volle Gleichberechtigung mit dem Manne in Erziehung, Berufs- und Erwerbsleben, Gesetzgebung, alle zogen die letzten Konsequenzen, und doch war dies nur der ›gemäßigte‹ Kongress – der radikale [...] wird erst im Herbst tagen. Er wird selbstverständlich das politische Stimmrecht fordern, das einzige Frauenrecht, das hier nicht auf der Tagesordnung stand, das nicht diskutiert, nicht gefordert, aber bei jeder Erwähnung stürmisch bejubelt wurde.«⁷

Sie hatte die Erfahrung gemacht, dass nur ein gemeinsamer, abgestimmter Kampf Aussicht auf Veränderung brachte. Deshalb arbeitete sie von 1899 bis 1910 als Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine.

Bedingt durch die soziale Differenzierung und die daraus resultierenden politischen Ziele und Umsetzungsvorstellungen war der Kampf um das Frauenwahlrecht in Deutschland besonders schwierig. 1911 drohte die Frauenstimmrechtsbewegung aufgrund von inhaltlichen und taktischen Differenzen zu zerbrechen. Zu diesem Zeitpunkt übernahm Marie Stritt die Leitung der Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht. Bemerkenswerterweise gelang es ihr, die unterschiedlichen Strömungen und parteipolitisch beeinflussten Bewegungen wieder zusammenzuführen.

Im Jahr 1916 schlossen sich der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht und die Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht zum Deutschen

vom Archiv der deutschen Frauenbewegung. Königstein/Taunus 2005. – Anke John untersuchte bereits 1997 das Wirken des Dresdner Rechtsschutzvereins und erarbeitete einen statistischen Überblick über dessen Arbeitsschwerpunkte. (Siehe Anke John: Das Leben und Wirken der Marie Stritt. Fachbereich Geschichte an der TU Dresden 1997.) – Siehe auch Frauen in Dresden [Red.: Marlies Koch, Iris Schilke]. Dresden 1993. S. 93ff.

6 Siehe Beatrix Geisel: Klasse, Geschlecht und Recht. Vergleichende sozialhistorische Untersuchung der Rechtsberatungspraxis von Frauen- und Arbeiterbewegung (1894–1933). Baden-Baden 1997. S. 76ff.

7 Marie Stritt: Der Internationale Kongreß für Frauenwerke und Frauenschöpfungen in Paris. In: Die Frau. Monatsschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit. Hrsg. von Helene Lange. Berlin. Jg. 7. 1900. H. 11. S. 645.



Berliner Illustrierte Zeitung. Jg.22. Nr.24, 12.Juni 1904. Titelseite: Frau Marie Stritt, Präsidentin des großen internationalen Frauenkongresses in Berlin und Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine.

Reichsverband für Frauenstimmrecht zusammen. Gemeinsam mit Li Fischer-Eckart übernahm Marie Stritt dessen Vorsitz.

Nachdem infolge der Novemberrevolution 1919 ihr großes politisches Ziel, das Frauenwahlrecht, erreicht war, beendete Marie Stritt keineswegs ihre politische Tätigkeit. Nach einer erfolglosen Kandidatur für die Deutsche Demokratische Partei⁸ in den Wahlen zur Nationalversammlung engagierte sie sich vor allem in der Dresdner Kommunalpolitik.⁹ Als Stadträtin in Dresden wird sie in den Akten nicht ausdrücklich benannt. Ihr wird allerdings die Mitgliedschaft in verschiedenen Ausschüssen bescheinigt, wie z. B. im Beamtenwahl-Ausschuss, im Wohlfahrtspolizei-Ausschuss, im Ausschuss für das höhere Schulwesen sowie dem Schul-Ausschuss. Außerdem arbeitete sie in der Kommission für das höhere Schulwesen und in einem Stiftungskuratorium mit.¹⁰

8 Die Deutsche Demokratische Partei wurde 1918 gegründet und als linksliberal eingeschätzt.

9 Siehe Sonja Koch: Marie Stritt – Frauenrechtlerin im Kaiserreich. In: Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte. Jg. 18. 2000. H. 62. S. 79ff.

10 Siehe Stadtarchiv Dresden. Litt. A Na.53. Akten der Stadtverordneten zu Dresden betr. die gemischten Ausschüsse. Bd. V. S. 121ff.

Ihre umfangreichen Kenntnisse und Kompetenzen sowie ihr internationaler und nationaler Bekanntheitsgrad machten Marie Stritt zur Expertin. Ein wichtiger frauenpolitischer Vorteil für die aktiven Dresdnerinnen war die enge Zusammenarbeit im Stadtbund Dresdner Frauenvereine. Auch dieser Zusammenschluss ging auf die Initiative von Marie Stritt zurück. 1919 hatte sie angeregt, dass sich mehr als 50 Vereine zusammenschlossen und ihr Vorgehen aufeinander abstimmten.¹¹ Marie Stritt »gehörte zu den Querdenkerinnen und Grenzgängerinnen zwischen den Fronten«¹². Sie war zudem eine der Kämpferinnen für die Durchsetzung des Frauenwahlrechts in Deutschland.

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurde in Deutschland erstmals das allgemeine und gleiche Wahlrecht angewandt. Zur Sächsischen Volkskammer fanden die Wahlen am 2. Februar 1919 statt. Sie ermöglichten Frauen nach vielen Jahren des Kampfes und letztlich auch eines gemeinsamen Vorgehens der bürgerlichen und demokratischen Frauenbewegung die politische Partizipation. Obwohl die Durchsetzung des Frauenwahlrechts ab 1919 den Frauen neue Möglichkeiten der direkten politischen Einflussnahme eröffnete, blieben politisch aktive Frauen in der Minderheit. Zwischen 1919 und 1933 kandidierten in Sachsen für die Volkskammer und den Landtag insgesamt 200 Frauen für 15 verschiedene Parteien oder Listen als Abgeordnete. Den Sprung ins Parlament schafften in diesem Zeitraum aber nur 19.¹³

Lutz Vogel analysiert in seiner Arbeit »zahlreiche erfolglose Frauenkandidaturen nach vorhergehender Parlamentszugehörigkeit«¹⁴. Er weist darauf hin, dass es im angegebenen Zeitraum »in keiner Partei eine weibliche Spitzenkandidatin gegeben hat«¹⁵. Frauen rangierten oftmals auf hinteren oder aussichtslosen Listenplätzen. Die Gründe dafür sind quellengestützt nicht nachweisbar, lassen somit Platz für Spekulationen oder Aktualisierungen. Offenbar waren sowohl parlamentarische Erfahrungen als auch »eine gute Verwurzelung in der Partei nötig, denn diese entschied mit der

11 Siehe Gertraut Enderlein: *Dresdner Frauen in ihren Vereinen*. In: *Dresdner Kalender. Jahrbuch 1929 und Chronik. Über das künstlerische, geistige und wirtschaftliche Leben in Dresden*. Dresden 1929. S. 127.

12 Ute Gerhard: *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*. Unter Mitarbeit von Ulla Wischermann. Hamburg 1990. S. 177.

13 Siehe Vogel: *Leben und Wirken*. S. 24.

14 Ebenda. S. 26.

15 Ebenda. S. 27.

Listenaufstellung schon zu einem Großteil über die Erfolgchancen der Kandidatur«¹⁶.

In der Nationalversammlung und im Reichstag waren von 1919 bis 1933 insgesamt elf sächsische Parlamentarierinnen aus vier verschiedenen Parteien tätig.¹⁷ In diesen Gremien machten sie wahrscheinlich die gleichen Erfahrungen, die Heide-Marie Lauterer in ihrer Untersuchung zu »Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949« quellengestützt nachweist. Parlamentarierinnen kritisierten die Männerdebatten hinsichtlich der Form und der Art und Weise. »Spiegelbildlich zu ihrer Kritik am Verhalten der Männer nahmen die Frauen einen ›anderen‹ d. h. ›besseren‹ Rede- und Politikstil für sich in Anspruch.«¹⁸ Für Frauen war es wichtig zu überzeugen, sie suchten nach Lösungen und meldeten sich nur dann zu Wort, »wenn sie etwas zu sagen hatten«. Gertrud Bäumer brachte es auf den Punkt: Sie kritisierte die »geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Nationalversammlung«, den großen »Prozentsatz alter Männer«, die von »Vorgestern« seien und nicht dem »Geist und Willen« der Gegenwart entsprächen.¹⁹

Im Sächsischen Landtag war es offenbar nicht anders, »während die ›alten Hasen‹ oft langatmige Parlamentsreden hielten, traten die Frauen mit bewusst kurzen Ansprachen auf«²⁰. Auf Kritik der weiblichen Abgeordneten stieß auch der organisatorische Ablauf der Landtagsberatungen. Elise Thümmel äußerte in einer Auseinandersetzung mit einem Kollegen: »Ich war von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends anwesend. Es gibt aber eine Grenze der Leistungsfähigkeit; und wenn man von 9 bis 6 abends, mit einer Stunde Unterbrechung, in einem Raume zubringen muß, der so von Rauch und Gestank erfüllt ist (Lachen rechts.), daß einem normalen Menschen das Atmen schwerfällt, dann kann es einem niemand verübeln, wenn man um 6 Uhr seine Sachen nimmt und einmal an die Luft geht.«²¹

Diese eben kurz beschriebenen ersten Schritte der Parlamentarierinnen wären ohne das Engagement und die Aktivitäten von politisch aktiven Frau-

16 Ebenda. S. 30.

17 Siehe ebenda. S. 30ff.

18 Heide-Marie Lauterer: *Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949*. Königstein/Taunus 2002. S. 81.

19 Siehe ebenda. S. 81.

20 Vogel: *Leben und Wirken*. S. 91.

21 *Verhandlungen des Sächsischen Landtages. 2. Wahlperiode. 146. Sitzung. 30. Juni 1925. S. 4903*. Siehe auch landtagsprotokolle.sachsendigital.de/protokolle/zeitraum-1919-1933/.

en wie Rosa Luxemburg, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zunehmend sichtbar wurden, nicht denkbar gewesen.

Zunächst hatte Rosa Luxemburg an Fragen der Geschlechtergerechtigkeit kein primäres Interesse. Sie wurde vor allem von Clara Zetkin in die Probleme der Frauenbewegung und des Frauenwahlrechts stärker einbezogen. 1907 brachte Clara Zetkin ihr ein Redemanuskript für die geplante internationale Frauenkonferenz in Stuttgart in das Berliner Frauengefängnis, wo Rosa Luxemburg eine zweimonatige Haftstrafe verbüßte. Sie würdigte den außerordentlichen Informationsgehalt des Textentwurfes der Freundin und zollte deren Engagement bei der Durchsetzung des Frauenwahlrechts Respekt.²² An der Stuttgarter Tagung wollte Rosa Luxemburg unbedingt teilnehmen. Clara Zetkin war in Sachsen sehr gut vernetzt, und so ist es ihr zu verdanken, dass Rosa Luxemburg »am 11. Juli 1907 in einer öffentlichen Frauenversammlung in Leipzig als Delegierte der Frauen Sachsens zur Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen [...] gewählt wurde.«²³

Rosa Luxemburg leistete 1911 aktive Unterstützung beim Reichstagswahlkampf. Sie berichtete davon, wie begeistert sie als »Sachsendängerin« aufgenommen wurde.²⁴

»Vom 1. bis 12. Dezember 1911 sprach sie in Leipzig, Markranstädt, Halle (Saale), Eisenberg, Meuselwitz, Altenburg, Schmölln, Plauen, Netzschkau, Ellefeld, Dresden-Pieschen und Sebnitz über ›Die politische Lage der Sozialdemokratie‹.«²⁵

Die Erfahrungen, die Rosa Luxemburg auf dieser Wahlkampfreise machte, fanden ein halbes Jahr später in einem Beitrag zum Zweiten Sozialdemokratischen Frauentag ihren Niederschlag. Sie titelte diesen Artikel »Frauenwahlrecht und Klassenkampf« und schrieb gleich eingangs: »die Forderung des Frauenwahlrechts steht auf der Tagesordnung des politischen Lebens der Sozialdemokratie.«²⁶ In diesem Beitrag hob sie den außerordentlichen Anteil der Frauen an der Vorbereitung der Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 hervor. Sie verwies darauf, dass die Frauenaktivitäten in der Verteilung von Flugblättern und Werbung von Abonnenten für sozialdemokratische Zeitungen bestanden, dass sie darüber hinaus über die Kandidaten

22 Siehe Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie. Berlin 1996. S. 277.

23 Ebenda. S. 277.

24 Siehe ebenda. S. 394.

25 Ebenda. S. 393. – Siehe auch den Beitrag von Eckhard Müller im vorliegenden Heft.

26 Siehe Luxemburg: Frauenwahlrecht. S. 8 (GW. Bd. 3. S. 159).

informierten und über die Zielstellungen der Partei Auskunft gaben. Sie analysierte die politische Situation vor den Wahlen und argumentierte für das Frauenwahlrecht gegen die Zauderer in den eigenen Reihen, »weil die Frauen des arbeitenden Volkes trotz ihrer Entrechtung am politischen Leben und an den parlamentarischen Kämpfen ihrer Klasse den regsten Anteil nehmen. [...] In allen sozialdemokratischen Wählerversammlungen bilden die Frauen ein zahlreiches, manchmal das überwiegende, stets ein regsames und leidenschaftlich beteiligtes Publikum.«²⁷

Eine weitere Begründung für das Recht der Frauen auch wählen zu dürfen, leitete sie aus deren Anteil an der Produktion von »Mehrwert« ab, der Frauen zur politischen Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft berechtige. Aus ihrer Sicht sind die Frauen »für die Gesellschaft *produktiv* tätig, so gut wie die Männer. Nicht in dem Sinne, daß sie dem Manne durch häusliche Arbeit helfen, mit dem kargen Lohn das tägliche Dasein der Familie zu fristen und Kinder zu erziehen. Diese Arbeit ist nicht produktiv im Sinne der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und mag sie in tausendfältigen kleinen Mühen eine Riesenleistung an Selbstaufopferung und Kraftaufwand ergeben. Sie ist nur eine private Angelegenheit des Proletariats, sein Glück und Segen, und gerade deshalb bloße Luft für die heutige Gesellschaft. Als produktiv gilt – solange Kapitalherrschaft und Lohnsystem dauern werden – nur diejenige Arbeit, die Mehrwert schafft, die kapitalistischen Profit erzeugt.«²⁸

Diese Analyse war damals so aktuell wie heute. Drei Tage nach der Rede von Rosa Luxemburg in Dresden-Pieschen hatte die »Dresdner Volkszeitung« am 14. Dezember 1911 in einem Leitartikel unter der Überschrift »Frauenwahlrecht und die politischen Parteien« darauf hingewiesen, dass über neun Millionen Frauen berufstätig sind.²⁹ Eben diese meinte Rosa Luxemburg mit der »politischen Rechtlosigkeit der Frau«³⁰.

Scharf formuliert sind auch ihre Analysen zum erwarteten Wahlverhalten der »meisten bürgerlichen Frauen«. Wären sie wahlberechtigt wie ihre Männer, »wären (sie) sicher noch um ein Beträchtliches reaktionärer als der männliche Teil ihrer Klasse«³¹. Und sie bezeichnet sie als »bloße

27 Luxemburg: Frauenwahlrecht. S. 8 (GW. Bd. 3. S. 159 und 160).

28 Luxemburg: Frauenwahlrecht. S. 9 (GW. Bd. 3. S. 163).

29 Siehe »Dresdner Volkszeitung. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes«. 14. Dezember 1911. S. 1.

30 Luxemburg: Frauenwahlrecht. S. 8 (GW. Bd. 3. S. 161).

31 Luxemburg: Frauenwahlrecht. S. 9 (GW. Bd. 3. S. 162).

Mitverzehrerinnen des Mehrwerts, den ihre Männer aus dem Proletariat herauspressen«³².

Rosa Luxemburg sieht in der »Schulbildung und geistige[n] Intelligenz der Frauen« eine wichtige Voraussetzung für den industriellen Fortschritt. »Die beschränkte, weltfremde Frau des altväterischen ›häuslichen Herdes‹ taugt heute sowenig für die Ansprüche der Großindustrie und des Handels wie für die Anforderungen des politischen Lebens.«³³ Bildung hat für sie eine Schlüsselstellung bei der Realisierung der Ziele der Sozialdemokratie. Sie zitiert Charles Fouriers Metapher: »In jeder Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation (Freiheit) das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation.«³⁴ Am Schluss ihres Appells betont sie, dass das »allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht der Frauen [...] den proletarischen Klassenkampf ungeheuer vorwärtstreiben und verschärfen« würde. »Auch durch den Kampf um das Frauenwahlrecht wollen wir die Stunde beschleunigen, wo die heutige Gesellschaft unter den Hammerschlägen des revolutionären Proletariats in Trümmer stürzt.«³⁵

In den Rosa Luxemburg und ihrem Werk gewidmeten Analysen spielten feministische Perspektiven und Fragestellungen bisher eine untergeordnete Rolle. Ihre Meinung zum Frauenwahlrecht und die hier vorgestellte Quelle wurden bisher kaum reflektiert. Sie ist also geeignet, das Bild von Rosa Luxemburg zu ergänzen. Im Unterschied zu Marie Stritt erlebte sie die ersten Wahlen zur Nationalversammlung, an denen endlich auch die Frauen teilnehmen konnten, nicht mehr.

32 Ebenda.

33 Luxemburg: Frauenwahlrecht. S. 10 (GW. Bd. 3. S. 164).

34 Luxemburg: Frauenwahlrecht. S. 10 (GW. Bd. 3. S. 165).

35 Ebenda.

WILFRIED TROMPELT

Ein »herrliches Städtchen«? Orte der Erinnerung an Rosa Luxemburg in Dresden

»Hier rief Rosa Luxemburg am 11. Dezember 1911 Dresdner Arbeiter zum Kampf auf gegen den drohenden imperialistischen Krieg« lautet die Inschrift einer 55×38 cm großen Tafel, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Dresden aufbewahrt wird.¹ Sie erinnert an einen denkwürdigen Auftritt der Sozialistin. Ihre Rede auf einer Volksversammlung im Stadtteil Pie-schen zählte zu den Höhepunkten im Reichstagswahlkampf der sächsischen Sozialdemokratie.² Die Gedenktafel verweist auf den einzigen noch mit der früheren Adresse erhalten gebliebenen Ort in Dresden, an dem Rosa Luxemburg auftrat. Die bronzene Schrifttafel ist ein Zeugnis für Spuren, die sie in ihrem Leben und in den vergangenen 100 Jahren hier hinterließ – sowohl gut sichtbare wie auch inzwischen verdeckte Erinnerungszeichen, die es zu finden und zu nutzen gilt.

In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, welche Erinnerungsstätten und weitere mit Rosa Luxemburg verbundene Orte es in der Stadt gibt. Auf welche Weise kann man der Revolutionärin in Dresden noch »persönlich« begegnen?³ Auf diesem Weg wird die Leserinnen und Leser das in der Überschrift anklingende Zitat begleiten. Vollständig lautet es: »Dresden ist ein herrliches Städtchen, dort wird es gewiß besser als in Berlin sein.«⁴ Rosa Luxemburg schrieb dies an ihren Lebensgefährten, bevor sie 1898 erstmals in Dresden ankam. Ob und wie sich ihre Erwartungen während ihrer vier Aufenthalte in der Stadt erfüllt haben, ist in verschiedenen Beiträgen in diesem Heft nachzulesen.

1 Siehe das Foto im vorliegenden Heft S. 94. – Die Tafel befindet sich in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Dresden, Martin-Luther-Straße 21. Siehe auch den Zeitungsbericht zur Rede aus der Beilage der »Dresdner Volkszeitung« (12. Dezember 1911, S. 5) im vorliegenden Heft S. 121–123.

2 Siehe den Beitrag von Eckhard Müller im vorliegenden Heft, S. 54–59.

3 Siehe die Zeittafel im vorliegenden Heft S. 117. – Zur allgemeinen Annäherung an das Thema Denkmäler in Dresden sei empfohlen: Justus H. Ulbricht: »Denkmal«, »Merkzeichen«, »Denkzeichen«. In: Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte. Jg. 35. 2017. H. 132. S. 3 ff.

4 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 24. September 1898. In: Gesammelte Briefe (im Folgenden: GB). Bd. 1. Berlin 1982. S. 206.



Bronzetafel von Martin Hänisch aus der Dresdner Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (Foto: Georg Wehse)

In Pieschen

Die eingangs beschriebene Gedenktafel sollte einst das Grundstück Leipziger Straße 112 zieren. Es liegt gegenüber der heutigen Molenbrücke in der Nähe des Pieschener Hafens. Derzeit wird es nur von einer Gewerbeeinrichtung genutzt. Der dazugehörige Parkplatz hat eine zweite Zufahrt von der Bürgerstraße. Auf dem Areal befand sich zu Rosa Luxemburgs Lebzeiten das Konzert- und Ball-Etablissement mit Variété-Theater Deutscher Kaiser.⁵ Dieses große Vergnügungsort war 1883 erbaut worden. Von seiner Art gab es im alten Dresden, wenn auch nicht in dieser Größe, ca. 70 Ballhäuser.⁶ Einige Ball- und Konzertsäle spielten in der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle als Versammlungsstätten. Das Haus in der Leipziger Straße hatte durch seine Lage nahe der Elbe den Charakter einer Ausflugs- und Vergnügungstätte. Zu dem großen Ballsaal und Speisesalon gehörte ein Kon-

⁵ Diese Bezeichnung findet sich auf historischen Postkarten aus den Jahren 1903 und 1908.

⁶ Dieter Zumpe: Dresden – Stadt der Künste. München 2009. S. 136.



Innenansicht des großen Saals im Konzert- und Ball-Etablissement Deutscher Kaiser, um 1910 (Deutsche Fotothek: df_hauptkatalog_0275308 (1))

zert- und Biergarten. Ab 1910 gab es zudem ein Kino, welches zunächst Variété- und Lichtspieltheater Deutscher Kaiser, später Deutscher-Kaiser-Lichtspiele genannt wurde und über 600 Sitzplätze anbot. Die Gaststätte wurde nach 1945 geschlossen, Reste sind als Gebäudeteil noch erhalten. Der Saalbau musste wegen Baufälligkeit abgerissen werden.⁷ Das Vergnügungslokal Deutscher Kaiser darf nicht mit dem unweit elbaufwärts gelegenen Ballhaus Watzke verwechselt werden.⁸

In der DDR befand sich am historischen Ort eine Außenstelle des Vordruck-Leitverlages Freiberg und 1988 die Versandabteilung des Verlages Zeit im Bild. Die Erinnerung an Rosa Luxemburgs Rede wurde im Gebäude

7 Siehe Lars Herrmann: www.dresdner-stadtteile.de (Abruf am 2. Februar 2018).

8 Im »Watzke« hatte zum Beispiel am 18. August 1911 im Rahmen eines Aktionstages der SPD anlässlich der Marokkokrise eine große Antikriegskundgebung stattgefunden. (Siehe Simone Lässig: Zum militärpolitischen Wirken der Sozialdemokratie in Ostsachsen von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung der Dresdner Wahlkreisorganisationen. Diss. A. Pädagogische Hochschule Dresden 1990, S. 108.) – Auch auf Pieschener Flur liegt der Erfurter Platz, wo am 31. Oktober 1912 eine Friedensdemonstration stattfand.

mit einer Traditionsstätte wachgehalten.⁹ Sie war aber offenbar nur Wenigen bekannt. In einem Artikel in der »Sächsischen Zeitung« wurde am 29. Mai 1978 eine Gedenktafel gefordert, die die Vorübergehenden an die Luxemburgrede erinnern sollte.¹⁰ Vermutlich wurde dadurch die Geschichtskommission der SED angeregt, einen entsprechenden Auftrag zu vergeben. Bis zur Fertigstellung vergingen jedoch noch elf Jahre. Nun konnte die Tafel wegen der politischen »Wende« nicht mehr angebracht werden, wie auf einer an der Rückseite angebrachten Notiz zu lesen ist. Mitte der 1990er Jahre übergab Martin Hänisch die Tafel der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, die damals ihre Dresdner Bibliotheksräume in der Böhmerstraße 4 hatte.¹¹

Wer war Martin Hänisch, der die Schrifttafel gestaltet und schließlich vor einem drohenden Verlust bewahrt hat? Am 28. Juli 1910 in Dresden geboren und am 10. Januar 1998 ebenda verstorben, gehörte er zu jenen Künstlerpersönlichkeiten, die im Geiste Rosa Luxemburgs wirkten. Als Porzellanmaler in der Sächsischen Porzellanfabrik Freital ausgebildet, hatte er in seiner Jugend Kurse an der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) in Dresden bei Hermann Duncker besucht. 1928 wurde er Mitglied der Assoziation revolutionärer bildender Künstler Deutschlands (Asso), die ab 1929 als lose Gruppierung in Dresden tätig wurde und sich 1930 hier offiziell gründete. Hänisch hatte darin Kontakte zu Künstlerkolleginnen und -kollegen wie Wilhelm Lachnit, Otto Griebel, Hans und Lea Grundig, Eva Schulze-Knabe und Fritz Schulze. 1938/1939 saß er wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« in der Haftanstalt Mathildenstraße, und 1943 wurde er zum Strafbataillon 999 nach Heuberg-Stetten am kalten Markt eingezogen. Den Kriegsdienst musste er auf der Insel Rhodos leisten, dann kam er in britische Kriegsgefangenschaft nach Ägypten. 1947 kehrte er nach Dresden zurück. 1951/1952 entwarf er gemeinsam mit Herbert Gute, dem ehemaligen Leiter der Dresdner Asso-Gruppe, das Staatselement der DDR. Von 1958 an wirkte er als Dozent an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Hochschule für Bildende Künste Dresden und von 1958 bis 1970 lehrte er an der Hochschule für bildende Künste Schriftgestaltung.¹²

9 Siehe Klaus Enderlein: »Dresden ist ein herrliches Städtchen« – Rosa Luxemburg. Fakten, Erinnerungen, Reflexionen. Dresden 1997. S. 1.

10 Siehe Willy Forner: Rosa Luxemburg in Dresden. In: Dresdner Geschichte in Geschichten. Aus Beiträgen der »Sächsischen Zeitung« zusammengestellt. Hrsg.: Bezirksvorstand Dresden des Verbandes der Journalisten der DDR 1981. S. 14.

11 Nach einer Erinnerung von Dieter Karich vom 28. März 2018.

12 Siehe Dietmar Eisold (Hrsg.): Lexikon Künstler in der DDR. Berlin 2010. S. 303. – Einige

Seit seinem 60. Lebensjahr arbeitete Martin Hänisch bis zum Lebensende freischaffend als Grafiker, Schriftsetzer und Buchillustrator. Als Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und langjähriges SED-Mitglied blieb er nach der »Wende« der Dresdner PDS als Unterstützer auch in schwierigen Situationen eng verbunden. Bei seinen Genossinnen und Genossen trat er bescheiden und, wenn es jedoch um seine Kunst ging, mit großem Selbstbewusstsein auf. Da er sich ein Leben ohne künstlerische Arbeit nicht vorstellen konnte, illustrierte er mit viel Fleiß und Freude zahlreiche Bücher, darunter die von Ulrich Reinsch im Verlag Projekt Piccolo herausgebrachten Publikationen, wie das beliebte Weinstraßen-Buch.¹³ Neben der Gedenktafel für Rosa Luxemburg sind von Martin Hänisch noch weitere Werke in Dresden zu besichtigen, so zum Angedenken an den Maiaufstand 1849 an der Ostseite des Albertinums am Tzschirnerplatz und zur Erinnerung an Fryderyk Chopin an der Schloßstraße. Das Grab von Martin Hänisch befindet sich in Dresden auf dem Tolkwitzer Friedhof.¹⁴ Zehn Jahre vor seinem Tod hatte die »Sächsische Zeitung« ein literarisches Porträt über ihn veröffentlicht, dessen Titel an die Lebensauffassung von Rosa Luxemburg erinnert: »Die Heiterkeit sollte bei aller Arbeit nicht verloren gehen«.¹⁵ Ist das nicht ein guter Fingerzeig, wie man ihr Wort vom »herrlichen Städtchen« auffassen kann?

In der Altstadt

Ein zweiter Stadtteil, der mit Rosa Luxemburgs Wirken in Dresden durch ihre Arbeit und zwei ihrer dort gehaltenen Reden verbunden bleibt, ist das Gebiet an der Ostra-Allee, heute zwischen Schauspielhaus und Bahnhof Mitte in der Wilsdruffer Vorstadt. Man kann sich gut vorstellen, dass sie 1898, als Dresden für etwa sechs Wochen ihr Arbeitsort war, gern in der angrenzenden Altstadt mit Schloss, Zwinger, Altmarkt, Neumarkt und Terrassenufer spazieren ging.

Angaben wurden hier nach Auskünften seiner in Berlin lebenden Tochter korrigiert und ergänzt.

- 13 Hannelore Gelfert: Impressionen entlang der Sächsischen Weinstraße. Zeichnungen: Martin Hänisch. Dresden [1994].
- 14 Interview des Autors mit Ulrich Reinsch am 9. August 2018.
- 15 Nobert Fuchs: Die Heiterkeit sollte bei aller Arbeit nicht verloren gehen. Ansichten des Dresdner Grafikers und Malers Martin Hänisch. In: »Sächsische Zeitung«. Nr. 41, 14. Oktober 1988 (Beilage).

Unsere Spurensuche richtet sich hier zuerst auf die Trianon-Säle, eine in der Dresdner Arbeiterbewegung um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert traditionsreiche Versammlungsstätte in der Trabantengasse am Schützenplatz.¹⁶ In Sichtweite war im Juni 1902 im vormaligen Gasthof Zum Schwan das Volkshaus eingerichtet worden.¹⁷ Über die im Trianon von einer Volksversammlung beschlossene Gründungsresolution hatte die »Sächsische Arbeiter-Zeitung« am 12. April 1902 berichtet. Die Geburtsurkunde des Gewerkschaftshauses findet sich aber ebenso in den Akten des Königlichen Innenministeriums.¹⁸ Das Volkshaus in der Ritzenbergstraße war Gaststätte, Versammlungs- und Bürohaus. Ein dazugehöriges Gebäude in der rückwärtig liegenden Maxstraße 2 diente als Wanderherberge für durchreisende Arbeiterinnen und Arbeiter. 1915 wurde ein Erweiterungsbau bezogen. Der heute herausragende markante Gebäudeteil mit dem Richard-Teichgräber-Saal wurde 1930 eingeweiht.¹⁹

Im großen Saal des Trianon fand im September 1903 der SPD-Parteitag mit 263 Delegierten und 57 weiteren stimmberechtigten SPD-Funktionären aus ganz Deutschland statt. Im benachbarten Volkshaus arbeitete das Parteitags-Komitee. Dort wurden die Delegierten, darunter Rosa Luxemburg, empfangen und vor und nach den Sitzungen sogar mit Konzerten unterhalten.²⁰ Rosa Luxemburg kannte diese Gegend aus ihrer Zeit als Chefredakteurin der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« 1898, als sie in der Zwingerstraße 22 arbeitete und wohnte.²¹ Die lag östlich nur einen halben Kilometer vom Trianon entfernt. Im Jahre 1911, als Rosa Luxemburg die bereits er-

16 In einer unveröffentlichten Ausarbeitung aus dem Arbeitskreis Dresden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen heißt es dazu: »Trianon – Trabantengasse (neben Volkshaus, zwischen Maxstraße und Ritzenbergstraße): häufiger Versammlungsraum von Fachvereinen, Massenversammlungen der Sozialdemokraten in den 1880er Jahren, Rede Eduard Bernsteins am 8. Dezember 1901.« (Dokumentation. Die Dresdner Arbeiterbewegung von 1848 bis 1946. Zusammengestellt von Sonja Stenzel. Dresden 2002. S. 24.)

17 Peter Russig: Das Dresdner »Volkshaus« der Gewerkschaften 1902 bis 1999. Vom ADGB-Haus über das DAF- und FDGB-Gebäude zum Haus des DGB. Hrsg.: DGB-Kreis Dresden. 2., erw. Druckquote 1999. S. 15ff. – Der Autor geht darin auch kurz auf Rosa-Luxemburg ein. (S. 28.)

18 Sächsisches Staatsarchiv. Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden SächsStA-D). Bestand 10736. Ministerium des Innern. Nr. 10992. Bl. 3.

19 Willy Buschak: Das Volkshaus Dresden – Schauplatz und Erinnerungsort. In: Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte. Jg. 35. 2017. H. 130. S. 18ff.

20 Siehe »Sächsische Arbeiter-Zeitung«, Dresden. 12. September 1903. S. 4.

21 Siehe den Beitrag von Rolf Ziegenbein im vorliegenden Heft S. 15.

währte Rede in Dresden-Pieschen hielt, befand sich die Redaktion der »Dresdner Volkszeitung« als Nachfolgerin der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« in der Großen Zwingerstraße 14, in direkter Nachbarschaft einer Volksbuchhandlung, alles unter dem Dach des sozialdemokratischen Parteiverlages Kaden & Comp.²²

Nachzuempfinden ist das Flair des Trianon in einer Gaststätte in der Maxstraße 5, zwischen Ostra-Allee und Schützenplatz gelegen. Die aktuelle Gestaltung des jetzigen Hotelrestaurants erinnert mit seinen großflächigen, aus zeitgenössischen Zeitungsfaksimiles hergestellten Postern an die Zeit um 1900, als der klassische Marxismus in der Sozialdemokratie noch seinen festen Platz hatte. An Stelle der historisch dort verorteten »Sächsischen Arbeiter-Zeitung« hat man nun allerdings den konservativen »Dresdner Anzeiger« für die Wandgestaltung verwendet. Diese Zeitung war damals faktisch das Amtsblatt der Stadtverwaltung.²³

Heute befindet sich im traditionsreichen Volkshaus am Schützenplatz der Sitz des DGB-Bezirks Sachsen. Das mit diesem Ort verbundene Ende des FDGB im Bezirk Dresden und die beginnende DGB-Arbeit sind den Beteiligten noch gut in Erinnerung. 1994 wurde das Haus privatisiert und 1997/1998 durch die Gewerkschaftliche Immobilienverwaltung Nord-Ost GmbH saniert. Das Gebäude wurde im Jahr 2006 – in der Hochzeit der Agenda-Politik – zusammen mit den Gewerkschaftshäusern in Leipzig, Zwickau, Bautzen, Chemnitz, Magdeburg, Jena und Suhl an einen globalen Finanzinvestor verkauft. 2012 erwarb es die Immobiliengesellschaft der IG Metall zurück.²⁴ Inzwischen baut die sächsische SPD in der Nähe, zwischen dem Haus der Presse und dem Landtag, ihr neues Domizil. Bleibt abzuwarten, wie sich darin ihre Geschichte und Tradition wiederfinden werden.

Für historisch interessierte Dresdnerinnen und Dresdner sollte beim Besuch dieses Stadtteiles auch die Geschichte des Verlags- und Druckhauses am Wettiner Platz 10 (in der DDR Fritz-Heckert-Platz) eine Rolle spielen. Diese Geschichte begann 1912, was auch im Dresdner Polizeibericht aus jenem Jahr nachzulesen ist. Der Polizeipräsident meldete an das Innenministerium unter Punkt 4 »Die sozialdemokratische Tagespresse«: »Die Druckerei von Kaden & Comp. hat in ihren bisherigen Räumen in der

22 Siehe »Dresdner Volkszeitung«, 2. Oktober 1911. S. 1 (Impressum).

23 Siehe den Beitrag von Sven Brajer im vorliegenden Heft.

24 Über Verkauf und Rückkauf informiert eine Wandtafel im Eingangsbereich des Gewerkschaftshauses am Schützenplatz.

Zwingerstraße nicht mehr genug Platz. Sie hat deshalb von der Dresdner Baugesellschaft, »Vorwärts«, Aktiengesellschaft, ein Gebäude gemietet, das diese auf dem Hinterlande des Grundstücks Wettiner Platz 10 und 11 errichtet. Das Gebäude, in dem Raum für 8–9 Rotationsmaschinen ist, soll im Laufe des Jahres 1913 bezogen werden.«²⁵ So zog die Redaktion der »Dresdner Volkszeitung«, deren Vorläuferin 1898 Rosa Luxemburg vorübergehend geleitet hatte, ein paar hundert Meter weiter an das westliche Ende der Schweriner Straße.

Das Haus spielt in der Dresdner Geschichte als SPD-Parteizentrale eine besondere Rolle. In der Novemberrevolution erschossen am 10. Januar 1919 dort sächsische Regierungstruppen 14 Demonstranten und verwundeten weitere 50 Personen. Auch als Wohnsitz, beispielsweise des im April 1919 gemeuchelten sozialdemokratischen Ministers Gustav Neuring, wurde das Gebäude bekannt. Traurige Berühmtheit erlangte es, als die Faschisten das Gebäude am 8. März 1933 besetzten und vor dem Haus Schriftgut und Bestände aus der Volksbuchhandlung verbrannten.²⁶ Immerhin bietet das für Linke aller Couleur Gelegenheit, gemeinsam an wichtige Ereignisse aus ihrer Geschichte zu erinnern – so gesehen an das genaue Gegenteil eines »herrlichen Städtchens«.

In der Neustadt

Die Suche nach Erinnerungen an Rosa Luxemburg lohnt sich ebenso in der Inneren Neustadt, im rechtselbigen flussnahen Stadtzentrum. Nahe den vier Elbbrücken liegen frühere und heutige Straßen und Plätze mit ihrem Namen und das ihr gewidmete Denkmal. Zwar ist in diesem Gebiet kein Aufenthalt von ihr belegt, dafür befinden sich hier die meisten Zeugnisse der Auseinandersetzung um ihr Erbe.

»Neustadt – das ist der radikale Teil Dresdens«, so hatte sie nach ihrer Rede in Pieschen Ende 1911 an Kostja Zetkin geschrieben.²⁷ Sie könnte damit den Umstand gemeint haben, dass zur damaligen Zeit die linken,

25 SächsStA-D. Bestand 10736. Ministerium des Innern. Nr. 11064. Politische und gewerkschaftliche Bewegung 1911–1912. Bl. 273.

26 Siehe Erinnerungsstätten der revolutionären Arbeiterbewegung im Bezirk Dresden. Hrsg.: SED-Bezirksleitung und Rat des Bezirkes Dresden 1989. S. 12.

27 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 12. Dezember 1911. In: GB. Bd. 4. Berlin 1983. S. 141.

marxistischen Kräfte der Dresdner Sozialdemokratie auf der Neustädter Seite ihre Hochburgen hatten, wobei ganze Stadtteile als Zentren der Sozialdemokratie im »roten Sachsen« galten. Dort im Wahlkreis Nr. 4, den August Kaden, ein Freund von August Bebel, von 1898 bis 1913 als Abgeordneter im Reichstag vertrat, war die SPD besonders stark. Als die Historikerin Simone Lässig 80 Jahre später zum militärpolitischen Wirken der Sozialdemokratie in Ostsachsen forschte, gelangte sie auch zu der für unseren Kontext interessanten Feststellung: »Rosa Luxemburg hatte gespürt, daß Dresden-Neustadt noch immer ein Zentrum revolutionärer Sozialdemokraten war, daß die Linken hier, insofern die Parteimitglieder direkt mit ihren Auffassungen vertraut gemacht wurden – was die regionale Presse und Parteiführung allerdings außerhalb des Wahlkampfes nicht anstrebte – äußerst positive Resonanz fanden.«²⁸

Wer auf dem inzwischen historischen Stadtplan aus dem Tourist-Verlag der DDR von 1989 nachschaut, findet im Quadrat J 13 die Rosa-Luxemburg-Straße. Sie verlief vom Karl-Marx-Platz (heute Palaisplatz) zur Straße der Befreiung (heute Hauptstraße), durch ein zu jener Zeit von zunehmendem Verfall der alten Häuser geprägtes Viertel. Die vormalige Heinrichstraße²⁹ hatte gerade einmal eine Länge von 200 Metern, war also keine repräsentative, dem Andenken Rosa Luxemburgs würdige Straße. Als Namensträgerin verwies sie aber auf Luxemburgs glänzenden Auftritt im nahen Pieschen. Ein zusätzlicher Grund mag gewesen sein, dass sich am Karl-Marx-Platz in der früheren Fleischergasse 11 seit 1898 eine »rote Druckerei« befunden hatte. In ihr waren auch Schriften und Materialien der Linken gedruckt worden, darunter die Spartakusbriefe Nr. 1 bis 5. Der Inhaber Maximilian Hünig war ein aktives Mitglied der Spartakusgruppe Dresden. Er war im Mai 1918 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden.³⁰

Heute ist das Gebiet zwischen Albertplatz, Palaisplatz und Neustädter Markt (mit dem »Goldenen Reiter«) zum größten Teil gut saniert, allerdings

28 Simone Lässig: Zum militärpolitischen Wirken der Sozialdemokratie in Ostsachsen. S. 112. – Die Pädagogische Hochschule (an der S.L. promoviert wurde) befand sich inmitten der Inneren Neustadt. Die PH musste nach der »Wende« dem Regierungsviertel Platz machen. Auf dem Boden der früheren Sporthalle steht nun das Innenministerium.

29 Benannt nach Heinrich dem Frommen (1473–1541), Herzog von Sachsen.

30 Siehe Horst Dörner: Das Echo des Roten Oktober. Zu den revolutionären Ereignissen in Dresden in den Jahren 1917/18. Hrsg.: Institut und Museum für Geschichte der Stadt Dresden. Dresden 1967. Bildunterschrift. – Siehe auch Klaus Enderlein: »Dresden ist ein herrliches Städtchen« – Rosa Luxemburg. S. 19.

leider bereits weitgehend gentrifiziert. Rückblickend könnte man ironisch fragen, ob sich die Stadtväter nach 1945 bei den damaligen Straßenumbenennungen gedacht hatten: Von Karl Marx geht es über Rosa Luxemburg zur (Straße der) Befreiung? Diesen Zusammenhang wollten weder die SED-Oberen noch 1991 die neue Mehrheit der Stadtverordneten wahrhaben. Nicht nur dort sondern in ganz Dresden kam es bis 1993 in etwa 90 Fällen zur Um- und Rückbenennung von Straßen und Plätzen.³¹ Bei der Rosa-Luxemburg-Straße machte man, trotz des in der Wendezeit von den Bürgerbewegungen oft zitiertem Wort von der »Freiheit der Andersdenkenden«³² keine Ausnahme. Die Straße wurde im Oktober 1991 in Heinrichstraße zurück benannt. Anzumerken bleibt, dass im benachbarten Radebeul der Rosa-Luxemburg-Platz die Wirren der »Wende« überstanden hat.

Nach der Beseitigung des Straßennamens sollte auch ihr Dresdner Denkmal beseitigt werden. Es war 1979 eingeweiht worden. In einem kurz vor dem Ende der DDR erschienenen Denkmalführer heißt es: »Mit der Rekonstruktion der Straße der Befreiung wurde am überbauten Eingang zur Rosa-Luxemburg-Straße eine Tafel mit dem Bildnis der international bekannten Führerin der marxistischen deutschen Linken und Mitbegründerin der KPD angebracht. Rosa Luxemburg war von September bis November 1898 in Dresden Chefredakteur der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.«³³ Die bronzene Gedenktafel hatte der Dresdner Bildhauer Helmut Heinze von 1977 bis 1979 geschaffen. Sie war an diesem Standort an einer Sandsteinwand befestigt.

Am 3. März 1994 wurde das Denkmal dort abgebaut und ein Zeitungs-laden eingerichtet. Dass dies nicht unbemerkt und unwidersprochen geschah, sondern von der Öffentlichkeit beachtet wurde, ist dem ideenreichen Protest von Klaus Enderlein und seinen Freunden anlässlich des 75. Jahrestages der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg zu verdanken.³⁴ Sie hatten am 15. Januar 1994 an der Augustusbrücke eine rote Fahne mit Trauerflor

31 Siehe Horst Schneider: »Menschen, ich hatte euch lieb. Seid wachsam!« (Julius Fučík). Zur »Abwicklung« von Namen und Plätzen in Dresden. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 4. 1993. H. 27/28. S. 104 – Siehe auch Rolf Otte / Horst Schneider: Menschen, ich hatte euch lieb, seid wachsam! Eine Betrachtung zur »Abwicklung« von Geschichtstradition in Dresden. Dresden 1998. S. 48.

32 Siehe Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin. Zusammengestellt und eingeleitet von Annelies Laschitza. Berlin 1990.

33 Erinnerungsstätten der revolutionären Arbeiterbewegung im Bezirk Dresden. S. 11.

34 Siehe Klaus Enderlein [22. Juni 1935 – 14. März 2001]: »Dresden ist ein herrliches Städtchen« – Rosa Luxemburg. S. 2–6.

und Bändern in den Farben des Regenbogens angebracht, mit roten Nelken geschmückt und durch eine Reproduktion der Zeitung »Die Rote Fahne« mit den Fotos von Karl und Rosa ergänzt.

Klaus Enderlein und seine Freunde wollten sich nicht mit der Beseitigung des Luxemburg-Denkmal abfinden. Sie organisierten sich in einer linken Aktionsgruppe, die öffentlich als Bürgerinitiative auftrat. In einer Sitzung des Ortsbeirats von Dresden-Neustadt kämpfte er am 16. März 1994 weiter für das Denkmal. Auf der Tagesordnung stand eine Konzeption »Über den Umgang mit bildkünstlerischen Zeitzeugen des SED-Regimes«. Unter turbulenten Umständen votierte die Mehrheit der Ortsbeiräte schließlich für die Umsetzung des bronzenen Abbildes von Rosa Luxemburg an einen neuen Platz – ein Erfolg und eine Ausnahme. Denn unter Führung der CDU beschloss der Stadtrat am 26. Januar 1995, dass von 105 vorhandenen Denkmälern, Plastiken, Tafeln und Reliefs 26 zur »Entsorgung« freizugeben sind; 41 verschiedene Erinnerungszeichen waren zu diesem Zeitpunkt bereits verschwunden.³⁵ Das war alles andere als »herrlich«.

Hervorzuheben ist das Engagement von Enderlein und seiner Bürgerinitiative »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es« auch deshalb, weil sie nicht nur Denkmale erhalten wollten, sondern zugleich über das Leben von Rosa Luxemburg und ihr Wirken in Dresden informierten. Das mündete im Herbst 1998 in eine ganze Serie von Veranstaltungen anlässlich des 80. Jahrestages der Novemberrevolution. So hielt am 7. November Prof. Dr. Annelies Laschitzka im Stadtmuseum einen Vortrag mit dem Titel »Im Lebensrausch, trotz alledem«. Am 11. November hieß es im Freidenkertreff Löbtau »Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden«. Am 28. Oktober lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu einem Vortrag von Dr. Rolf Ziegenbein »Denkanstöße für den Antimilitarismus« in das Kulturratshaus ein.³⁷ Nachdem Klaus Enderlein verstorben war, lag die Verantwortung für linke Erinnerungspolitik umso mehr beim PDS-Stadtverband.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, die am 23. März 1991 in Leipzig gegründet worden war, wirkte in Dresden eigenständig an der geschichtspolitischen Arbeit mit. Am 1. Dezember 1995 hatte sich aus dem bereits

35 Siehe ebenda. S. 11.

36 Siehe Birgit Tragsdorf: Chefin bei der Sächsischen Arbeiter-Zeitung. Bürgerinitiative erinnert an Rosa Luxemburg in Dresden. In: »Sächsische Zeitung«. Dresden-Land. 5. November 1998. S. 15.

37 Siehe Luxemburgs Vermächtnis. In: »Neues Deutschland«. Berlin. 27. Oktober 1998. S. 15.

länger tätigen Gesprächskreis Wissenschaft heraus ein Arbeitskreis konstituiert. Daran hatte die Architekturhistorikerin Dr. Heidrun Laudel großen Anteil. Im Januar 1996 begann dieser Arbeitskreis unter Leitung von Dr. Jürgen Leibiger ein anspruchsvolles und vielseitiges Programm zu organisieren. In der Bibliothek fand historische und neue Literatur von und über Rosa Luxemburg einen sicheren Platz.³⁸ Aus der Reihe zahlreicher Veranstaltungen sei die IV. Rosa-Luxemburg-Konferenz 2004 in Dresden hervorgehoben, die sich dem Thema »Welt ohne Krieg? Gesellschaftliche Bedingungen des internationalen Friedens« widmete. Federführend war daran der Dresdner Philosoph Prof. Dr. Wolfgang Scheler beteiligt, und der Luxemburg-Forscher und -Mitherausgeber Dr. Eckhard Müller hielt das Eingangsreferat.³⁹

Noch einmal zurück zum Gedenkort: Was geschah mit der Tafel aus der früheren Rosa-Luxemburg-Straße? Sie erblickte als neu gestaltetes Denkzeichen am 16. November 1999 auf dem umbenannten Rosa-Luxemburg-Platz wieder das Licht der Öffentlichkeit! Auf Betreiben von Helmut Heinze, dem Schöpfer des Porträtreliefs, wurde, unterstützt und klug beraten durch die Architekten Siegbert Langner von Hatzfeldt und Peter Kulka, in Zusammenarbeit mit dem damaligen Kulturbürgermeisters Jörg Stüdemann ein neues Denkmal errichtet. Die Bronzetafel mit dem Porträt ist an einer hohen Stele aus Sandstein angebracht.⁴⁰ Rechts daneben steht nun zusätzlich in Stein gemeißelt das Zitat »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden«. Der neue Standort auf dem Vorplatz der Albertbrücke an der Neustädter Elbseite mit Bronzerelief, Sandsteinstele und Luxemburg-Zitat an der Brückenarchitektur war nach Meinung von Helmut Heinze sehr geeignet, weil er am Weg vom Regierungsviertel zur Brücke liegt und zum Hinsehen zwingt. Die Schriftgestaltung hat der Bildhauer Eberhard Kreische entworfen und ausgeführt. Die Erweiterung des Denkmals um die vielzitierte Textzeile steigert Anmutung und Aussage der Gesamtanlage. Als das Porträtrelief 1979 an seinem ersten Standort angebracht wurde, war Rosa Luxemburgs Freiheits-Metapher noch nicht erwünscht.⁴¹

38 Siehe Wilfried Trompelt: 25 Jahre jung. Zur Geschichte einer linken Bibliothek in Dresden. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin. Jg. 58. 2016. H. 3. S. 158ff.

39 Siehe Welt ohne Krieg? Gesellschaftliche Bedingungen des internationalen Friedens. IV. Rosa-Luxemburg-Konferenz 16./17. April 2004 in Dresden. Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Leipzig 2004.

40 Siehe das Foto auf S. 9.

41 Die Angaben zum Denkmal und die folgenden biografischen Informationen übermittel-

Ein bitterer Wermutstropfen war und bleibt jedoch, dass für den neuen Rosa-Luxemburg-Platz der vorher dort vergebene Name des Kriegsgegners Albin Köbis verschwand – in der DDR gemeinsam mit Max Reichpietsch als roter Matrose aus dem Marineaufstand von 1917 bekannt. Auch die übliche Wirkung von Straßennamen, ihre Verwendung in privaten, geschäftlichen oder öffentlichen Adressen, fehlt an diesem unbebauten Platz. Wenigstens befindet sich hier eine Straßenbahnhaltestelle der Dresdner Verkehrsbetriebe mit dem Namen des Platzes.

Die Innere Neustadt ist reich an Denkmälern und historischen Gebäuden. Zwei Adressen im Regierungsviertel sind mit Rosa Luxemburg verknüpft. Da ist zunächst das Sächsische Innenministerium, das sich damals am Königsufer befand, in dem Gebäude der heutigen Staatskanzlei. Von dort aus wurde ihr Tun seit 1896 beobachtet, verfolgt und bestraft. Die schriftlichen Zeugnisse darüber befinden sich ganz in der Nähe im Sächsischen Hauptstaatsarchiv. Dort belegen Korrespondenzen mit dem preußischen Innenministerium, Berichte des Dresdner Polizeipräsidenten und Prozessakten, wie Rosa Luxemburgs Haltung innerhalb der Sozialdemokratie analysiert und sie über all die Jahre bis zu ihrer Ermordung als Feindin eingestuft wurde.⁴² Fände sie es unter diesen Umständen nicht doch »herrlich«, dass ihr Bildnis heute nur wenige hundert Meter davon entfernt aufgestellt ist?

Auf dem Weißen Hirsch

Neun Jahre nach ihrem Märtyrerintod wurde das linke Dresden erneut an die Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands erinnert. An den Loschwitzer Elbhang oberhalb der Grundstraße zog 1928 die Reichsparteischule der KPD und erhielt den Namen Rosa Luxemburgs. Es war das »Schaltjahr«, in dem deutsche Kommunistinnen und Kommunisten unter

te Helmut Heinze in einem Brief an den Autor vom 19. Oktober 2018. – Geboren am 25. April 1932 in Mulda, lebt und arbeitet Heinze in Kreischa. Er lehrte an der Sektion Architektur der TU Dresden und war bis zu seiner Emeritierung 1997 Professor für Bildhauerei an der Hochschule für Bildende Künste Dresden. Zu seinem künstlerischen Schaffen siehe Kürschners Handbuch der Bildenden Künstler. Deutschland, Österreich, Schweiz. Jg. 2. Bd. I. München, Leipzig 2007. S. 44, und Dietmar Eisold (Hrsg.): Lexikon Künstler in der DDR. S. 334.

42 Siehe SächsStA-D. Bestand 10736. Ministerium des Innern. Nr. 10992, Nr. 10995 Teil I, Nr. 10999 und Nr. 11064.

der Führung Ernst Thälmanns voller Begeisterung auf die Sowjetunion schauten, obwohl sich dort der Stalinismus seinen Weg bahnte und Luxemburgs Kritik an der Diktatur des Proletariats neue Begründung fand.⁴³ Sicher war nicht ihr Streiten für einen demokratischen Sozialismus ursächlich für die Namenswahl der Schule, sondern ihre Tätigkeit als Lehrerin für Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie an der SPD-Parteischule in Berlin in den Jahren 1907 bis 1914.

Die KPD-Schule existierte von April 1927 bis Februar 1933. Der erste Lehrgang war auf der Jugendburg in Hohnstein in der Sächsischen Schweiz durchgeführt worden. Am 29. Januar 1928 hatte Fritz Heckert als Vertreter des Zentralkomitees der KPD den zweiten Vierteljahres-Lehrgang in Dresden eröffnet. Dabei hatte Hermann Duncker maßgeblich gewirkt. Er ist auf einem zeitgenössischen Foto inmitten von Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern vor dem Haus abgebildet. Schon im Januar 1929 übersiedelte die Schule nach Schöneiche-Fichtenau bei Berlin. Die Schweizer Kommunistin Mentona Moser hatte dort ein geeignetes Gebäude zur Verfügung gestellt; außerdem kamen viele Lehrkräfte aus der Hauptstadt. In dem Dresdner Haus fand im Herbst 1928 auch ein als »Balkankonferenz« bezeichnete illegaler Parteitag der Kommunistischen Partei Jugoslawiens statt. Daran hatte auch der spätere Partei- und Staatschef Josip Broz Tito teilgenommen.⁴⁴

Die Reichsparteischule der KPD Rosa-Luxemburg befand sich im Villenviertel Weißer Hirsch in der damaligen Kirchbachstraße 4, seit 1945 An der Berglehne 4. Eigentümer war ein Kaufmann namens Kurt Aurig und Verwalter Albert Ebert⁴⁵, Mitglied des ZK der KPD und Abgeordneter des Sächsischen Landtages. Das heutige Vierfamilienhaus liegt direkt am Hang mit einem weiten Ausblick bis in den Dresdner Süden. Es mutet kurios an, dass die Parteischüler der KPD in einer der prominentesten bürgerlichen

43 Siehe Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation. Hrsg. von Elke Reuter [u. a.] Berlin 2003. S. 7ff. (Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus. Bd. 4.)

44 Siehe Erinnerungsstätten der revolutionären Arbeiterbewegung im Bezirk Dresden. S. 15. – Siehe auch Dorle Lohse / Gerhard Krebs: Zur Geschichte des Weißen Hirschs. Dresden 1989. S. 44.

45 Adreßbuch für Dresden und Vororte 1931. S. 359. – Schulleiterin war zeitweise vermutlich Frida Rubiner. Für diesen und weitere Hinweise bedankt sich der Autor bei Frau Dr. Sybille Streitenberger und Herrn Dr. Detlef Streitenberger vom Verschönerungsverein Weißer Hirsch / Oberloschwitz e.V.

Wohnlagen die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln studierten – sie hatten ihr Ziel täglich vor Augen! Gleich an der nächsten Straßeneinmündung lag das große Anwesen des Textilfabrikanten Karl Hille.

Sehr wohl gefühlt hätte sich Rosa Luxemburg auch in der Collenbuschstraße 7, an der anderen Seite des Loschwitzer Elbhanges. Dort wohnte seit 1947 bis zu seinem Tod 1973 der Lyriker und Erzähler Max Zimmering. 1909 in Pirna geboren, lebte er seit 1921 in Dresden. In der linken jüdischen Jugendbewegung Dresdens (Wanderbund Blau-Weiß, Pfadfinderbund Kadimah) politisch und literarisch aktiv, musste er 1933 ins Exil gehen. Das führte ihn bis 1946 auf abenteuerlichen Wegen unter anderem nach Palästina und Australien.⁴⁶ Er konnte das bewegte und unruhige Leben einer linken Kämpferin also gut nachempfinden. 1949 schrieb Zimmering das Poem »An Rosa Luxemburg«.⁴⁷ Dieses in der Erinnerungsliteratur lange vergessene Werk ist es wert, im vorliegenden Heft abgedruckt zu werden. Nicht nur Freundinnen und Freunde der Lyrik werden beim Lesen des Gedichts bemerken, dass der Geist unserer Protagonistin dreißig Jahre nach ihrer Ermordung, im Jahr der DDR-Gründung, auch in Dresden wieder zu spüren war. Das sollte auch 100 Jahre nach ihrem Tod so sein.

Welche Antwort gibt es auf die Frage, was Rosa Luxemburg an Dresden als einem »herrlichen Städtchen« wohl gefallen haben mag und was den Linken daran heute gefallen könnte? Anhaltspunkte finden sich in einem Brief vom Juli 1906 aus Warschau. Gegen Kaution von 3000 Rubel unter Auflagen aus dem Gefängnis entlassen, brenne sie vor Arbeits- und Schreiblust und wolle wieder in die Debatte »mit Wonne eingreifen. Nur einige Tage Geduld, bis ich ein sicheres Dach über dem Haupte und bessere Arbeitsbedingungen habe, [...] Hier ist die Zeit, in der wir leben, herrlich, d. h., ich nenne herrlich eine Zeit, die massenhaft Probleme und *gewaltige* Probleme aufwirft, die Gedanken ansport, [...] Leidenschaften aufpeitscht und vor allem – eine fruchtbare, schwangere Zeit ist«. Ihren Brief schließt sie mit dem Satz: »Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!«⁴⁸

46 Siehe Norbert Weiß / Jens Wonneberger: Literarisches Dresden. Schriftsteller, Publizisten und Gelehrte. Berlin 2001 (Literarische Stadtpläne. Der Dichter-und-Denker-Stadtplan).

47 Max Zimmering: An Rosa Luxemburg. In: Im herben Morgenwind. Ausgewählte Gedichte aus zwei Jahrzehnten. Berlin 1953. S. 168–170 (im vorliegenden Heft S. 127/128).

48 Rosa Luxemburg an Mathilde und Emanuel Wurm, 18. Juli 1906. In: GB. Bd. 2. Berlin 1982. S. 259.

Sie meinte mit dem »herrlichen Dresdner Städtchen« also nicht Größe, Ausstrahlung, Architektur oder Landschaft der sächsischen Residenzstadt, sondern äußerte ihre Freude über eine neue Herausforderung in ihrem aufregenden Leben. In der Arbeit wie im Privaten das Glück zu suchen und zu finden, das war für sie »herrlich«. Auch Dresden kann ein solcher Ort dafür sein.

KRISTIN DÄNHARDT

»Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden«¹

Gedanken über die Aktualität Rosa Luxemburgs

Rosa Luxemburg ist unbestritten eine faszinierende historische Gestalt. Schon bald nach ihrer Ermordung ist sie zu einer Märtyrerin der Arbeiterbewegung stilisiert worden. Welche Bedeutung kann eine Frau wie Rosa Luxemburg für die heutige Zeit haben? Wird sie zu einer Ikone der Linken des 21. Jahrhunderts, die es »schick« findet sich ihr Konterfei auf ein T-Shirt zu drucken? Wird sie damit nicht gar zu einer unhistorischen »Lichtgestalt«²? Oder führt nicht vielleicht gerade dieses unbekümmerte wieder »salonfähig machen« der seit der »Wende« verbrämten Denkerinnen und Denker, Kämpferinnen und Kämpfer des Sozialismus und der Arbeiterbewegung am Ende zu einer konstruktiven und weitestgehend vorurteilsfreien Auseinandersetzung mit ihren politischen Ideen?

Rosa Luxemburg ist heute aktueller als sie es lange Zeit war. Die Krise des Kapitalismus erschütterte Sicherheiten, die für die westliche Welt lange Zeit Beständigkeit hatten. Spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2008, einer in diesem Ausmaß noch nie zuvor stattgefundenen Finanzkrise, ist die Fehlbarkeit des kapitalistischen Systems auch dem letzten Zweifler augenscheinlich. Die gesellschaftliche Mitte wird dünner. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Im Windschatten der Krise des

- 1 Das vollständige Zitat lautet: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.« (Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. 6., überarb. Aufl. Berlin 2000. S. 359.) – Siehe auch die Bemühungen von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus, die Breslauer Gefängnismanuskripte textkritisch zu edieren (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 2. 2., unveränd. Aufl. Leipzig 2007) und die darauf basierende Interpretation von Volker Caysa: Rosa Luxemburg – die Philosophin. 2., erw. Aufl. Leipzig 2018. S. 16f. und 23 (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 13).
- 2 Siehe Helga Grebing: Ein Zeichen für Rosa Luxemburg. Unterschiedliche Deutungsmuster eines politischen Lebens. In: Ein Zeichen für Rosa Luxemburg. Deutungsmuster eines politischen Lebens. Berlin 2000. S. 24–26, hier S. 24.

wirtschaftlichen Systems kommt die Krise des demokratischen Systems. Viele Menschen fühlen sich ausgeschlossen, abgehängt. Die politische Rechte nutzt die Gunst der Stunde und fängt mit einfachen Antworten auf komplizierte Fragen die Massen politisch ein. Der Rechtsruck in Europa ist so stark, dass Rassismus und Nationalismus wieder salonfähig geworden sind. In Sachsen brechen rechte Strukturen, die nie weg waren, immer stärker in die Mitte der Gesellschaft ein. In Dresden wuchsen die Neonaziamärsche seit der »Wende« beträchtlich an, bis 2012 eine Aufmarschstärke von insgesamt 8000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erreicht wurde.³ Seit vier Jahren marschiert PEGIDA nicht nur mitten durch die Stadt, sondern auch durch die Mitte der Dresdner Gesellschaft. Gleichzeitig aber werden Millionen Menschen aktiv für die Gemeinschaft und helfen spontan und ehrenamtlich in der sogenannten Flüchtlingskrise; das ist die positive Energie in unserer Gesellschaft.

In Zeiten wie diesen braucht es ein gemeinsames kommunikatives Dach. Eine Klammer, die die demokratisch-freiheitlichen, die positiven Kräfte, die so zahlreich vorhanden sind, zusammenhält. Gewalt funktioniert immer nur dann, wenn die große Mehrheit schweigt oder gleichgültig ist, das wusste schon Rosa Luxemburg. Es reicht eben nicht allein in den sozialen Netzwerken »dagegenzuhalten«. Das Leben findet offline statt. Im alltäglichen hier und jetzt, in der Familie, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, überall da, wo Menschen aufeinandertreffen gilt es, die demokratischen und humanistischen Werte unserer Gesellschaft⁴ zu verteidigen. Werte, die allen Menschen, die hier leben ein freies Leben garantieren sollen. »Soziale Instinkte anstelle egoistischer; Masseninitiative anstelle der Trägheit; Idealismus, der über alle Leiden hinwegbringt usw. usw. [...] Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt [ist] die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche *Meinung*. [...] Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungs-

3 Siehe Grit Hahnefort: Existiert ein gemeinsames linkes Selbstverständnis im Gedächtnis Dresdens? Eine Überlegung am Beispiel des Umgangs mit dem 13. Februar. In: Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte. H. 130. S. 27–35, hier S. 29.

4 An dieser Stelle sei nur kurz darauf verwiesen, dass sich in unterschiedlichen Kulturen auch unterschiedliche Wertekontexte herausgebildet haben. Selbst bei Werten, die der Westen für unverzichtbar hält, gibt es keine globale Einigkeit, gleichwohl konsensuale Übereinstimmungen in den unterschiedlichen Traditionen vorhanden sind. (Siehe das Projekt Weltethos.)



Teil des Rosa-Luxemburg-Denkmal in Dresden, Schriftgestaltung: Bildhauer Eberhard Kreische.
Foto: Wilfried Trompelt

kampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.«⁵

Besonders Rosas Betonung des menschlichen Handelns als Determinante des menschlichen Schicksals⁶ kann als Motivation und Ansporn für den Dresdner Widerstand gegen rechte Gruppierungen gelesen werden, der lange Zeit auf das linksalternative Milieu der Dresdner Neustadt beschränkt blieb und erst später von einem breiteren zivilgesellschaftlichen Engagement innerhalb der Dresdner Stadtgesellschaft getragen wurde.⁷ Rosa war der Meinung, die Menschen sollen durch assoziiertes Handeln ihre eigene Ohnmacht überwinden und durch die Teilnahme an der Bewegung zum

5 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: GW. Bd.4. S.361 und 362.

6 Siehe Tony Cliff: Studie über Rosa Luxemburg. Frankfurt am Main 1969. S.36 (Probleme sozialistischer Politik 13).

7 Siehe Grit Hahnefort: Existiert ein gemeinsames linkes Selbstverständnis im Gedächtnis Dresdens? S.29.

Bewusstsein ihrer eigenen Stärke gelangen.⁸ Widerstreit und Widerspruch waren für Rosa unverzichtbar im Ringen um eine bessere Gesellschaft. Sie wollte den Gegensatz von Reform und Revolution in ein produktives Spannungsverhältnis verschieben, wobei sie als »Nahziel« die reformerische Tagespolitik und als »Fernziel« die sozialistische Perspektive annimmt. Dabei bleibt Politik im alltäglichen handlungsfähig und ist zugleich in einzelnen Schritten auf das Fernziel ausgerichtet.⁹ »Revolutionäre Realpolitik« ist Grundlage ihrer Politik.¹⁰

Rosa Luxemburgs tragisches Ende, ihre Ermordung in revolutionärer Situation bildet die Voraussetzung für eine Verklärung ihrer Person. Erinnerungen stiften Sinn und Identität. Das kollektive Gedächtnis ist dabei viel stärker geformt als das soziale Gedächtnis.¹¹ Erinnerungen werden im kollektiven Gedächtnis zu Ikonen, Erzählungen zu Mythen, die überzeugen sollen. Mythen lösen sich von den konkreten historischen Bedingungen und Erfahrungen zum Zeitpunkt ihres Entstehens ab und werden von Generation zu Generation weitergegeben. Wie lange sie weitergegeben werden hängt davon ab, ob sie gebraucht werden, d. h. ob sie dem gewünschten Selbstbild der Gruppe und ihren Zielen entsprechen.¹²

Es ist zu fragen, was diese theoretischen Einsichten in unserem Zusammenhang bedeuten?

Schon bald nach Rosas Tod setzte ihre Verehrung ein. Ein frühes Beispiel dafür ist die im vorliegenden Heft an anderer Stelle wiedergegebene Klage von Paul Levi: »Das schwerste, was uns betroffen hat und was wirklich nicht mehr ausgeglichen werden kann, ist der Verlust Rosas. Das wird uns lange nachgehen.«¹³ Öffentlich unübersehbar sichtbar war diese Verehrung

8 Siehe Jörn Schütrumpf: Rosa Luxemburg oder: die Freiheit der Andersdenkenden. Berlin 2011. S.2 (Rosa-Luxemburg-Stiftung. Standpunkte 2011/1). Online-Ressource <http://www.rosalux.de/publication/37286/rosa-luxemburg-oder-die-freiheit-der-andersdenkenden.html>.

9 Siehe Frigga Haug: Revolutionäre Realpolitik – die Vier-in-einem-Perspektive. In: Michael Brie (Hrsg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik. Berlin 2009. S. 11–25, hier S. 12f. (Rosa-Luxemburg-Stiftung. Texte 62.)

10 Siehe ebenda.

11 Siehe Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006. S.40.

12 Siehe ebenda.

13 Paul Levi an Jacob Levi, 20. Januar 1919. In: Paul Levi. Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe. Bd. I/1: Spartakus: Das Leben bis zur Ermordung des Leo Jogiches. Hrsg. von Jörn Schütrumpf. Berlin 2018. S. 814, und Seite 63 des vorliegenden Heftes.

der Ermordeten an der großen Zahl von Teilnehmern an den Trauerfeiern und -märschen in ganz Deutschland.¹⁴ Sechs Jahre nach ihrer Beisetzung wurde am 13. Juni 1926 das von Mies van der Rohe geschaffene Denkmal¹⁵ in Berlin-Friedrichsfelde eingeweiht. Kollektive Erinnerung an Rosa Luxemburg und politische Propaganda waren dabei eng miteinander verbunden und sollten identitätsstiftend für die neue sozialistische Gesellschaft wirken. Von ihrer Ermordung bis zur Aufstellung des Denkmals in Berlin-Friedrichsfelde galt Rosa Luxemburg in der KPD als bedeutende Theoretikerin.¹⁶

Rosa Luxemburg wurde zu den ideellen Gründern der DDR gezählt¹⁷, trotz der Vorbehalte der SED gegen sie wegen ihrer Kritik an Lenin und der russischen Revolution. Erst nach dem Tod Stalins (1953) wurde Rosa Luxemburg partiell politisch rehabilitiert. In der DDR erschienen ihre Gesammelten Werke erst seit 1970. Die Veröffentlichung ihres Textes zur russischen Revolution, in dem sie freie Wahlen, Versammlungs- und Meinungsfreiheit gefordert hatte, glich 1974 einer Sensation.¹⁸ Alle diese Schwierigkeiten und politischen Hintergründe hat Annelies Laschitza als Herausgeberin der Gesammelten Werke in einer Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen detailliert dargelegt.¹⁹

Das Gedenken an »Rosa und Karl« fand alljährlich Mitte Januar an einem Sonntag in Form einer Massendemonstration nach Berlin-Friedrichsfelde statt. In der DDR war dieser jährliche Gedenkmarsch ein Ritual unter Führung der SED- und Staatsführung. Viele zehntausend Menschen

14 Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919. Berlin 1978. S. 313ff.

15 Das Denkmal war mit Sowjetstern, Hammer, Sichel und Roter Fahne geschmückt und trug die Inschrift »Ich war, ich bin, ich werde sein. Den toten Helden der Revolution.« (Siehe Novemberrevolution 1918/1919. Anschauungsmaterial. Berlin 1978. S. 69.)

16 Siehe Klaus Kinner: Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern. In: Utopie kreativ. Berlin. Jg. 2001. H. 129/130. S. 595–603, hier S. 595.

17 Als ein Beleg für diese ideelle Gründerrolle von Rosa Luxemburg in der DDR kann das im vorliegenden Heft nachgedruckte Gedicht von Max Zimmering aus dem Jahr 1949 gelten. Siehe S. 127/128.

18 Siehe Jörn Schütrumpf: Die Biografin von Rosa und Karl. Annelies Laschitza zum 80. In: Im Lichte der Revolution. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahr 1906 und Parallelen zu Leben und Werk. Leipzig 2015. S. 65 (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 12).

19 Siehe Annelies Laschitza: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren. 2. Aufl. Leipzig 2018. S. 86f. (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Heft 14).

versammelten sich an der prominenten Grabstätte. Auch nach dem Epochenumbruch von 1989 kommen jedes Jahr im Januar zahlreiche Menschen an der Gedenkstätte der Sozialisten zusammen.

In den 1990er Jahren wurde Rosa Luxemburg von den Linken neu entdeckt. Schon im März 1991 bildete sich in Leipzig ein Verein zur Gründung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung.²⁰ Später wurde auch die parteinahe Bundesstiftung der PDS, heute Die Linke, nach Rosa Luxemburg benannt. Mag sein, dass das vor allem an Rosa Luxemburgs klarer Haltung als Sozialistin und Kommunistin lag, wohl aber auch daran, dass sie am sogenannten real existierenden Sozialismus keinen Anteil hatte. Man glaubte, in ihr eine demokratische Sozialistin erkennen zu können. Daneben war sie eine kämpferische Frau und entschiedene Kriegsgegnerin und so konnte man sich einen Brückenschlag zur Frauen- und Friedensbewegung im Westen erhoffen.²¹

In Dresden erinnerte bis zum 3. März 1994 ein Denkmal auf der Hauptstraße an Rosa Luxemburg. Das Denkmal wurde abgetragen und der Ort in einen Zeitungskiosk umfunktioniert.²² Wenn Denkmäler mehr über ihre Erschaffer aussagen, als darüber, was sie abbilden, so ist das Abbauen und Umsetzen von Denkmälern an weniger zentrale Orte eine klare Aussage zur Abkehr oder zumindest der Versuch, die dargestellte Person aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verbannen. Damit Verschwinden aber nicht die Ideen und Visionen der Abgebildeten.

Was bleibt ist die Frage, welche Art von Gesellschaft, Gemeinschaft, von Öffentlichkeit, von Verfassung, Gesetzgebung wir – die Erben von Rosa Luxemburg – haben wollen, wie wir individuelle Freiheitsrechte garantieren wollen. Die große geistig-kulturelle Herausforderung für »Die Linke« besteht in der Verknüpfung von Moderne und Sozialismus.²³ Im Widerspruch

20 Siehe Juliane Krummsdorf / Volker Külöw / Walter Markov / Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In: Mitteilungen. Rosa-Luxemburg Verein e.V. [Heft] 1. Leipzig 1991. S.6–8.

21 Siehe Bernd Faulenbach: Rosa Luxemburg als Mythos. Zur Bedeutung der historischen Rosa Luxemburg für die heutige Sozialdemokratie. In: Moving the social. Journal of social history and the history of social movements. Vol.29. 2003. S.75–88, hier S.92.

22 Siehe Klaus Enderlein: »Dresden ist ein herrliches Städtchen«. Dresden 1997. S.1ff., und den Beitrag von Wilfried Trompelt im vorliegenden Heft S.102/103.

23 Siehe hierzu Gregor Gysi: Die zwölf Thesen des Fraktionschefs für einen modernen Sozialismus. In: Der Tagesspiegel. Berlin. 1. August 1999 [https://www.tagesspiegel.de/politik/die-zwoelf-thesen-des-fraktionschefs-fuer-einen-modernen-sozialismus/84176.html (letzter Zugriff 30. September 2018)].

und Widerstreit, in der Auseinandersetzung unterschiedlicher Meinungen, im alltäglichen Ringen für eine solidarische Gemeinschaft gelten nach wie vor jene Worte, die Rosa Luxemburg vor dem Jahreswechsel 1916/1917 für eine Vertraute notierte: »Dann sieh, daß Du *Mensch* bleibst. Mensch sein ist vor allem die Hauptsache. Und das heißt: fest und klar und *heiter* sein, ja, heiter trotz alledem und alledem, denn das Heulen ist Geschäft der Schwäche. Mensch sein, heißt sein ganzes Leben ›auf des Schicksals große Waage‹ freudig hinwerfen, wenn's sein muß, sich zugleich aber an jedem hellen Tag und jeder schönen Wolke freuen, ach, ich weiß keine Rezepte zu schreiben, wie man Mensch sein soll, ich weiß nur, wie man's *ist*, und Du wußtest es auch immer, wenn wir einige Stunden zusammen im Südender Feld spazierengingen und auf dem Getreide roter Abendschein lag. Die Welt ist so schön bei allem Graus und wäre noch schöner, wenn es keine Schwächlinge und Feiglinge auf ihr gäbe.«²⁴

24 Rosa Luxemburg an Mathilde Wurm, 28. Dezember 1916. In: Gesammelte Briefe. Bd. 5. S. 151.

Rosa Luxemburg in Dresden und im Visier der sächsischen Polizei und Justiz (Zeittafel)¹

Rosa Luxemburgs bezeugte Aufenthalte in Dresden

25. September bis 2. November 1898 Chefredakteurin der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung«, Redaktion in der Zwingerstraße 22. Abwesenheit vom 2. bis 8. Oktober wegen Teilnahme am Stuttgarter Parteitag der SPD.
10. November 1898 Rede vor Metallarbeitern zum Thema »Der neue Kurs und die Arbeiterbewegung« im Trianon in der Trabantengasse. (In einer Quelle wird dafür auch der 8. November 1898 genannt.)
- 13.–20. September 1903 Teilnahme am Dresdner Parteitag der SPD im Trianon. Zwei Wortmeldungen zur Frage der polnischen Sonderorganisation.
- Die in einigen Quellen für den 9. September 1910 angeführte Rede vor Dresdner Textilarbeitern hat es nicht gegeben. Rosa Luxemburg sprach am 10. September in Schöpffheim und am 11. September 1910 in Lörrach in Baden. (Siehe »Dresdner Volkszeitung« vom 10. September 1910. S. 3.)
11. Dezember 1911 Rede in der sozialdemokratischen Wahlkampagne zu den Reichstagswahlen 1912 im Konzert- und Ballhaus Deutscher Kaiser, Leipziger Straße 112, in Dresden-Pieschen.

1 Zusammengestellt von Eckhard Müller und Wilfried Trompelt.

Rosa Luxemburg im Visier der sächsischen Polizei und Justiz

13. November 1896 Anfrage des Präsidenten der Polizeidirektion Dresden an den Berliner Polizeipräsidenten zu Rosa Luxemburg. Sammlung von Zeitungsausschnitten, Pressekommentaren und Versammlungsberichten sowie Spitzelberichten zu ihrer politischen und publizistischen Tätigkeit durch die Berliner politische Polizei.
6. Juni 1903 Polizeibericht über eine Wahlkampfrede in einer Volksversammlung in Glauchau.
14. Juni 1903 Polizeibericht über eine Wahlkampfrede in einer Volksversammlung in Adorf.
22. Juni 1903 Das sächsische Innenministerium drängt das Justizministerium, Rosa Luxemburg wegen vermeintlicher Majestätsbeleidigung von Kaiser Wilhelm II. am 7. Juni 1903 in einer Wahlkampfrede in Mülsen St. Micheln anzuklagen.
17. Januar 1904 Das Landgericht Zwickau verurteilt Rosa Luxemburg nach §95 des Strafgesetzbuches wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis. Sie wird nach zweimonatiger Haft im Amtsgerichtsgefängnis Zwickau im Zuge einer Amnestie aus Anlass der Thronbesteigung des sächsischen Königs Friedrich August III. am 15. Oktober 1904 vorzeitig entlassen.
- 1913 (als Beispiel) Im Band 2 des politischen Polizeiberichts des Ministeriums des Innern für 1912/1913 wird über die »Dresdner Volkszeitung« berichtet und Rosa Luxemburgs im Frühjahr 1913 erschienene Schrift »Die Akkumulation des Kapitals« dabei wie folgt bewertet: »In dem Buche werden marxistische Gedankengänge doktrinär weitergesponnen.«
29. März 1917 Das Schöffengericht Leipzig verurteilt Rosa Luxemburg, die sich seit dem 10. Juli 1916 in »militärischer Schutzhaft« befindet, wegen nicht »ordnungsgemäßer«

Anmeldung einer sozialdemokratischen Versammlung am 6. Juli 1916 in Leipzig-Volkmarsdorf und unterbliebener Vorlage des Vortragstextes in Abwesenheit zu einer sechswöchigen Haftstrafe.

8. August 1917 In der Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Dresden wird die Revision verworfen und das Urteil des Schöffengerichts Leipzig wegen Teilnahme an einer illegalen Versammlung am 6. Juli 1916 rechtskräftig.

ROSA LUXEMBURG

Die politische Lage und die Sozialdemokratie. Wahlkampfrede am 11. Dezember 1911 in Dresden-Pieschen

(Bericht der »Dresdner Volkszeitung« vom 12. Dezember 1911)

Wahlversammlungen. Pieschen

Eine mächtige Demonstration der Bevölkerung von Pieschen usw. für die sozialistischen Ideen war die gestern abend im *Deutschen Kaiser* stattgefundene *Volksversammlung*, in der Genossin Rosa *Luxemburg* sprach. Um 7¹/₂ Uhr schon wurde der große Saal polizeilich abgesperrt, zu einer Zeit, als die Massen, im wirklichen Sinne des Wortes, sich erst auf den Weg zur Versammlung machten. Tausende mußten wieder umkehren. Über 2000 Personen, dicht gedrängt, Kopf an Kopf, waren im Saale, aufmerksam der bekannten Rednerin unserer Partei zuhörend, ihr begeistert zujubelnd. Eine richtige Wahlversammlung und der Vorsitzende konnte am Schluß mit Recht den Unterschied zwischen unseren und den Versammlungen der Gegner hervorheben. Dort gähnende Leere und Teilnahmslosigkeit, bei uns überfüllte Säle, Begeisterung. Genossin *Luxemburg* gab in gleich geistvollwissenschaftlichen wie zündenden Ausführungen, auf streng marxistischer Grundlage fußend, ein Bild unserer gesamten politischen Lage. Die Reichstagswahl 1912 ist die erste Wahl, die während des Verlaufs eines blutigen Krieges stattfindet. Die gegenwärtige Situation gibt den guten Musikanten, aber schlechten Politikern unrecht die den ewigen Frieden gekommen wähten. Die Marxisten sind im Recht, wenn sie den Massen zurufen: Laßt alle Hoffnung fahren auf den Frieden in der kapitalistischen Gesellschaft. Der italienisch-türkische Krieg ist nur der Anfang einer Reihe politischer Entwicklungen. Der Friede zwischen Deutschland und Frankreich ist *nur* durch die feste Haltung der Arbeiterschaft Deutschlands und der anderen Länder gewahrt worden, nicht durch den Deutschen Kaiser, wie naive Leute glauben. Wir kennen diesen Friedensengel auf dem deutschen Thron. Wer den Frieden will, sendet keine Kriegsschiffe in ein anderes Land. Die Wahl findet im Zeichen der *Hungersnot*, der Teuerung statt. Wir hatten keine Krise, keine Pestilenz, keine nennenswerte Mißernte, wodurch in früheren

Zeiten Hungersnot veranlaßt wurde, sondern einen glänzenden Geschäftsgang und doch die Teuerung überall. Eine Teuerung, deren Ursache je nach der Klassenstellung des einzelnen verschieden ausgelegt wird. Wir Sozialdemokraten sehen sie als eine Folge der *Klassenherrschaft des Junkertums* an. Sie entspringt nicht natürlichen Ursachen, es ist eine künstliche Teuerung, absichtlich durch Gesetzgebung hervorgerufen. Rednerin erörtert eingehend die Wirkungen des Zolltarifs von 1902 und der indirekten Steuern. Eine konstante Unterernährung tritt ein und wenn wir in Deutschland keine Hungerkrawalle wie in anderen Ländern haben, so ist das nicht der Polizei, sondern der Sozialdemokratie zu verdanken, die lehrt, dass nicht durch planlose Tumulte, sondern durch disziplinierten Klassenkampf Besserung erreicht werden kann. Die diesmaligen Reichstagswahlen finden unter dem Zeichen der *immer schärferen* Zuspitzung der gewerkschaftlichen Kämpfe statt. Die Gewerkschaften sollen zerschmettert werden. Aber ihre Kraft liegt nicht in ihrer Kasse, sondern in der Überzeugung, Opferwilligkeit und Energie der Arbeiterklasse. Noch ein Umstand muß erwähnt werden: Die *Revolution in China*. Dieses Land der Reaktion und Tradition wird erschüttert. Die chinesische Mauer, dieses Symbol der Unnahbarkeit gegen allen Fortschritt, stürzt ein. Möge auch mit dem deutschen Mandarinentum bald aufgeräumt werden. Man sieht: Ueberall ist das sonst so gemütliche Roß des Fortschritts in einen fröhlichen Galopp übergegangen, überall rüstet die Sozialdemokratie zum Siege. So auch bei den Reichstagswahlen. Gegen *Imperialismus* und *Kolonialkrieg*, gegen kulturwidrige *Militär- und Flottenrüstungen* geht der Kampf. Um das Vaterland vor einem Ueberfall des Feindes zu schützen, ist das heutige Militärsystem nicht nötig. Man gebe jedem Mann sein Gewehr in den Kleiderkasten, und wir wollen den Feind sehen, der dieses Volk in Waffen angreift. Aber die Herrschenden scheuen vor diesem Gedanken wie vor dem heiligen Gottseibeius! Das Volk würde damit auch entscheiden, gegen *wen* es die Waffe erhebt. Auf Vater und Mutter würde es nicht schießen. Die Scheußlichkeiten, wie sie im italienisch-türkischen Kriege vorkommen, wären beim Milizheer unmöglich. Sie sind Produkte des Militärsystems; wer wie Vieh behandelt wird, handelt dann ebenso.

Genossin Luxemburg wurde in ihren Ausführungen von lebhaftem Beifall begleitet, der sich am Schluß in stürmische Zustimmung auslöste, als sie ausführte, daß die Sozialdemokratie *gegen jeden Krieg* sei und daß wir erhoffen und erstreben, daß endlich das Proletariat aller Länder so reif sei,

um jeden Krieg verhindern zu können. So sei auch der Wahlkampf ein Akt des Klassenkampfes. Er stählt und schult uns. Je schärfer der Wind gegen uns weht, um so leichter flattert die Fahne der Sozialdemokratie. Denn wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten und eine ganze Welt zu gewinnen!

(»Dresdner Volkszeitung«. Jg. 22. Nr. 287, 12. Dezember 1911. S. 5 (Beilage) – Gesperrte Textpassagen werden kursiv wiedergegeben.)

ROSA LUXEMBURG

Über die Reichstagswahlen 1912

(Bericht der »Dresdner Neuesten Nachrichten« vom 13. Dezember 1911)

Die Sozialdemokraten hatten gestern Rosa Luxemburg nach Dresden kommen lassen. Die Vielgenannte sprach vor über 2000 Zuhörern im Saale des »Deutschen Kaisers« zwei Stunden lang, ohne daß der Unbefangene etwas Neues vernommen hätte. Man erinnert sich noch aus den Tagen des Dresdner Parteitags der wüsten Uebertreibungen und radikalistischen Phrasen. Neu war der Hinweis: die jetzige Wahl übertreffe alle früheren an Bedeutung, weil es die erste seit Bestehen des Reiches sei, die während eines blutigen Krieges erfolge. Der Friede könne nur kommen im antikapitalistischen Idealstaat. Der gegenwärtige Krieg sei nur der Anfang einer Reihe weiterer Kriege. Auch wir seien nur mit knapper Not an einem Krieg vorbeigekommen. Wer ein Kriegsschiff nach Afrika schicke, wünsche nicht, den Frieden zu erhalten. Daß der Friede bewahrt geblieben sei, verdanke man vor allem der festen Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Deutschland und Frankreich. Ein zweiter besonderer Umstand, unter dem die Reichstagswahlen stattfinden, seien die *Hungerkrawalle* in Frankreich, Belgien und Österreich. Daß es bei uns noch nicht dazu gekommen sei, liege nicht daran, daß es bei uns keine Not und Teuerung gebe. Die Sozialdemokratie gehe gewaltigen Kämpfen entgegen, wie die Berliner Metallarbeiteraussperrung, die innerhalb eines Jahres bereits die dritte Arbeiterbewegung in diesem Gewerbe sei, beweise. Das koalierte Kapital wolle die Gewerkschaften zerstören (!), doch lägen deren Kräfte nicht in ihren Kassen, wie die Kapitalisten meinten, sondern in der Solidarität und in dem Kampfesmut der Arbeiter. Es stehe ein *Kampf um Sein und Nichtsein* bevor.

Weiter führte Rosa Luxemburg aus, daß eine neue Zeit heranbreche. Selbst in China, dem Lande der Tradition und Stagnation, sei die *Revolution siegreich* geblieben. Wenn *dieser Erfolg in China* errungen werde, wie *leicht werde man dann in Deutschland siegen können*. Auch bei uns werde *die Revolution mit dem elenden Misthaufen der Monarchie fertig werden*. (!!)

Dann ging die Rednerin näher auf die Ursachen der Not der gegenwärtigen Teuerung ein, die sie dem kapitalistischen Staate zuschob und die sie als künstlich herbeigeführt bezeichnete. Sie ging dann näher auf die steuerliche

Belastung des deutschen Volkes ein und meinte, die *großen Massen des Volkes fielen einem langsamen Hungertode anheim*. Sie wandte sich dann gegen den Militarismus und nannte Zahlen, die nicht immer ganz richtig waren. Sie meinte, die *Erziehung menschlicher Bestien*, die zu solchen Gräueln fähig seien wie die Italiener und Türken in Tripolis, sei der *Hauptzweck des Militarismus*. Und sie *forderte, daß die Heeresverwaltung den Soldaten nach beendeter Dienstzeit die Waffen lasse*. Rosa Luxemburg wandte sich dann der Frage zu, *was die Sozialdemokratie im Falle eines Krieges tun würde*. Im Reichstage sei erklärt worden, daß ein *Massenstreik nicht erfolgen werde*. Demgegenüber meinte die Rednerin, daß jene *Abgeordneten mehr versprochen hätten als sie halten könnten*. Man könne sich nicht verpflichten, einen Massenstreik zu inszenieren, aber eben so wenig könne man sich zum Gegenteil verpflichten. Es wäre traurig, wenn man nicht die Hoffnung hegen dürfe, daß das *Volk sich im entscheidenden Moment gegen den Militarismus wenden würde*. Zum Schluß wiederholte Rosa Luxemburg Bebels Wahlparole, daß es nicht auf Mandate, sondern auf die Stimmenzahl ankomme. Sie forderte zu eifriger Beteiligung am Wahlkampfe, der *aus revolutionärem Geiste* heraus geboren sein müßte, auf. Gegen $\frac{3}{4}$ 11 Uhr wurde die Versammlung geschlossen; Gegner hatten sich nicht zum Wort gemeldet.

Man wird sich dieser mit großem Beifall aufgenommenen Raketenrede erinnern, wenn die Sozialdemokratie wieder einmal diejenigen Verleumder oder sonst aus ihrem Wörterbuch benennt, die ihr revolutionäre Tendenzen beimessen. Rosa Luxemburg hat aus ihrem Herzen der Wahltaktik zuliebe gestern keine Mördergrube gemacht. Ihre Deutlichkeit wird auch dem Nativsten sagen, was diejenigen, die andern Glaubens sind und denen die hübschen Kosenamen für Monarchie, Armee und Bürgertum anders ins Ohr klingen wie den überzeugten Genossen, als *Mitläufer* zu erwarten haben. Die Moral: nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber.

(»Dresdner Neueste Nachrichten«. Jg. 19. Nr. 339, 13. Dezember 1911. S. 3.)

MAX ZIMMERING

An Rosa Luxemburg

Du, die sie feig erschlugen,
du, die man hinterrücks umbrachte
als wehrlose Gefangene,
umgeben von einer rohen Soldateska,
du, die man in den Landwehrkanal warf,
des Nachts und mit hässlichen Flüchen –
du warst eine kleine zarte Frau,
eine »Studierte«.

Rosa nannten sie dich, einfach Rosa,
denn ihnen, die du die Wissenschaft
des Sozialismus lehrtest
und zu denen du von der Befreiung
des werktätigen Menschen sprachst,
ihnen warst du wie eine Mutter
oder wie eine Schwester.

Und sie wußten auch,
daß sie deinen Worten trauen konnten,
denn sie kamen aus einem großen, reinen
Herzen

und aus dem Mund einer Frau,
die in einer Front kämpfte
mit dem unbestechlichen Liebknecht.

Du, die man ins Eden-Hotel schleppte,
zugleich mit Liebknecht und Pieck
an einem kalten Januarabend,
um euch meuchlings zu erschlagen,
du, Rosa, hättest lieber von Blumen
und Schmetterlingen geträumt
und von kleinen Vögeln mit hungrigen
Hälsen.

Lieber hättest du Gedichte von Goethe
und Mörike zitiert,

als von der Notwendigkeit der Revolution
zu sprechen,

als zum Kampf aufzurufen,
und ein Gemälde von Tizian
oder ein Bildwerk Rodins,
Shakespeare und Beethoven
erregten dich nicht weniger
als ein politisches Tagesproblem.
Und eine Melodie von Hugo Wolf
klang aus deinem Munde ebenso schön,
wie ein politisches Wort klug und überzeugend
klang.

Und als sie dich, weil du den Krieg haßtest,
eingekerkert hatten,

da littest du wie ein Vögelchen,
das in einen Käfig gesperrt wurde.
Aber als sich hinter Karl Liebknecht
die Zuchthausstore schlossen,

da vergaßest du dein eigenes Leid,
und du suchtest nach zärtlichen, heilsamen
Worten,

um Sonja, die Freundin,
um Liebknechts Frau zu trösten.

Dich, die du traurig wurdest
eines Käferchens wegen, das litt,
und dich, die du deine Träne nicht halten
konntest,
weil ein Büffel mißhandelt wurde vor deinen
Augen,

dich wagten sie anzutasten,
dir wagten die »feinen Damen« im Eden-Hotel
– oder waren es nur die Mätressen der weißen
Offiziere –

ins Gesicht zu speien?
Warum fand sich kein Blitz,
um deinen Mördern die Gewehrkolben
aus den Händen zu schlagen
und die Pistole
aus der tierischen Faust.
Ewig verflucht seien die, die den Mord
lenkten,
um dich stumm zu machen.
Und verachtet seien die,
die nicht aufbegehrten,
als das Schändliche geschehen war.
als du erschlagen lagest

in der gleichen Nacht,
da sie Liebknecht erschlugen
und da Freiheit und Revolution zurückblieben
als Waisenkinder.
In jenen Tagen erkannte man die Besten
des Volkes,
an den Tränen, die sie weinten
vor Schmerz und vor Scham und Empörung.
Und man erkannte sie an ihren Fäusten,
die sie geballt trugen,
die Glut nicht verbergend,
die der Zorn entfacht hatte.

1949

(Max Zimmering: Im herben Morgenwind. Ausgewählte Gedichte aus zwei Jahrzehnten. Dietz Verlag Berlin 1953. S. 168–170. – 2., durchgesehene und erweiterte Auflage 1958.)

Personenverzeichnis

- Abel, Werner 36 69
Aly, Götz 81
Arendt, Hannah 36 69
Assmann, Aleida 112
Auer, Ignatz 25 30 41
Aurig, Kurt 106
Bacon, Therese 84
Bahr, Hermann 75
Bäumer, Gertrud 88
Bebel, August 21 24 25 28 30 34 45–47
49–51 53 54 74 75 101 126
Beethoven, Ludwig van 127
Benz, Wolfgang 76
Bernstein, Eduard 19 20 25 27 28 32 98
Beske, Anneliese 51, 75
Bethmann Hollweg, Theobald von 48 58
Bismarck, Otto von 28
Bierey, Emil 66
Bock, Gisela 83
Born, Inspektor 44
Born, Karl 57
Brajer, Sven 65 68 71 77 99
Breuer, Stefan 70
Brie, Michael 112
Buschak, Willy 45 98
Canis, Konrad 50
Caysa, Volker 109
Chopin, Fryderyk 97
Christmann, Gabriela 67
Claß, Heinrich 81
Cliff, Tony 111
Däumig, Ernst 51
Deutschland, Heinz 51
Deutschland, Ruth 51
Diefenbach, Hans 35
Dittmann, Wilhelm 53
Dohm, Hedwig 83
Dörrer, Horst 101
Dresel, Ellis L. 62 63
Dreyfus, Alfred 29
Du Moulin-Eckart, Richard, Graf 81
Duncker, Hermann 50 51 96 106
Duncker, Käte 40 50 51
Düwell, Frieda 40
Ebert, Albert 106
Ebert, Friedrich 62 83
Eichhorn, Emil 32 33 62
Eisner, Kurt 71
Eisold, Dietmar 96 105
Enderlein, Gertraut 87
Enderlein, Klaus 96 101–103 114
Engels, Friedrich 19
Erzberger, Matthias 51 54
Faulenbach, Bernd 114
Fiedler, Helmut 67
Fischer-Eckart, Li 86
Fleißner, Hermann 52
Förner, Willy 96
Fourier, Charles 91
Förster, Rudolf 77
Franzke, Astrid 83
Freitag, Klaus 71
Fricke, Dieter 28 46 58
Friedrich August III. 44 118
Frohme, Karl 23
Fuchs, Norbert 97
Gamper, Adele 84
Geck, Adolf 22 49

- Geck, Marie 22 49
 Geisel, Beatrix 85
 Gelfert, Hannelore 97
 Gerhard, Ute 87
 Gerisch, Alwin 41
 Gester, Jochen 63
 Gietinger, Klaus 63
 Goethe, Johann Wolfgang von 127
 Grabowski, Sabine 80
 Gradnauer, Georg 30–32 34 35 47 52 54
 60 72 73 77 78
 Gräfe, Thomas 76
 Grebing, Helga 52 54 109
 Griebel, Otto 96
 Grimm, Hans 81
 Groß, Dominik 71
 Grundig, Lea 96
 Guizot, François 62
 Gute, Herbert 96
 Gutsche, Willibald 48
 Gysi, Gregor 114
 Haenisch, Konrad 50
 Hänisch, Martin 94 96 97
 Hahnefort, Grit 110 111
 Haug, Frigga 112
 Haupt, Heinz-Gerhard 68
 Heckert, Fritz 99 106
 Heid, Ludger Joseph 75
 Heine, Wolfgang 19 23 25 72
 Heinrich der Fromme 101
 Heinze, Helmut 9 102 104 105
 Heinze, Karl-Friedrich 60
 Helphand, Alexander (*Pseudonym* Parvus)
 13 19 21 23 25 26 29–31 33–35 45 65
 68–70
 Henicke, Hartmut 50
 Herbig, Erna 40
 Herrmann, Lars 95
 Hille, Karl 107
 Hoffrogge, Ralf 63
 Hofmann, Franz 41
 Hopf, Eugen 80
 Horn, Georg 54 60
 Hünig, Maximilian 101
 Jogiches, Leo 13–15 40 46 63 93 112
 John, Anke 85
 Kaden, August 15 34 54 60 77 99 101
 Karich, Dieter 96
 Kautsky, Karl 20 24–27 49
 Kautsky, Luise 26, 53
 Kaulisch, Baldur 48
 Keller, Gottfried 73
 Kinner, Klaus 36 69 109 113
 Klöppel, Friedrich 54
 Klose, Joachim 65
 Knaack, Rudolf 46
 Knirsch, Rainer 63
 Koch, Marlies 85
 Koch, Sonja 86
 Koettig, Paul 66
 Köbis, Albin 105
 Kolditz, Gerald 79–81
 Krebs, Gerhard 106
 Kreische, Eberhard 104 111
 Krummsdorf, Juliane 114
 Kulka, Peter 104
 Külow, Volker 114
 Lachnit, Wilhelm 96
 Lange, Helene 85
 Langner von Hatzfeld, Siegbert 104
 Laschitzka, Annelies 7 11 12 14 20 23 24
 26 33 36 37 39 41 49 58 63 66 72 89 102
 103 113
 Lässig, Simone 52 54 77 81 95 101
 Laudel, Heidrun 104
 Lauterer, Heide-Marie 88

- Ledebour, Georg 35 36 74
 Leibiger, Jürgen 104
 Le Maistre, Albin 66
 Leuschen-Seppel, Rosemarie 75
 Levi, Jacob 63 112
 Levi, Paul 63 112
 Liebknecht, Karl 7 40 63 102 103 113
 127 128
 Liebknecht, Sophie (Sonja) 127
 Liebknecht, Wilhelm 25 28 33 38 39
 Liman, Paul 66
 Lohan, Max 66
 Lohse, Dorle 106
 Löwenberg, Siegfried 43
 Luther, Martin 93
 Lübeck, Gustav 39 66
 Lübeck, Karl 39
 Lübeck, Olympia 39
 Manteuffel, Otto von 18
 Marchlewski, Julian 13 65 68–70 72
 Markov, Walter 114
 Marr, Wilhelm 76
 Marx, Karl 19 101 102
 Matzerath, Josef 77
 Mehring, Franz 53 54
 Michels, Robert 50
 Mies van der Rohe, Ludwig 113
 Milz, Erna 40
 Mörike, Eduard 127
 Mommsen, Hans 52 54
 Moser, Mentona 106
 Müller, Eckhard 7 11 39 41 51 66 75 76
 78 89 93 104 116
 Müller, Richard 63
 Nagelschmidt, Ilse 84
 Nettle, Peter 11 13 15 19 33–36
 Neuhaus, Manfred 109
 Neuring, Gustav 100
 Nietzsche, Emil 32
 Nonn, Christoph 59
 Noske, Gustav 62 63
 Notz, Gisela 83
 Otte, Rolf 102
 Parvus *siehe* Alexander Helphand
 Peus, Heinrich 22 25
 Pias, Claus 75
 Pieck, Wilhelm 127
 Piefel, Matthias 67 68 74
 Plechanow, Georgi W. 20 27
 Pohl, Karl Heinrich 77 81
 Politt, Holger 70
 Pötzsch, Hansjörg 68
 Puschner, Uwe 70
 Radczun, Günter 26 40
 Reibel, Carl-Wilhelm 60
 Reichpietsch, Max 105
 Reinsch, Ulrich 97
 Retallack, James 68 74
 Reuter, Elke 106
 Richter, Assessor Dr. 42 43
 Richter, Otto 77
 Rodin, Auguste 127
 Rohling, August 76
 Rubiner, Frida 106
 Rudolph, Karsten 52 54 65
 Russig, Peter 98
 Sauckel, Fritz 80
 Scharlau, Winfried 70
 Schäfer, Friedrich 77
 Schäfer, Michael 68
 Scheidemann, Philipp 62
 Scheler, Wolfgang 104
 Schiel, Ilse 40
 Schilke, Iris 85
 Schlimper, Jürgen 12 27
 Schneider, Horst 102

- Schmeitzner, Mike 12 66 72 73
 Schmitz, Walter 65 70
 Schoenlank (Schönlank), Bruno 12 13 25
 34 72
 Schoultz, Victor 81
 Schulze-Knabe, Eva 96
 Schulze, Fritz 96
 Schüller, Elke 84
 Schütrumpf, Jörn 62 63 112 113
 Seidel, Helmut 36 69 114
 Seidel, Robert 13 14
 Shakespeare, William 127
 Sindermann, Karl 26
 Singer, Paul 25 39
 Sonntag, Gottlieb 43
 Stader, Frank 27
 Stadthagen, Arthur 25
 Stalin, J. W. 113
 Starke, Holger 67
 Staude, Fritz 78
 Steinberg, Swen 12 66
 Stenzel, Sonja 98
 Stöcker, Adolf 76
 Stolle, Wilhelm 41
 Streitenberger, Detlef 106
 Streitenberger, Sybille 106
 Stritt, Albert 84
 Stritt, Marie 83–87 91
 Stüdemann, Jörg 104
 Teichgräber, Richard 98
 Thälmann, Ernst 106
 Thümmel, Elise 88
 Tille, Armin 79 80
 Timm, Angelika 75
 Tito, Josip Broz 106
 Tizian (*eigentl.* Tiziano Vecellio) 127
 Torp, Claudius 68
 Tragsdorf, Birgit 103
 Trompelt, Wilfried 9 37 104 111 114 117
 Trotzki, Leo 34
 Ulbricht, Justus H. 70 93
 Vitzthum von Eckstädt, Christoph 78
 Vogel, Lutz 83 87 88
 Volkov, Shulamit 68
 Vollmar, Georg von 22–25 46 72
 Wagner, Andreas 73
 Weiß, Norbert 107
 Wetzker, Heinrich 32
 Wetzlich, Johannes 54
 Wilhelm II. 17 41–44 47 56 58 118
 Wippermann, Karl 41 58
 Wirth, Albrecht 81
 Wischermann, Ulla 87
 Wolf, Hugo 127
 Wolff, Kerstin 84
 Wonneberger, Jens 107
 Wurm, Emanuel 107
 Wurm, Mathilde 107 115
 Zeißig, Herbert 66 67
 Zetkin, Clara 20 21 25 30 47 72 83 89
 Zetkin, Kostja 37 38 51 53 54 100
 Ziegenbein, Rolf 39 65 69 71 74 98 103
 Zilch, Reinhold 58
 Zimmering, Max 7 107 113 127 128
 Zimmermann, Oswald 70
 Zumpe, Dieter 94

Zu den Autoren

Sven Brajer, M.A. (*1984) Dresden, Historiker; gelernter Einzelhandelskaufmann; 2008–2013 Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden (Master of Arts), danach Mitarbeiter am Mitteleuropazentrum, seit 2017 Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Thema »Am Rande Dresdens?« – Das völkisch-nationale Spektrum einer »konservativen Kulturstadt« 1879–1933, Veröffentlichungen zur sächsischen Geschichte und zur Museologie.

Kristin Dänhardt (*1982) Studium der Geschichte und Philosophie an der Technischen Universität Dresden und der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, danach Mitarbeiterin der Forschungsstelle für vergleichende Ordensgeschichte, nunmehr Tätigkeit am Zentrum für Informationsdienste und Hochleistungsrechnen an der Technischen Universität Dresden; seit 2016 aktiv bei DIE LINKE; Publikationen zu Bertha von Suttner und Frauen in der Wissenschaft.

Dr. phil. habil. Sonja Koch (*1949) Dresden, Historikerin, 1982 Promotion, 1990 Habilitation, seit 1982 Hochschullehrerin im Bereich Geschichte der Pädagogischen Hochschule und der Technischen Universität Dresden; 1992–2016 Personalrätin, Gleichstellungsbeauftragte der Philosophischen Fakultät, Vertrauensdozentin der Hans-Böckler-Stiftung; Arbeitsschwerpunkte: Frauengeschichte und Genderthemen.

Dr. phil. Eckhard Müller (*1943) Berlin, Historiker, Forschungen zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und zur Freidenkerbewegung, Mitherausgeber der Werkausgaben von Rosa Luxemburg und August Bebel; Ausstellungen zur Kulturgeschichte der Freireligiösen Gemeinde Berlin, der Geschichte des Unterrichtsfaches Lebenskunde und dem Sozialdemokraten Adolph Hoffmann.

Dr. sc. phil. Wilfried Trompelt (*1951) Dresden, Diplomlehrer, 1976–1990 Lehrtätigkeit an den Pädagogischen Hochschulen in Halle/Saale und Dresden, 1977 Promotion A, 1985 Promotion B, Publikationen zur Zweistaatlichkeit Deutschlands und zur Gewerkschaftsbewegung; 2013–2018 ehrenamtlicher Betreuer der Bibliothek Dresden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Dr. rer. mil. Rolf Ziegenbein (*1934) Dresden, Bibliothekar; 1952–1990 Angehöriger der Deutschen Volkspolizei und der NVA / Grenztruppen der DDR, 1969 Diplom, 1973–1990 Hochschullehrer an der Offiziershochschule »Rosa Luxemburg«, 1979 Promotion an der Militärakademie »Friedrich Engels« Dresden, Publikationen zu militärwissenschaftlichen und sicherheitspolitischen Problemen.

Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte

- Heft 1: Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. 2., korrigierte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 53 S. ISBN 978-3-89819-272-9.
- Heft 2: Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur russischen Revolution. Textkritische Ausgabe (Manuskriptdruck.) Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. 2., unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 123 S. ISBN 978-3-89819-273-6.
- Heft 3: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2004. 230 S. Zweite unveränderte Auflage 2007. ISBN 978-3-89819-170-2.
- Heft 4: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 131 S. ISBN 978-3-89819-269-9.
- Heft 5: Annelies Laschitzka: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. 2., unveränd. Aufl. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 109 S. ISBN 978-3-89819-274-3.
- Heft 6: Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919. Leipzig: Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen e.V. 2008. 314 S. ISBN 978-3-89819-301-6.
- Heft 7: Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare. Hrsg. von Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2010. 203 S. ISBN 978-3-89819-333-7.
- Heft 8: Neue Texte von Rosa Luxemburg. Hrsg. von Klaus Kinner. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2011. 100 S. ISBN 978-3-89819-3564-6.
- Heft 9: Rosa Luxemburg ante portas. Vom Leben Rosa Luxemburgs nach ihrem Tod (die Luxemburg-Rezeption nach 1945). Hrsg. von Klaus Kinner. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2012. 125 S. ISBN 978-3-89819-375-7.
- Heft 10: Holger Politt: Wegmarkierungen. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1903. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2013. 68 S. ISBN 978-3-89819-393-1.
- Heft 11: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Maxim Gorki. Begegnungen und Widersprüche. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2013. 116 S. ISBN 978-389819-394-8.
- Heft 12: Im Licht der Revolution. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahr 1906 und Paralipomena zu Leben und Werk. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2015. 113 S. ISBN 978-3-89819-420-4.

- Heft 13: Volker Caysa: Rosa Luxemburg – die Philosophin. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2017. 91 S. Zweite, erweiterte Auflage 2018. 106 S. ISBN 978-3-947176-00-7.
- Heft 14: Annelies Laschitzka: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2017. 232 S. – Zweite, korrigierte und erweiterte Auflage 2018. 259 S. ISBN 978-3-947176-05-2.
- Heft 15: Annelies Laschitzka: Karl Liebknecht. Advokat und Parlamentarier mit Charisma. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2018. 98 S. ISBN 978-3-947176-06-9.